IMT Nuremberg Archives

H – 330

International Court of Justice

H0330 - 0002

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 17. APRIL 1946
SITZUNG 10.00 BIS 13.00 UHR.

MR. DODD: Bevor das Gericht gestern Nachmittag in die Pause eintrat, erkundigte es sich nach dem Stand des Dokumentenbuches von Frank, und als ich das Gericht informierte, dass wir bereit waeren dazu, gehoert zu werden, erinnerte Dr. Seidl an ein Abkommen, ueber das wir uns geeinigt haetten. Ich habe gestern nicht gleich daran gedacht. Es scheint, dass wir beide ein wenig im Irrtum waren. Die Lage ist so, dass wir gestern Abend um 6 Uhr ein Ueberkommen erreichten, wonach bezueglich der Vorlage der Frank-Buecher keinerlei Schwierigkeit besteht.

DR. THOMA: Herr Praesident, ich moechte eine kurze Richtigstellung machen. Ich habe gestern von der Anforderung eines Dokumentes ueber die Begruendung des Einsatzstabes Rosenberg gesprochen. Mein Klient hat mich wiederholt gebeten, dieses Dokument vorzulegen. Es besteht aber die Moeglichkeit, dass ich dieses Dokument verwechselt habe, mit anderen Dokumenten, die ich angefordert und nicht bekommen habe. Ich wollte das nur richtigstellen.

VORSITZENDER: Sie wollen nichts weiter unternehmen und nur eben diese muendliche Korrektur vornehmen; richtig?

DR. THOMA: Jawohl.

VORSITZENDER: Alles in Ordnung. Hat irgend ein anderer Verteidiger an den Angeklagten Fragen zu richten?

DR. HAENSEL (Verteidiger fuer die SS):

F: Herr Zeuge, sind Sie der Ansicht, dass das, was Sie zur Erledigung Ihrer Aufgaben - Sie waren naemlich Beauftragter des Fuehrers fuer die geistigen Ziele der NSDAP und der angeschlossenen Verbaende - dass das, was Sie als Beauftragter des Fuehrers fuer diese Ziele und fuer die planmaessige, wie es hiess, geistige Bekaempfung des Judentums, gewagt und geschrieben haben, als offizielle Umreissung der Taetigkeit der Partei und der Gliederungen anzusehen ist ?

A: Wenn ich diese lange Serie von Fragen einzeln beantworten darf, dann ist es folgende: Meine Dienststelle hat in der Frage der geistigen Erziehung mit dem Hauptschulungsamt der SS selbstverstaendlich dauernd in Beziehung gestanden. Meine Dienststelle hat die sogenannten Leithefte der SS, die als Schulungs-Zeitschrift erschienen, gelesen und ich habe sie auch oefter in der Hand gehabt und habe in diesen Jahren gefunden, dass in diesem Schulungsamt, in diesen Heften, zum mindesten eine Menge sehr wertvoller Aufsaetze und meist sehr anstaendiger Gedanken

H0330-0003

vertreten wurde. Das war ja auch fuer mich ein Grund, sonst in all diesen Jahren bis dahin mit der SS in keinen Konflikt gekommen zu sein.

Was die Judenfrage anbetrifft, so ist das Ziel in diesem Problem ja in dem Programm der NSDAP ausgesprochen worden, und das ist das einzige Offizielle, an das sich die Parteigenossen gehalten haben. Das, was ich darueber gesagt habe und was andere darueber geschrieben haben, ist als eine Begruendung dafuer anzusehen. Es ist sicher viel davon akzeptiert worden; es sind aber, was den Fuehrer und den Staat betrifft, diese Vorschlaege fuer diese ja nicht bindende Vorschriften gewesen.

F: Veranlassten Sie in der Bekaempfung des Judentums eine Begrenzung, haben Sie sich vorgestellt, dass die Juden ausgeschaltet werden sollten aus Staat, Verwaltung und Wirtschaft oder haben Ihnen von vorneherein schaerfere Massnahmen, wie Ausrottung usw. vorgeschwebt? Was war Ihr Ziel?

A: Mir hat entsprechend dem Parteiprogramm das eine Ziel vorgeschwebt, dass die Fuehrung im deutschen Staat geaendert wuerde, wie sie namentlich von 1918 bis 1933 bestanden hat. Das war das wesentliche Ziel. Ueber die Ausschaltung - sogar aus der Wirtschaft - ist damals nicht gesprochen worden und ich habe gestern schon auf zwei meiner Reden, die ja gedruckt vorliegen, hingewiesen, wo ich erklaerte, nach Beendigung dieses harten politischen Kampfes muesse nun eine Zensur und eine Ueberpruefung der Frage stattfinden. Es ist auch frueher von der Forderung der Auswanderung der Juden aus Deutschland gesprochen worden; ist auch richtig. Das ist von mir spaeter, als die Dinge sich verschaerften, noch einmal ausgesprochen worden, auch in den Gedanken der Vorschlaege sehr prominenter juedischer Fuehrer, deutsche Arbeitslose nach Afrika, Suedamerika und nach China zu deportieren.

F: Man koennte also, wenn man ihren Gedankengaengen von gestern und heute folgt, drei Gruppen von Massnahmen gegen die Juden unterscheiden: einmal bis 1933 bis zur Machtergreifung; das waeren die propagandistischen Massnahmen; zweitens nach 1933, die Massnahmen, die sich in den Gesetzen gegen die Juden niedergeschlagen haben, und schliesslich nach dem Kriege gewisse Massnahmen, die zweifelsfrei zu den Menschheits-Verbrechen gehoeren.

Gehen Sie mit dieser Dreiteilung einig?

A: Ungefaehr so, ja.

F: Dann moechte ich Ihr Augenmerk auf die zweite Gruppe richten, naemlich auf

H0330 - 0004

die Massnahmen, die nach der Machtergreifung im Wege der Gesetzgebung gegen die Juden ergangen sind. Haben Sie hierbei mitgewirkt?

VORSITZENDER: Sie sind Verteidiger fuer die SS, nicht wahr?

DR. HAENSEL: Ja.

VORSITZENDER: Was hat Ihre Frage mit der SS zu tun ?

DR. HAENSEL: Die Frage hat das mit der SS zu tun: Wenn die Partei als ganzes das Ziel einer zunaechst geordneten Judengesetzgebung hatte, so war die SS auch an dieses Ziel gebunden und hatte zunaechst keine darueber hinausgehende Ziele. Ich wollte feststellen, wann die Gesetzgebung und die Massnahmen gegen die Juden verbrecherisch wurden und dass bis dahin die SS auch nicht in irgend einer Weise verbrecherische Massnahmen gegen die Juden unternahm.

VORSITZENDER: Nun, er hat schon gesagt, dass das juedische Problem in dem Parteiprogramm gestanden hatte und es ist alles, was Sie wollen, nicht wahr?

DR. HAENSEL: Ich wollte nur zeigen: die Tatsache, dass es im Parteiprogramm gestanden hat, beweist noch nicht, dass es als Verbrechen gegen die Menschheit im Parteiprogramm gestanden hat, sondern im Parteiprogramm stand ein allgemeiner Satz, von dem ich nicht glaube, dass er ohne weiteres ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Dazu muesste noch . . .

VORSITZENDER: Das ist lediglich eine Frage der Auslegung des Parteiprogramms. Es steht doch in einem geschriebenen Programm drinnen. Das Parteiprogramm ist schriftlich niedergelegt.

DR. HAENSEL: Aber ausser dem Parteiprogramm ist nachher eine Menge von Gesetzen und Erlassen ergangen, die dieses Parteiprogramm erweitert haben, und die Frage . . .

VORSITZENDER: Dies sind ebenfalls Dokumente, die vorhanden sind und mit denen sich das Gericht beschaeftigen wird. Diese hat das Gericht auszulegen und nicht dieser Zeuge.

DR. HAENSEL: Die Frage ist, soweit der Zeuge es sagen kann, wie weit bei der Durchfuehrung dieser Bestimmungen die SS mitgewirkt hat.

VORSITZENDER: Er kann uns lediglich Vorkommnisse unterbreiten, nicht aber das Gesetz und die Auslegung von Dokumenten. Wenn Sie ihn nach Tatsachen befragen, gut; wenn Sie aber verlangen, dass er das Parteiprogramm auslegt oder andere Gesetze, das ist die Aufgabe des Gerichts.

DR. HAENSEL: Gut.

H0330 - 0005

DURCH DR.HAENSEL:

F. Sie haben in Ihren Buechern das Ziel vertreten, dass die Deutschen sich zu einem Gross-Deutschland vereinigen sollen, das steht auch im Partei-Programm ?

A. Jawohl.

F. Haben Sie geglaubt, dass dies nur durch die Vorbereitung eines Krieges moeglich sei, oder haben Sie auch geglaubt, dass es friedlich moeglich sei ?

A. Ich habe am Anfang meiner Ausfuehrungen auf einen, vor einem internationalen Kongress dargelegten Vortrag vom 1932 verwiesen. Hier war dieser Vorschlag vom Fuehrer ausdruecklich gebilligt, der dahin ging, dass diese 4 Grossmaechte das gesamte europaeische Problem ueberpruefen sollten; und in diesem Vorschlag war einbegriffen der Verzicht auf deutsche Kolonialpolitik, der Verzicht auf Elsass-Lothringen und der Verzicht auf Sued-Tirol, sowie Ansprueche fuer die abgetrennten deutschen - - -

VORSITZENDER: All diese Dinge haben wir schon frueher gehoert und zwar von dem Angeklagten Goering und dem Angeklagten Ribbentrop, und das Gericht hat erklaert, es will es nicht weiter hoeren. Es hat nichts mit der SS zu tun, nichts direkt mit der SS.

DURCH DR.HAENSEL:

F. Nun eine letzte Frage. Ist Ihnen bekannt, dass die SS gegenueber den Juden geheime und andere Ziele verfolgte, ganz verschieden von jenen, die offiziell veroeffentlicht waren.

A. Das habe ich hier gehoert.

F. Aus eigener Kenntnis wissen Sie es nicht ?

A. Nein.

DURCH DR.STEINBAUER (fuer den Angeklagten Seyss-Inquart):

F. Herr Zeuge, ich habe nur eine einzige Frage an Sie zu richten. Die Anklagebehoerde hat unter PS-91 einen Brief vorgelegt, den Sie als Leiter des Einsatzstabes an Dr. Seyss-Inquart in seiner Eigenschaft als Reichskommissar fuer die Niederlande

H0330 - 0006

DURCH DR.HAENSEL:

F. Sie haben in Ihren Buechern das Ziel vertreten, dass die Deutschen sich zu einem Gross-Deutschland vereinigen sollen, das steht auch im Partei-Programm ?

A. Jawohl.

F. Haben Sie geglaubt, dass dies nur durch die Vorbereitung eines Krieges moeglich sei, oder haben Sie auch geglaubt, dass es friedlich moeglich sei ?

A. Ich habe am Anfang meiner Ausfuehrungen auf einen, vor einem internationalen Kongress dargelegten Vortrag vom 1932 verwiesen. Hier war dieser Vorschlag vom Fuehrer ausdruecklich gebilligt, der dahin ging, dass diese 4 Grossmaechte das gesamte europaeische Problem ueberpruefen sollten; und in diesem Vorschlag war einbegriffen der Verzicht auf deutsche Kolonialpolitik, der Verzicht auf Elsass-Lothringen und der Verzicht auf Sued-Tirol, sowie Ansprueche fuer die abgetrennten deutschen - - -

VORSITZENDER: All diese Dinge haben wir schon frueher gehoert und zwar von dem Angeklagten Goering und dem Angeklagten Ribbentrop, und das Gericht hat erklaert, es will es nicht weiter hoeren. Es hat nichts mit der SS zu tun, nichts direkt mit der SS.

DURCH DR.HAENSEL:

F. Nun eine letzte Frage. Ist Ihnen bekannt, dass die SS gegenueber den Juden geheime und andere Ziele verfolgte, ganz verschieden von jenen, die offiziell veroeffentlicht waren.

A. Das habe ich hier gehoert.

F. Aus eigener Kenntnis wissen Sie es nicht ?

A. Nein.

DURCH DR.STEINBAUER (fuer den Angeklagten Seyss-Inquart):

F. Herr Zeuge, ich habe nur eine einzige Frage an Sie zu richten. Die Anklagebehoerde hat unter PS-91 einen Brief vorgelegt, den Sie als Leiter des Einsatzstabes an Dr. Seyss-Inquart in seiner Eigenschaft als Reichskommissar fuer die Niederlande

H0330 - 0007

gerichtet haben, un in welchem Brief Sie die Ausfolgung der Bibliothek des sogenannten Sozialinstitutes in Amsterdam verlangt haben. Ich weiss nicht, ob Sie sich an diese Bibliothek erinnern. Es ist dies eine umfangreiche Bibliothek sozialistischen-marxistischen Inhaltes gewesen. Die Anklagebehoerde hat die Antwort meines Klienten nicht vorgelegt.
Darum muss ich Sie fragen: Erinnern Sie sich an den Sachverhalt, und welche Antwort hat Ihnen Seyss-Inquart gegeben ?

A. An diese Bibliothek erinnere ich mich sehr, weil mir daruber vorgetragen worden ist. Es handelte sich meines Wissens um eine Errichtung einer geistigen Zentrale der 2. Internationale in Amsterdam, in der naemlich die Geschichte der sozialen Bewegungen in verschiedenen Staaten hier bibliothekarisch zusammengefasst werden sollte, um auf Grund dieses wissenschaftlichen Materials einen geistig-politischen Kampf, einen wissenschaftlichen Kampf - - -

F. Gut. Gut. Wir wollen kurz sein. Also Sie wissen, um was es sich handelt. Welche Antwort haben Sie nun bekommen. Hat Seyss-Inquart zugestimmt, dass diese Bibliothek nach Deutschland kommt, oder hat er verlangt, dass sie in Holland verbleibt ?

A. Es wurde zunaechst abgemacht, dass diese Bibliothek in Holland verblieb und dass die Katologisierung und Ordnung dieser noch nicht geordneten Bibliothekschaetze in Amsterdam vorgenommen werden sollte, und das ist im Laufe der Jahre in Amsterdam geschehen. Erstmals im Jahre 1944, als entweder die Invasion schon begonnen hatte, oder unmittelbar mit ihr gerechnet wurde, als die Bombenangriffe auch in diesem Gebiet sich verstaerkten, ist ein Teil nach Schlesien gebracht worden, der andere Teil ist meines Wissens nicht durchgekommen, sondern in Emden geblieben, und der 3. Teil ist, glaube ich, nicht abtransportiert worden.

F. Ist es also richtig, dass Seyss-Inquart verhindert hat, dass diese Bibliothek der hollaendischen Arbeiterschaft weggenommen wurde ?

H0330 - 0008

A. Jawohl.

VORSITZENDER: Hat die Anklagebehoerde Fragen zu stellen im Kreuzverhoer ?

KREUZVERHOER

DURCH MR.DODD:

F : Bevor wir unsere Diskussion verschiedener Punkte beginnen, moechte ich Sie darum ersuchen, Ihren Namen ein paar Mal auf dieses Stueck Papier, und zwar mit Bleistift und mit Tinte zu schreiben.

(Dem Zeugen werden Papier, Bleistift und Federhalter ueberbracht)

F. (fortsetzend) : Schreiben Sie bitte " A. Rosenberg" mit Tinte und " Alfred Rosenberg " mit Tinte; und wollen Sie den ersten Buchstaben Ihres letzten Namens niederschreiben, den Anfangsbuchstaben, das " R ".

Wollen Sie bitte das Gleiche jetzt mit Bleistift auf einem anderen Stueck Papier machen, " A. Rosenberg " mit Bleistift, " Alfred Rosenberg " und den Anfangsbuchstaben Ihres letzten Namens " R ".

Und dann noch etwas, wollen Sie den ersten Buchstaben Ihres Nachnamens bitte in Druckschrift niederschreiben.

(Die Unterschriften werden Mr. Dodd ueberbracht)

Nun, gestern nachmittag, als Sie durch Ihren Anwalt verhoert wurden, haben Sie vor diesem Gericht die Erklaerung abgegeben, das Sie mit Heinrich Himmler, dem Reichsfuehrer SS, eine Besprechung hatten, und zwar ueber Konzentrationslager und, wenn ich mich recht erinnere, sagten Sie, es war im Jahre 1938, nicht wahr ?

A. Ja, ich habe erklaert, ich habe mit ihm einmal ueber Konzentrationslager gesprochen; ob es 1938 war, ich kann das genaue Datum nicht angeben, weil ich mir keine Notiz darueber gemacht habe.

F. Sehr gut. Er bot Ihnen an, sich ein oder das andere dieser Lager anzusehen, Dachau oder irgend ein anderes Lager, nicht wahr ?

H0330 - 0009

A. Ja, er hatte mir damals gesagt, ich sollte mir mal Dachau ansehen.

F. Und Sie wollten das nicht, nicht wahr ?

A. Nein

F. Und wie Sie es gesagt haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe und zwar, weil Sie ueberzeugt waren davon, dass er Ihnen die unguenstigen Dinge in diesem Lager sowieso nicht zeigen wollte?

A. Ja, das habe ich so ungefaehr angenommen, falls es wirklich unguenstige Dinge waren, dass ich sie ja doch nicht sehen wuerde.

F. Sie haben einfach angenommen, dass da unguenstige Dinge sind, Sie wussten das nicht ?

A. Ich habe das aus der auslaendischen Presse gehoert und es ist daruaber - - -

F. Wann haben Sie es das erste Mal durch die Auslandspresse erfahren ?

A. Das war schon in den ersten Monaten 1933.

F. Und haben Sie die Auslandspresse ueber die Konzentrationslage von 1933 bis 1938 ununterbrochen studiert ?

A. Ich habe die Auslandspresse ueberhaupt nicht gelesen, weil ich leider nicht englisch spreche. Ich habe nur ab und zu einige Auszuege davon erhalten, und in der deutschen Presse sind ja auch einige Hinweise daraus erschienen mit einer strikten Erklaerung, dass sie nicht stimmen. Ich kann mich noch an eine Erklaerung des Ministers Goering erinnern, wo er sagte, er sei fassungslos, dass so etwas geschrieben werden koenne.

F. Aber Sie dachten doch wenigstens, dass das wahr war, jedenfalls nahmen Sie an, dass in diesem Lager unguenstige Dinge sein wuerden, die Ihnen Himmler nicht zeigen wuerde.

A. Ja, ich nahm an, dass in einem solchen Revolutionsprozess sicher eine Anzahl von Uebergriffen stattfinden, dass in manchen Gauen auch hier und da Zusammenstoesse stattfinden, und dass die Tatsache, dass die Ermordnng von Nationalsozialisten in den naechsten Monaten nach der Machtuebernahme ja fortlaufend weiter-

H0330 - 0010

ginge, auch wahrscheinlich hier und da harte Gegenmassnahmen nach sich gezogen habe.

F. Dachten Sie, dass diese Massnahmen gegen die Moerder der Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern 1938 noch stattfanden ?

A. Nein. Die Hauptmitteilungen ueber weitergehende Ermordungen von Angehoerigen der Hitlerjugend, der Polizei und Angehoerigen der Partei waren hauptsaechlich im Jahre 1943 und 1944. Ich kann mich nicht entsinnen, dass in den kommenden Jahren hier noch viele Meldungen darueber veroeffentlicht worden sind.

VORSITZENDER : Haben Sie 1943 und 1944 gesagt, oder meinen Sie 1933 und 1934 ?

DER ZEUGE : 1933 und 1934, Entschuldigung.

VORSITZENDER: Welches ist es nun ?

ZEUGE: 1933 und 1934.

DURCH MR. DODD:

F. Aber, auf jeden Fall, im Jahre 1938 hatten Sie da schon eine Ahnung davon, dass Sie glaubten, dass es sich lohnen wuerde, diese Lager zu inspizieren, dass da Dinge vor sich gingen, die man Ihnen nicht zeigen wollte ?

H0330 - 0011

Nun, das ist so, oder nicht ?

A: Nein, aber ich habe ganz offen gesagt, dass unter Umstaenden eben doch Uebergriffe passieren koennten, und ich habe Himmler darauf angesprochen, dass er auf jeden Fall weiss, dass solche Dinge uns bekanntlich vom Ausland mitgeteilt wurden und er acht geben solle. Eine Mitteilung an mich persoenlich ueber eine Beschwerde ist ein einziges Mal erfolgt.

F: Gut, jetzt kommen wir zu einem anderen Punkt. So, wie Sie gestern gesagt haben, als Sie den "Mythus des 20. Jahrhunderts" verfassten, haben Sie Ihre persoenlichen Ideen niedergelegt und hatten nicht die Absicht, die Staatspolitik zu beeinflussen. Stimmt.das, haben Sie das gestern in Bezug auf Ihr Buch gesagt?

A: Den Schluss habe ich nicht ganz verstanden. Ich muss sagen, ich habe den "Mythus des 20. Jahrhunderts" geschrieben in den Jahren nach verschiedenen grundgeschichtlichen und sonstigen Vorstudien, etwa 1927 und 1928, und erschienen ist er im Oktober 1939 mit dem Vorwort, dass das ein persoenliches Bekenntnis ist, und dass nicht die politische Organisation, der ich angehoere, dafuer verantwortlich sei.

F: Gut. Jetzt werde ich Ihnen dieses Buch zeigen lassen, es ist Dokument 3553-PS, das ist US-Exhibit 352, meine Herren. Es ist bereits als Beweismittel angeboten worden.

Nun, Sie haben das Vorwort fuer dieses Buch geschrieben. Sie haben es vor sich, vor Augen. Sie sagen darin:

"Zur 150. Tausend'sten Ausgabe. Der "Mythus" hat heute tiefe, nicht mehr auszutilgende Furchen in das Gefuehlsleben des deutschen Volkes gezogen. Immer neue Auflagen sind ein deutliches Zeichen dafuer, dass ein entscheidender geistig-seelischer Umbruch zu einem geschichtlichen Ereignis heranwaechst. Vieles, was in meiner Schrift scheinbar absonderliche Idee war, ist bereits staatspolitische Wirklichkeit geworden. Vieles andere wird, so hoffe ich, noch als weiteres Ergebnis des neuen Lebensgefuehls seine Verkoerperung finden."

Das haben Sie doch geschrieben, nicht wahr ?

A: Das ist doch ganz richtig, weil dieses Buch von 700 Seiten ja nicht nur jene Punkte betrifft, die mir hier vorgeworfen werden, sodern dieses Buch hat eine grosse Anzahl von Problemen, das Problem des Bauerntums, das Problem der Welt-Staaten, das Problem des Begriffes des Sozialismus, das Problem des Verhaeltnisses zwischen Fuehrerschaft, der Industrie und des Arbeitertums, eine Darstellung der Beurteilung - - -

H0330 - 0012

F: (Unterbrechend): Einen Augenblick. Es ist gar nicht notwendig, dass Sie uns das ganze Inhaltsverzeichnis des Buches vortragen. Ich will nur wissen, haben Sie das Vorwort geschrieben ?

A: Ja, natuerlich.

F: Nun, mit Bezug auf das bekannte Zwangsarbeitsprogramm. Ich denke, es ist jedermann heute wohl klar, der diesen Prozess beigewohnt hat, und auch Ihnen sollte es klar sein, dass es in Deutschland ein Zwangsarbeits- oder Sklaven-Arbeitsprogramm gab, sowohl im Osten, wie auch in den im Westen besetzten Laender. Stimmt das ?

A: Ja, darueber besteht ja das Gesetz vom 21. Maerz, dass hier die Arbeiter aus den besetzten Gebieten nach Deutschland gebracht wurden. Es bestand ja auch in Deutschland ein Arbeitsverpflichtungsgesetz.

F: Aber es gibt doch nur 2 moegliche Aemter des damaligen deutschen Staates, die irgendwie verantwortlich gemacht werden koennen, teilweise oder im Ganzen, fuer dieses Zwangsarbeiter-Programm, nicht wahr ?

A: Jawohl.

F: Und diese waren Ihr Ministerium und das Buero des Angeklagten Sauckel. Das ist doch ganz einfach. Ist das wahr oder nicht ?

A: Es ist richtig, dass der Auftrag an den Gauleiter Sauckel erteilt worden ist mit Weisungsbereich an mich und an alle Obersten Reichsbehoerden. Ich hatte die Pflicht, diesen Auftrag nach meiner Moeglichkeit, meinem Ermessen und meinen Richtlinien im besetzten Ostgebiet bekanntzugeben und durchfuehren zu lassen.

F: Die Anweisung fuer die Zwangsarbeit, haben Sie diese unter Ihrem Ministerium durchgefuehrt, dass Sie die Leute zwangen, ihre Heime zu verlassen und ihre Staaten, um nach Deutschland zu gehen und fuer den deutschen Staat zu arbeiten ?

A: Ich habe ungefaehr 3/4 Jahr darum gekaempft, dass dieser Aufruf an die Arbeiter im Osten auf freiwilliger Grundlage erfolgt. Aus meinem Vermerk einer Besprechung mit Gauleiter Sauckel noch aus dem Jahre 1943 geht ja eindringlich hervor, dass ich die ganze Zeit bemueht gewesen bin, das zu tun. Ich habe noch mitgeteilt, wieviele Millionen Flugblaetter, wieviele Millionen Plakate und Broschueren ich im Lande verteilt habe, um diese Grundlage durchzusetzen. Als ich aber auch hoerte, dass, wenn die Zahl der einberufenen deutschen Arbeiter nicht ersetzt werden koennen, die deutschen Heeresreserven zu Ende waren, dann konnte ich nicht mehr dagegen protestieren, dass nicht auch ein Aufruf fuer bestimmte

Jahrgaenge erfolgte, und dass hier die landeseigenen Verwaltungen und zur Unterstuetzung auch die Exekutive der Gendarmerie eingesetzt wurde. Das habe ich ja gestern - - -

F: Mit anderen Worten, Sie versuchten sie zuerst freiwillig zu kriegen, und dann haben Sie versucht, sie zu zwingen. Stimmt das ?

A: Dass hier ein Zwang ausgeuebt wurde, ist ja richtig, und wird nicht bestritten. Wo ein Uebergriff, und manche furchtbare Uebergriffe geschehen sind, habe ich das Menschenmoegliche getan, um das zu verhindern oder zu mildern.

F: Na schoen. Sie hatten ein Gesetz in einem Ihrer Ministerien fuer die Zwangsarbeit herausgegeben, nicht wahr ?

A: Ja, es ist am Anfang ein allgemeines Arbeitsdienstpflichtgesetz erschienen.

F: (unterbrechend): Jawohl, das war am 19. Dezember 1941.

A: Es mag sein, dass es um diese Zeit erschienen ist.

F: Na, Sie duerfen mir glauben, dass dieses Datum stimmt, dass da in Ihrem Ministerium dieses Zwangsarbeitsgesetz herauskam. Ich moechte das uebrigens betonen, im besetzten Ostgebiet, und dieses Gesetz erschien von Ihnen als Reichsminister fuer das besetzte Ostgebiet.

A: Jawohl.

F: Jetzt lasse ich Ihnen Dokument 1975-PS zeigen, USA-Exhibit 820, bereits als Beweismittel angeboten. Nein, es ist noch nicht als Beweismittel angeboten. Es wird jetzt als Beweismittel angeboten.
Ich will auf dieses Dokument nicht zuviel Nachdruck legen, ich will nur von Ihnen bestaetigt haben, dass das Ihr Gesetz ist, und im 1. Paragraphen unter der kleinen Ziffer sagt es: "Alle Bewohner des besetzten Ostgebietes sind dem Arbeitsdienstpflichtgesetz unterworfen, und zwar in Anbetracht ihrer Arbeitsfaehigkeit."
Ich moechte auch auf den Paragraph 3 hinweisen unter der kleinen Nummer (1), wo steht:
"Ein besonderes Gesetz wird fuer die Juden entworfen."
Das ist der 19. Dezember 1941.

A: Das mir vorgelegte Dokument ist unterschrieben vom Reichskommissar fuer die Ukraine, und bezieht sich auf ein Rahmengesetz des Reichsarbeitsministers fuer die besetzten Ostgebiete. Ich bitte mir das Rahmengesetz des Ministers fuer die besetzten Ostgebiete, also mir, vorzulegen, um diese Ausfuehrungsbestimmungen des Reichskommissars richtig beurteilen zu koennen.

H0330 - 0013

H0330 - 0014

F: Das werden wir Ihnen zur Verfuegung stellen. Dies ist aus dem offiziellen Amtsblatt fuer das Reichsministerium fuer die besetzten Ostgebiete entnommen. Sie wollen doch nicht leugnen, dass Sie dieses Gesetz herausgegeben haben, und dass diese 2 Paragraphen, die ich Ihnen vorgelesen habe, darin enthalten waren?

A: Das wird ja nicht geleugnet.

F: Gut, wenn Sie sich die anderen Paragraphen alle ansehen wollen, dann werde ich dafuer sorgen, dass man sie Ihnen aushaendigt. Im Moment duerfen Sie mir glauben, dass es sich hier um keinen Kniff handelt.

A: Ich darf noch auf einen Punkt hinweisen, wo es hier unter Paragraph 1 ausdruecklich steht: "Nicht voll Arbeitsfaehige unterliegen der Arbeitspflicht im Rahmen ihres Leistungsvermoegens." Es ist hier also auf den Zustand der Gesundheit Ruecksicht genommen worden.

F: Das hatte ich Ihnen ja vorgelesen. Nun, Sie hatten einen permanenten Staatssekretaer Alfred Meyer ?

A: Ich kann einen Punkt ueber die Juden-Gesetzgebung hier nicht finden. Es ist hier ein Punkt ueber die Anweisung fuer Juden erschienen, nur findet sich hier das nicht.

F: Es steht im Paragraph 5 "Verordnung ueber die Einfuehrung der Arbeitspflicht", Paragraph 1, unter Ziffer 3. "Fuer Juden ergeht Sonderregelung." Es steht unter Paragraph 1, Ziffer 3 der "Verordnung ueber die Einfuehrung der Arbeitspflicht in den besetzten Ostgebieten."

A: Ich finde das hier nicht, - ach so, auf dieser Seite, jawohl. Das ist ein anderes Gesetz, jawohl.

F: Das ist alles, ich wollte nur wissen, ob es da steht, und es steht auch da. Nun hatten Sie einen permanenten Staatssekretaer namens Alfred Meyer ?

A: Jawohl.

F: Ich zeige Ihnen jetzt Dokument Nr.580-PS, das wird USA-821. Hier handelt es sich um einen Erlass Ihres Ministeriums fuer die besetzten Ostgebiete, und Ihr permanenter Staatssekretaer Alfred Meyer hat es unterschrieben. Es ist gerichtet an den Reichskommissar fuer das Ostland, Lohse, l-o-h-s-e, und an den Reichskommissar fuer die Ukraine, an Herrn Koch, ueber

H0330 - 0015

den wir hier in dem Prozess schon mancherlei gehoert haben. Ich will von Ihnen bestaetigt haben, dass in diesem Befehl 247 000 gewerbliche Arbeitskraefte und 380 000 landwirtschaftliche Arbeitskraefte gestellt werden sollen; auf Seite 2 des englischen Textes und Seite 2 des deutschen Original-Textes, Zeile 14 des englischen und Zeile 22 des deutschen Textes. Vor dem Paragraphen steht die Zahl "6". Es steht darin:

"Die Arbeitskraefte sind anzuwerben. Zwangsgestellungen sind zu vermeiden, vielmehr soll aus politischen Gruenden die Freiwilligkeit der Meldung gewahrt bleiben. Falls die Anwerbung nicht zu dem geforderten Ergebnis fuehrt und ueberschuessige Arbeitskraefte noch vorhanden sind, ist aeusserstenfalls und im Einvernehmen mit dem Generalkommissar von der Verordnung ueber die Einfuehrung der Arbeitspflicht in den besetzten Ostgebieten, vom 19. Dezember 1941, Gebrauch zu machen. Versprechungen" --- mit anderen Worten, dieser Befehl, den Meyer von Ihrem Stab unterschrieben hat, enthaelt die Weisung an den Reichskommissar fuer das Ostland und fuer die Ukraine und hat als Grundlage Ihr Gesetz vom 19. Dezember 1941 fuer die Zwangsarbeit gehabt.

A: Herr Anklaeger, Sie haben die Einleitung verlesen und daraus geht ja hervor, dass auch der Stellvertreter von mir in eindeutiger Form alle Bemuehungen gemacht hat, um Zwangsstellungen zu vermeiden, sondern es soll, wie er sagt, "die freiwillige Meldung"gewahrt werden. Das ist der Beweis ueber das, was ich gestern schon gesagt habe, dass Hoffmann, der mein staendiger Stellvertreter war, in diesem Sinne nachdruecklichst versucht hat, zu wirken und aeusserstenfalls bezieht sich das hier nicht auf Willkuer-Massnahmen, sondern auf eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht in den besetzten Ostgebieten, die verhindern sollte, dass Hundert-Tausende auf den Strassen herumlungern, die nicht arbeiten oder studieren konnten. Ich moechte aber auch den Schluss des Absatzes verlesen und der lautet: "Versprechungen, die nicht gehalten werden koennen, duerfen weder in Wort noch in Schrift gemacht werden. Die Aufrufe (Maueranschlaege) und die Werbung in Presse und Rundfunk duerfen daher keine unwahren Angaben enthalten, um Enttaeuschungen der im Reich eingesetzten Arbeitskraefte und damit Rueckwirkungen auf die staendige Werbung in den besetzten Ostgebieten zu vermeiden."

Ich glaube, dass eine loyalere Haltung, mitten im Kriege, ueberhaupt nicht denkbar ist.

F: Sehr gut, ich will aber darauf hinweisen, und hoffentlich koennen wir uns darueber einigen, dass wir trotz dieser Einwaende, die Sie machten und die wir nicht

H0330 - 0016

bezweifeln, Ihren Beamten das Recht gegeben haben, Leute dazu zu zwingen, nach Deutschland zur Arbeit zu kommen und Sie haben das getan aufgrund Ihres eigenen Gesetzes. Das ist das, was ich klarmachen wollte.

A: Ich habe ein Arbeitsverpflichtungsgesetz Ende 1941 erlassen fuer das Gebiet des entsprechenden Reichskommissars, d.h. fuer das Ostland und die Ukraine. Die Verpflichtungen dieser Arbeitskraefte fuer das Reich sind ja viel spaeter gekommen und die Arbeitspflicht in den besetzten Gebieten war nach meiner Ansicht eine notwendige, gesetzliche Grundlage, um nicht wilde Verbungen einerseits und nicht ein Chaos durch die 100 000 Herumlungernden herbeizufuehren.

Vorsitzender: Sie haben die Frage noch nicht beantwortet, sondern Sie reden um das eine Wort "ja" herum, und das sollte Ihre ganze Antwort gewesen sein ?

A: Als die Arbeitsdienstpflicht fuer das Reich verkuendet wurde, bin ich fuer eine "Freiwillige" eingetreten. Dies konnte nicht lange so gehalten werden und darum habe ich zugestimmt, dass dann auch Zwangsgesetze eingefuehrt wurden. Das habe ich gestern ja dreimal zugegeben, ich habe es ja nicht geleugnet.

F: Ich weiss, dass Sie es gestern dreimal gesagt haben und heute morgen auch. Und nun kommen wir zu Ihrem eigenen Verteidigungs-Dokument R-011, glaube ich, es ist der Brief, den Sie am 14. Dezember 1942 an Koch geschrieben haben. Ich glaube nicht, dass wir Ihnen den Brief nochmals zeigen muessen, Sie haben ihn ja gestern gesehen und Sie haben erwaehnt, dass Leute, die an Kinos stehen, in Theatern waren und auf der Strasse herumliefen, zu ergreifen seien. Sie waren dagegen, aber Sie wüssten doch, dass dies vor sich ging ?

A: Es passiert bei jedem Gesetz, dass Uebergriffe vor sich gehen, und sobald ich von Uebergriffen erfuhr, bin ich ja auch dagegen eingeschritten.

F: Sehr gut, und in Bezug auf das Arbeitszwangs-Programm wöllen Sie jetzt behaupten, dass Ihr Ministerium nicht fuer das schreckliche Programm verantwortlich war, dass man Leute aus ihren Heimstaetten nach Deutschland sandte, oder sagen Sie, dass Sie die grosse Verantwortung tragen fuer das, was geschehen ist an diesen hundert-tausenden von Leuten der besetzten Ostgebiete ?

A: Ich uebernehme selbstverstaendlich die Verantwortung fuer jene Gesetze, die ich erlassen habe und fuer jene Rahmen-Verordnungen, die von meinem Ministerium hinaus gegangen sind. Fuer die Durchfuehrung dieser Massnahmen sind gesetzmaessig die territorialen Regierungen verantwortlich und wo sie diese Massnahmen nicht angewandt und ueberschritten haben, (es war ja 15 00 Kilometer von mir entfernt) habe ich mich

H0330 - 0017

um jedes Vorkommnis gekuemmert. Es ist viel uebertrieben gewesen, es sind auch Uebergriffe vorgekommen und ich gebezzu, dass schreckliche Dinge geschehen sind. Ich versuchte, zu intervenieren, und deswegen sind eine ganze Reihe deutscher Beamten vor Gericht gekommen und verurteilt worden.

F: Wir wollen die furchtbaren Dinge einmal weglassen, die passiert sind, wir wollen man annehmen, dass keine Brutalitaeten vorgekommen sind. Die einfache Tatsache, dass Leute gegen ihren Willen gezwungen waren, von ihrer Heimat wegzugehen, ist etwas, fuer das Sie die Verantwortung auf sich nehmen ?

A: Jawohl.

F: Und Sie fuehlen, dass ein grosser Teil.

A: Ich uebernehme die Verantwortung in soweit, als es Staatsgesetze betrifft, die an Gauleiter Sauckel den Auftrag gaben, diese Forderungen an mich zu stellen.

F: Ich will Sie ganz kurz daran erinnern, dass Sie gestern zugegeben haben, dass Sie einverstanden waren, dass 10, 12 und 14-jaehrige Kinder fortgenommen wurden, um sie nach Deutschland zu bringen, und ich glaube, dass Sie sagten, dass es Ihnen anfangs schwer fiel, aber nachdem Sie fanden, dass diese gut untergebracht waren, haette es Sie beruhigt; stimmt das ? Ist das eine faire Darstellung Ihrer Haltung bezueglich dieser Kinder aus dem Osten ?

A: Nein, das stimmt nicht, ich weiss nicht, wie die Uebersetzung bei der Vorlesung dieses Dokumentes gewesen ist. Es ergab sich ja gerade das Gegenteil, dass ich verhindern wollte, dass vorne in meinem Operationsgebiet etwas geschehen koennte, was als Resultat einen schlechten Ausgang fuer die Kinder haette haben koennen. Die Heeresgruppe Mitte handelte unabhaengig und ich machte den Vorschlag, dass die Kinder von ihrer eigenen Mutter, von ihren eigenen Eltern versorgt werden sollten, und, wie es spaeter heisst, unter der Bedingung der sorgfaeltigsten Betreuung, um sie spaeter wieder in ihre Heimat zurueckzufuehren. Das ist also das Gegenteil von dem, was die Anklage aus diesem Dokument hier vorgetragen hat.

F: Ich will ueber diesen Punkt nicht mehr viel sprechen, aber das Dokument, das Sie gestern gesehen und besprochen haben, enthaelt unter anderem folgendes: Dadurch, dass Sie die Kinder aus dem Osten fortschafften, wird mehr als ein Zweck erreicht. Sie zerstreuten die biologischen Moeglichkeiten dieses Volkes im Osten, das wollten Sie unter anderem, nicht wahr ?

A: Das ist im ersten Punkt ja bereits von der Anklage verlesen worden, dass das fuer meine Bewilligung oder Zustimmung ueberhaupt nicht ausschlaggebend gewesen ist

H0330 - 0018

Meine Einstellung, als ich das zum ersten Male gehoert habe, war, dass ich es ablehnte, und dass spaeter, als ich andere Berichte hoerte, ich eine Loesung gefunden habe, fuer die mir die Frauen gedankt haben, obgleich es nicht mein Verdienst war, dass diese Leute so gut behandelt wurden.

F: Wie ich Ihre Aussagen gestern verstanden habe, waren Sie mit der moeglichen Ausnahme einer kurzen Zeit, worueber Sie sprachen, zu allen Leuten sehr freundlich die unter Ihrem Befehl standen in den besetzten Ostgebieten. Sie wollten freundlich zu diesen sein, nicht wahr ?

A: Ich moecht solche Saetze mit sentimentalen Kennzeichnungen durchaus nicht fuer mich beanspruchen, ich habe mich nur bemueht, mitten im Kriege des Ostens, der ja fortlaufend deutsche Arbeiter und deutsche Landwirtschaftsfuehrer mit sich fuehrte eine verstaendige Politik zu betreiben, um die Menschen freiwillig auch zur Mitarbeit heranzufuehren.

F: Ich lese Ihnen Dokument 1058- PS vor.

(Das Dokument wird dem Zeugen ueberreicht)

F: (fortfahrend) Sie haben das Dokument vor sich, es ist ein Auszug aus einer vor Ihren engsten Mitarbeitern vom 20. Juni 1941, gehalten einen Tag bevor Russland angegriffen wurde. Ich verweise Sie auf den Paragraphen, der einzige auf dieser Seite:

"Die Aufgabe der Ernaehrung des deutschen Volkes ist ---

A: Auf welcher Seite ?

F: Erste Seite. Einen Augenblick. Es ist nur eine Seite. Oh, Sie haben das ganze Dokument. Sie haben gestern darauf Bezug genommen, es ist Seite 8, Zeile 54, Sie haben gestern darueber gesprochen, Sie sagten, es waere eine Rede aus dem Stegreif. Es steht auf Seite 8.

A: Ja, ich habe es gefunden.

F: In diesem Paragraphen sagen Sie unter anderen --- ich will Sie aus einem besonderen Grund darauf hinweisen --- die Aufgabe der Ernaehrung des deutschen Volkes steht an oberster Stelle und dass die suedlichen Gebiete und der noerdliche Kaukasus fuer die Ernaehrung des deutschen Volkes den Ausgleich bringen muessten. Und Sie sagen dann, es sei kein Grund vorhanden, die Russen mit dem Ueberschuss der Produkte der Ostgebiete zu ernaehren. Dann sagen Sie: "Es ist eine harte Notwendigkeit, ohne jeden Gefuehls", und dann sagen Sie: "Eine grosse Evakuation wird wohl notwendig sein und die Zukunft wird wohl den Russen strenge Jahre bringen." Sie haben uns gestern einen Teil dieser Rede verlesen, von der Sie glaubten, dass sie fuer Sie guenstig ist. Waren alle Teile dieser Rede aus dem Stegreif oder nur diejenigen,

H0330 - 0019

die fuer Sie unguenstig sind ?

A: Ich habe die ganze Rede nach einigen Stichworten gehalten und diesr Paragraph ist von der Anklge schon drei - oder viermal vorgelesen worden. Ich habe gestern bei Behandlung dieser Rede selbst auf diesen Paragraphen ausdruecklich hingewiesen und habe ausserdem hinzugefuegt,dass aus den Preisen des Vierjahresplanes mir mitgeteilt wurde, man wuesste nicht, ob nach Eroberung des Moskauer Industriegebietes, die Industrie voll erhalten werden koenne, dassman sich auf einige zentrale Industrien beschraenken muesse und dass dadurch ein schweres Problem in der Versorgung dieses Gebietes eintreten muss, und meine Bemerkung ging dann darauf hin, dass man notwendigerweise diese arbeitslosen Menschen wahrscheinlich evakuieren muesse, und ich habe dann ausdruecklich noch auf das Dokument, naemlich das erste Dokument des Ostministeriums zu dieser Frage hingewiesen, wo unter sieben vordringlichsten Punkten der Zivilverwaltung, der dritte Punkt, die Ernaehrung der Bevoelkerung der Gebiete steht und im Dokument selbser wird spaeter eingegangen, wo es heisst, dass Hungersnoete auf jeden Fall zu verhindern sind und dass die Bevoelkerung dann aus Sonderzulagen ernaehrt werden muesse. Ich glaube, es war gesetzmaessig und vorschriftsmaessig selbst, in dieser Art und Zeit mehr ueberhaupt nicht zu verordnen, in der Lage. Meine ganze geistige Haltung und politische Haltung geht aus dem hervor, was ich gesagt habe ueber die Forderung der ukrainischen Freiheit und Kultur, ueber das Selbstbestimmungsrecht der Kaukasier und auch ueber den russischen Staat und seine grossen ---

F: Ich glaube nicht, dass Sie darueber noch einmal sprechen muessen. Ich will Sie darauf hinweisen, dass Sie in diesen fruehen Zeit schon sagten, dass es starke Notwendigkeiten geben wird und dass sehr schwere Zeiten fuer die Russen bevorstuenden und wenn Sie nicht zugeben wollen, dass Sie das nicht wirklich meinten, so werde ich Sie dazu nicht zwingen.

A: Ich glaube Herr Anklaeger, eine groessere Vorsorge fuer dieses Problem kann man ja nicht haben, als wenn man vorher darueber nachdenkt, wie man die Schwierigkeiten meistert, als nachher: andere Besetzungstruppen haben dasselbe erfunden.

F: Sehr wohl. Ich darf Ihnen das Dokument 045-PS, USA Exhibit 822 zeigen. Wollen Sie sich dieses Dokument ansehen.

A: Ich darf wegen der Uebersetzung dieses Falles noch einiges sagen. Es ist mir gesagt worden, dass diese Massnahmen "ohne jedes Gefuehl" sind. Es steht im Original "ausserhalb des Gefuehls".

H0330 - 0020

17.April-M-IP-2

F: Jawohl, ich nehme Ihre Uebersetzung an, vielleicht war es einFehler. Ich bitte Sie, sich dieses Dokument anzusehen, eine Aktennotiz, die in Ihren Akten gefunden wurde.

A: Jawohl.

F: Sie sagen hier im zweiten Paragraphen, das was Sie die Ziele der deutschen Politik nennen, besonders der Ukraine, die vom Fuehrer festgelegt wurden. Sie bedeuten, wie Sie sagen, Ausbeutung und Mobilisierung von Rohmaterialien, in bestimmten Gebieten eine deutsche Siedlung, keine kuenstliche Intellektualisierung zur Wissenschaft, sondern die Erhaltung ihrer Arbeitskraefte. Im uebrigen eine weitgehende Desinteressiertheit in allen sonstigen inneren Geschehen.
Dann gehen wir etwas weiter, Sie brauchen jetzt nicht alles zu lesen, das ist schon in einem anderen Dokument eroertert worden. Wir kommen nun zur 12.Zeile von unten dieses Paragraphen, das mit der 14. Zeile beginnt:
"Ich bin nach fortlaufender Beobachtung der Dinge in den besetzten Ostgebieten der Ueberzeugung, dass die deutsche Politik ueber die Eigenschaften der beherrschten Voelker eine bestimmte, vielleicht auch abschaetzende Meinung haben kann, dass es aber nicht Aufgabe der deutschen politischen Vertretung ist, dies bekannt zu machen, die letzten Endes zu einer stumpfen Verzweiflung der beherrschten Bevoelkerung fuehren koennen, anstatt den produktiven Arbeitseinsatz zu foerdern."
Dann im naechsten Paragraphen sagen Sie:
"Mussten wir innerpolitisch in offenster Angriffsform unser Wollen im Gegensatz zu den andern im ganzen Volk zu verkuenden, so hat die politische Fuehrung im Osten dort schweigsam zu sein, wo notwenige Haerte von der deutschen Politik diktiert wird, sie hat zu schweigen ueber ihre vielleicht abschaetzende Beurteilung der beherrschten Voelker. Ja, eine kluge deutsche Politik kann unter Umstaenden auch durch fuer die Politik belanglose Erleichterung und einzelnes menschliches Entgegenkommen mehr fuer deutsche Interessen erreichen, als durch offene ueberlegte Brutalitaeten."
Haben Sie wirklich Ihre Auffassung ausgedrueckt, als Sie am 16. Maerz 1942 das Memorandum schrieben ?

A: Dieses Dokument stimmt. Es ist mir auch in der Voruntersuchung vorgelegt worden. Es ergibt sich aus diesem Dokument, dass ich beim Fuehrer, trotzdem mir bekannt war, dass er meine weitergehenden Vorschlaege doch nicht akzeptieren wuerde, um diese weitgehenden Vorschlaege kaempfte.

H0330 - 0021

Es ergibt sich zweitens daraus, dass ich persoenlich bei ihm dafuer eintrat, dass einige wildgewordene Kleinbuerger im Osten keine abschaetzenden Redensarten ueber andere Voelker machen, die sich vielleicht aeusserlich in einem jetzt materiellarmen Dasein befinden. Ich konnte von den vielen Tausenden die hinkamen, nicht einfach Sympathie oder Antipathie erwarten, aber ich konnte eines von ihnen fordern, das ist, falls sei eine abschaetzende Beurtilung haetten, sich das fuer sich behalten und anstaendig zu verhalten.

Zum Schluss moechte ich noch etwas hinzufuegen, was ausserordentlich entscheidend ist, es steht im letzten Absatz: "Ich bat den Fuehrer, mir beiliegende Instruktion zu bewilligen."

Diese Instruktion liegt im Dokument leider nicht bei, ich glaube, dass sich daraus manches ergeben haette.

F: Wir kommen nun zu R-36, USA Exhibit 699.

(Das Dokument wird dem Zeugen ueberreicht.)

F: (fortfahren) Sie haben dieses Dokument schon vorher gesehen ?

A: Ja, ich habe es gesehen.

Mr.Dodd: F: Es ist dies eine Aktennotiz von einem Ihrer Untergebenen, von Dr. Markull; einer Ihrer fuehrenden Leute-Dr.Leibrandt-hat es Ihnen ueberreicht am 19. August 1942.

Lesen Sie bitte mit waehrend ich einzelne Paragraphen verlese. Die ersten Paar Zeilen haben das Datum 5. September 1942.

"Herrn Reichsminister, im Hause. In der Anlage ueberreiche ich eine Aufzeichnung mit der Stellungnahme meines Mitarbeiters, Dr.Markull zum Bormann-Brief vom 23. Juli."

Bevor wir zu lesen anfangen, moechte ich sage: Sie haben gestern gesagt, dass Sie in verschiedenen Punkten mit Bormann nicht einig gingen. Ist das so ?

A: Ich habe gesagt .....

F: Sie koennen das mit ja oder nein beantworten.

A: Ich habe in entscheidenden Punkten mit Bormann nicht uebereingestimmt. Ich habe erklaert, dass ich im Laufe der Jahre derart bestuermt wurde, dass ich das eine oder andere Mal beruhigende Erklaerungen abgeben musste. Meine ganze Politik war----

F: Wollen Sie sich einmal das Memorandum ueber den Bormannbrief datiert vom 23.Juli 1942 ansehen.

H0330 - 0022

17.April- -IP-4

"Am 23. Juli 1942 hat Reichsleiter Bormann ein Schreiben an den Minister gerichtet, das in acht Punkten die Grundsaetze wiedergibt, die der Minister in den besetzten Ostgebieten durchfuehren soll."

Und dann steht weiter." dass Sie an den Fuehrer eine Botschaft geschickt haetten und zwar am 11. August 1942, in wieweit diese Grundsaetze schon jetzt verwirklicht bezw. der verfolgten Politik zugrundegelegt wuerden."

Im naechsten Absatz steht:"Wer diesen Briefwechsel liest, den faellt als hervorstechendes Merkmal die vollkommene Uebereinstimmung der Auffassungen ins Auge. Dem Minister sind offenbar zwei Punkte besonders wichtig gewesen: Der erste betrifft die Sicherung der deutschen Herrschaft gegen den slavischen Volksdruck, der zweite die unumgaengliche noetige Vereinfachung der Verwaltung. Hier handelt es sich in der Tat um entscheidende Fragen, auf die noch näher eingegangen werden muss." Und dann: "Im uebrigen erhebt der Minister nicht nur - das sind Sie- keinerlei Einwendungen gegen die Grundsaetze, oder auch nur die Formulierungen Bormanns, er nimmt sie vielmehr zur Grundlage seiner Antwort und bemueht sich um den Nachweis Ihrer Verwirklichung.In einer Abteilungsleiterbesprechung jedoch, in das das Bormann'sche Schreiben von Hauptmann Zimmermann mitgeteilt wurde, erhoben sich sofort schwere Sorgen sowohl wegen der Formulierung wie auch wegen der kuenftigen Ausrichtung unserer Ostpolitik."

Und dann sagt er " Um die Berechtigung dieser Sorgen zu pruefen, geht man am besten von einer Fiktion aus, die deutlich zeigt, wie die Lage ist." Da schreibt Markull unter I:"Nehmen wir mal an, dass Bormann's Brief an die Reichskommissare als Ministerialerlass gegeben waere. Da der Minister ja anscheinend die gleichen Anschauungen hat, ist diese Annahme - der Minister sind wieder Sie - keineswegs unwirklich. Da das Ostland ein Sonderfall ist und im uebrigen die Ukraine politisch auch das wichtigste Gebiet sein bezw. werden duerfte, soll vorwiegend von den dortigen Verhaeltnissen ausgegangen werden."

Dann heisst es weiter "Die Wirkungen eines solchen Ministerialerlasses zeigen sich am klarsten an den Menschen, die ihn in die Praxis umsetzen sollen."
Und dann geht er weiter: Denkt man sich die Formulierungen des Bormann'schen Briefes uebersetzt, in die Sprache eines deutschen Zivilverwalters, dann findet man folgende Ansichten: "Die Slaven muessen fuer uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, moegen sie sterben. Die slavische Fruchtbarkeit ist unerwuenscht. Sie moegen Praeservative benutzen oder abtreiben, je mehr desto besser. Bildung ist gefaehrlich. Es genuegt, wenn sie bis 100 zaehlen koennen.

H0330 – 0023

"Am 23. Juli 1942 hat Reichsleiter Bormann ein Schreiben an den Minister gerichtet, das in acht Punkten die Grundsaetze wiedergibt, die der Minister in den besetzten Ostgebieten durchfuehren soll."

Und dann steht weiter." dass Sie an den Fuehrer eine Botschaft geschickt haetten und zwar am11. August 1942, in wieweit diese Grundsaetze schon jetzt verwirklicht bezw. der verfolgten Politik zugrundegelegt wuerden."

Im Naechsten Absatz steht:"Wer diesen Briefwechsel liest, den faellt als hervorstechendes Merkmal die vollkommene Uebereinstimmung der Auffassungen ins Auge. Dem Minister sind offenbar zwei Punkte besonders wichtig gewesen: Der erste betrifft die Sicherung der deutschen Herrschaft gegen den slavischen Volksdruck, der zweite die unumgaengliche noetige Vereinfachung der Verwaltung. Hier handelt es sich in der Tat um entscheidende Fragen, auf die noch näher eingegangen werden muss." Und dann: "Im uebrigen erhebt der Minister nicht nur - das sind Sie- keinerlei Einwendungen gegen die Grundsaetze, oder auch nur die Formulierungen Bormanns, er nimmt sie vielmehr zur Grundlage seiner Antwort und bemueht sich um den Nachweis Ihrer Verwirklichung.In einer Abteilungsleiterbesprechung jedoch, in das das Bormann'sche Schreiben von Hauptmann Zimmermann mitgeteilt wurde, erhoben sich sofort schwere Sorgen sowohl wegen der Formulierung wie auch wegen der kuenftigen Ausrichtung unserer Ostpolitik."

Und dann sagt er " Um die Berechtigung dieser Sorgen zu pruefen, geht man am besten von einer Fiktion aus, die deutlich zeigt, wie die Lage ist." Da schreibt Markull unter I:"Nehmen wir mal an, dass Bormann's Brief an die Reichskommissare als Ministerialerlass gegeben waere. Da der Minister ja anscheinend die gleichen Anschauungen hat, ist diese Annahme - der Minister sind wieder Sie - keineswegs unwirklich. Da das Ostland ein Sonderfall ist und im uebrigen die Ukraine politisch auch das wichtigste Gebiet sein bezw. werden duerfte, soll vorwiegend von den dortigen Verhaeltnissen ausgegangen werden."

Dann heisst es weiter "Die Wirkuhgen eines solchen Ministerialerlasses zeigen sich am klarsten an den Menschen, die ihn in die Praxis umsetzen sollen."
Und dann geht er weiter: Denkt man sich die Formulierungen des Bormann'schen Briefes uebersetzt, in die Sprache eines deutschen Zivilverwalters, dann findet man folgende Ansichten: "Die Slaven muessen fuer uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, moegen sie sterben. Die slavische Fruchtbarkeit ist unerwuenscht. Sie moegen Praeservative benutzen oder abtreiben, je mehr desto besser. Bildung ist gefaehrlich. Es genuegt, wenn sie bis 100 zaehlen koennen.

H0330 – 0024

Hoechstens die Bildung, die uns brauchbare Handlanger schafft, ist zulaessig. Jeder Gebildete ist ein kuenftiger Feind. Die Religion lassen wir ihnen als Ablenkungsmittel. An Verpflegung bekommen sie nur das Notwendige. Wir sind die Herren, wir kommen zuerst."

Es heisst dann weiter: " Diese Saetze sind keineswegs ueberspitzt, sie werden vielmehr Wort fuer Wort vom Geist und Text des Bormannbriefes gedeckt. Schon hier erhebt sich die Frage, ob diese Auswirkung im Reichsinteresse erwuenscht ist. Es duerfte nicht zweifelhaft sein, dass diese Auffassung im ukrainischen Volk bekannt wird. Aehnliche Meinungen bestehen ja schon heute."

Wir gehen dann weiter zum zweiten Paragraphen mit der kleinen Ziffer ":

"Indessen bedarf es der zu 1) gemachten Annahme garnicht. Die obengenannten Ansichten ueber unsere Stellung im Osten sind schon jetzt lebendige Wirklichkeiten. Der Reichskommissar fuer die Ukraine hat in drei aufeinanderfolgenden Reden, bei Eroeffnungen usw, seine Auffassung ueber das von ihm regierte ukrainische Volk dargelegt." Dann zitiert er die dem Gericht schon bekannten Reden.

Und dann"... jeder Besucher und jeder Beamte koennte dies aus eigener Ansicht bestaetigen und es zeigt deutlich, wie gut der Boden fuer den Bormann'schen Brief vorbereitet ist. Ich zitiere weiter einige Erklaerungen: "Genau genommen sind wir hier ja unter Negern. "Die Bevoelkerung ist doch nur dreckig und faul." usw.

Dann gehen wir weiter: "Hinzuzufuegen waere noch, dass z.B. der Kreisleiter Knuth, den der Gauleiter trotz schwerster Angriffe gegen seine geschaeftliche Sauberkeit immer noch haelt, zur Kiewer Frage in Gespraechen erklaert hat, Kiew muesste durch Seuchen entvoelkert werden. Es waere ueberhaupt am besten, wenn der ueberfluessige Bevoelkerungsteil verhungerte."

Und dann weiter im dritten Paragraphen: " Es besteht jedoch in diesen Auffassungen in der Ukraine keine Einheitlichkeit, "dass 80% gegen die geschilderten Auffassungen waeren. Die Bevoelkerung koennte mit Liebe behandelt werden und es heisst, wenn wir den naech-

H0330 – 0025

sten Paragraphen ansehen, dass die Politik zu einer Katastrophe fuehren wuerde." Und dann faehrt Markull weiter: "Die falschen Auffassungen von der Herrenrasse sind im uebrigen nur geeignet, die Disziplin unserer Beamten zu lockern."

Ich will nicht all das hier verlesen und ich komme jetzt zu dem folgenden Paragraphen V. " Vielleicht sollte man feststellen, ob nicht zwischen der bisherigen Politik und dem Bormann'schen Brief eine Verbindung besteht. Die angefuehrten Instruktionen des Ministeriums sind lediglich als taktische Zuege zu betrachten. Der Minister - das bedeutet immer Sie - d.h. die Antwort des Ministers vom 11. August kann vielleicht als seine Ansicht betrachtet werden." Und dann sagt er, dass der Minister- das sind Sie - das genau weiss, dass man einen Kontinent von der Groesse Russlands nicht mit Hilfe einer politische Taktik umaendern kann, und zum Schluss sagt er, dass es vielleicht nicht als ein taktisches Manoever auszulegen sei, da dies eine Unbestaendigkeit dartun wuerde. Denn in diesem konnte das Wort "Befreiung" nie gebraucht werden und kein Theater haette offen bleiben sollen, keine Universitaet.

Zum Schluss moechte ich noch weiter verlesen den 6. Paragraphen. Vielleicht darf ich es zusammenfassen. Darin steht, dass dieser Brief Bormanns, der aus dem Fuehrerhauptquartier stammt, nicht als Ministerialerlass herausgegeben werden konnte, denn das wuerde die ganze bisher gefolgte Politik des Ministers- die Ihrige - ableugnen.

Und noch einige Saetze weiter: "Es muss besonders auf die offenbare Aehnlichkeit zwischen Koch's Ansichten und Bormanns Brief hingewiesen werden." Und dann heisst es weiter:" Nur Sie koennen die Entscheidung in dieser Frage treffen" und er sagt, dass gewisse Bestrebungen vielleicht nuetzlich sein wuerden und weist auf gewisse Schwierigkeiten hin."

Und schliesslich kommen wir zu Paragraph II, Seite 5: "Ohne an den Ausfuehrungen Bormann's irgendwelche Kritik zu ueben, muss man trotzdem darauf hinweisen, dass der Text dieses Briefes nicht immer klar die Wichtigkeit der vorliegenden Punkte sehen laesst.

H0330 – 0026

und die Frage von Praeservativen usw. sollte nicht im Namen des Fuehrers ausgesprochen werden, wie auch die Frage, dass die Impfung von Nichtdeutschen nicht in Frage kaeme. Auch die Frage des Herrenbewusstseins kann hier in dieser Verbindung nicht erwaehnt werden.

Und schliesslich lese ich Ihnen vor, was unter III steht. "Die vorstehenden Ausfuehrungen moegen sehr scharf erscheinen, sind jedoch diktiert von Sorge und Pflicht.

Und schliesslich glaube ich nicht, dass es noetig ist, den letzten Paragraphen zu lesen, er spricht lediglich ueber die politische Philosophie, die von den japanischen All iierten in grandioeser Weise in seinen neuen Gebieten entwickelt wird.

Koennen Sie sich an diese Aktennotiz erinnern, die Sie von Dr. Markull erhielten? Ich wuensche nur " Ja oder Nein". Das ist all e s was ich jetzt wuensche. Warte einen Augenblick.

A: Ja, es ist dies ein Brief von Dr. Leibrandt und ich moechte dazu folgendes erklaeren:

F: Sie koennen mit ja oder nein antworten, ich will nur wissen, ob Sie sich daran erinnern.

A: Ich habe den Bericht von Dr. Leibrandt ueberreicht bekommen und moechte erklaeren . . . .

F: Ich will Ihnen nicht das Wort wegnehmen, Sie koennen gleich sprechen, es sind nur ein oder zwei Dinge, die ich darueber hoeren will und ich will Sie befragen und danach wird das Gericht wenn Sie es wollen Ihnen die Moeglichkeit geben, darueber eine Erklaerung zu geben.

Sie hatten doch diesen Brief Bormann's beantwortet:

A: Ja, das ist richtig.

F: Und Sie gingen mit diesen schokierenden Vorschlaegen Bormann's einig? Stimmt das, ja oder nein? In Ihrem Brief waren Sie doch mit diesem schokierenden Vorschlaegen einverstanden?

A: Ich habe einen beruhigenden Brief geschrieben, um hier eine Pause eintreten zu lassen gegenueber dem dauernden Druck, unter dem ich gehalten wurde und moechte gleich vorwegnehmen, dass meine

H0330 - 0027

Taetigkeit und die Erlasse, die ich mach diesem Brief herausgegeben habe, sich in keiner Weise veraendert hatten, dass im Gegenteil Erlasse fuer den Aufbau eines Schulwesens, fuer die weitere Fortfuehrun des Gesundheitswesens gekommen sind, auf die ich bei der Beantwortung noch eingeben werde.

F: Sie haben diesen Brief an den Fuehrer geschickt, nicht an Bormann, nicht wahr? Ihre Antwort ging an Hitler?

A: Ich schrieb meine Antwort an den Fuehrer, ja.

F: Und Sie beruhigten den Fuehrer ebenfall s, als Sie diese Phrasen abwiesen ueber den Gebrauch von Praeservativs und Abreibungsmittel?

A: Nein, ausserdem . . . .

F: Sie koennen sagen, was Sie wollen, aber warten Sie einen Moment, ich sagte, Sie schrieben in Ihrem Brief an den Fuehrer zurueck jene schrecklichen unanstaendigen Vorschlaege von Bormann; nicht wahr, jene geschmaklosen Vorschlaege Bormann's, moechte ich sagen, schrieben Sie darueber dem Fuehrer?

A: Ich habe dem Fuehrer einen Brief geschrieben, habe mir aber den Wortlaut des Bormann Briefes zu eigen gemacht, sondern habe beruhigend geschrieben, dass ich nicht mehr tue, als getan werden kann und muss. Ich wuenschte mich zu schuetzen fuer einen Angriff von dem Hauptquartier, denn ich wusste, dieser wuerde kommen, weil ich mehr tat fuer die Ostvoelker als fuer das deutsche Volk, dass ich dort mehr Aerzte verlangte, als das deutsche Volk fuer seine Kranke hatte. Dass ich fuer das Gesundheitswesen und damit fuer die Ostvoelker, von mir als deutscher Ostminister mehr getan wurde, als die deutschen Aerzte fuer das deutsche Volk tun konnten. Soweit war nachher der Angriff gekommen, dass schliesslich K[illegible] mir den Vorwurf machte, dass ich eine Imigrations-Politik forderte. Das war der Grund, warum diese Streitfrage kurz danach vorgekommen und dem Fuehrer vorgelegt wurde.

F: Nun wir wollen die Sache ganz klar stellen. Wir wollen kein Missverstaendnis haben und niemand will das. Erzaehlen Sie uns, dass Sie nicht genau zurueckgeschrieben haben, ungefaehr woertlich, was

H0330 - 0028

Bormann an Sie schrieb?

A: Ich habe den Brief ja nicht im Wortlaut hier.

F: Aber Sie haben Dr. Markull's Memorandum hier, worin steht, dass der Minister keinen Einspruch gegen Bormann's Prinzipien hatte, und selbst nicht gegen seine Wortwahl. Nun, einer Ihrer Mitarbeiter wuerd ja nicht die Frechheit besitzen, Ihnen ein gleiches Memorandum zu schreiben, falls es nicht absolut so war, wie Sie es gemacht haben.

A: Ich habe es sehr begruesst, dass meine Mitarbeiter immer den Mut gehabt haben, mir immer zu widersprechen, selbst in dem, was ich selber von ihnen verlangte, mir ihre Meinung zu sagen. Dr. Leibrandt ist zu mir gekommen und sagte zu mir: " Herr Reichsminister, das widerspricht doch dem, was wir hier zusammen arbeiten." Ich sagte ihm: Dr. Leibrandt seien Sie nur ruhig. Ich habe eine beruhigende Erklaerung geschrieben. Es wird nichts geaendert und ich werde mit dem Fuehrer spaeter noch persoenlich ueber diese Dinge sprechen.

F: Sie haben gesagt, dass Ihre Mitarbeiter keine Angst hatten Ihnen zu sagen, dass Sie einen Brief geschrieben haben, der mit Bormann einig ging. Ich mache keine Schwierigkeiten darueber. Das ist alles was ich wuensche, dass Sie hier dem Gericht sagen, ob es wahr i dass Sie diese Saetze zurueckgeschrieben haben, und zwar ungefaehr woertlich.

A: Das stimmt ja nicht. Sondern der Verfasser, ich muss sagen, dass dieses Memorandum, das Dr. Leibrandt, als er es mir in die Hand gab, fluechtig durchgelesen hatte und sagte: Dass es scheinbar einen Herrn gibt der glaubt, dass ich nichts anderes tun kann, als ich fuer Recht halte. Aber ich habe in diesem Falle eine schwere Auseinandersetzung vor mir und ich werde meine Haltung behalten, wie ich es fuer richtig halte. Das kann man ersehen in den Dokumenten, die ich gester vorgelesen habe.

Darf ich jetzt zu diesem Dokument Stellung nehmen?

F: Beantworten Sie diese Frage. Wem suchten Sie zu beruhigen? Hitler, Bormann oder alle beide?

A: Erstens, ich habe zunaechst einmal meinem Mitarbeiter Dr. Leibrandt zugestimmt in diesem Sinne, dass naemlich von mir Ministerial-

H0330 – 0029

Erlasse in dieser Weise niemals erscheinen wuerden.

Zweitens, habe ich eine Schulverordnung fuer die Ukraine erlassen mit dem Aufbau einer 4 jaehrigen Grundschule, mit dem Aufbau von Fachschulen und Fach-Hochschulen.

VORSITZENDER: Einen Augenblick. Das ist doch nicht eine Antwort auf die Frage. Sie sagten, dass Sie eine beruhigende Antwort gaben. Die Frage lautete: Wem haben Sie beruhigt, Hitler, Bormann oder alle beide?

A: Ja, alle beide, jawohl.

MR. DODD: Herr Vorsitzender, dies wuerde ein guenstiger Zeitpunkt zum Vertagen sein.

VORSITZENDER: Ja.

(Das Gericht vertagt sich auf 10 Minuten).

H0330 – 0030

DR. SEIDL: (Verteidiger fuer den Angeklagten Frank).

Herr Vorsitzender, ich habe gestern mitgeteilt, dass die Dokumentenbuecher fuer Frank bereits uebersetzt sind. Es hat sich aber herausgestellt-und das habe ich soeben festgestellt-, dass die Dokumentenbuecher noch nicht geheftet sind und zwar deshalb, weil die dafuer zustaendige Stelle von einer anderen zustaendigen Stelle noch nicht die Erlaubnis bekommen hat. Vielleicht koennte das Gericht bestimmen, dass die Dokumentenbuecher geheftet werden, weil ja sonst die ganze Uebersetzung keinen Sinn hat.

VORSITZENDER: Sehr gut.

MR. DODD: Ich wusste nicht, dass in dieser Beziehung eine Verzoegerung eingetreten ist, ich will aber dafuer sorgen, dass das geschieht.

DER ZEUGE: Darf ich zu diesem Dokument Stellung nehmen? Diese Denkschrift ist, wie ich am Anfang erklaerte, von einer Fiktion eines moeglichen Ministerialerlasses ausgegangen. Sie verwendet dabei offenbar Wendungen, die Bormann in seinem Brief gemacht hat, aber mein Schreiben, das ich an den Fuehrer geschrieben habe, kann diese Wendungen nicht enthalten, sondern wird beruhigende Erklaerungen abgegeben haben, dergestalt, dass ich es in den besetzten Ostgebieten nicht tue, was mir vorgeworfen wird, d.h. dass ich nichts tat fuer die deutsche Bevoelkerung, aber dass ich grosse Gesundheitsabteilungen, Schulabteilungen, Erziehungsabteilungen usw. gruendete und dass ich diese Verwaltungsabteilungen nun unbedingt vereinfachen muesste; aber dass Bormann diese Erklaerungen gemacht hat, dass er diese Phrasen gebraucht hat. Es ist bedauerlich, dass er sich in dieser Weise ausgedrueckt hat, das wir in den letzten Jahren ja mehr als notwendig feststellen mussten. Ich darf ganz kurz dazu sagen, dass er selber erklaerte, dass der Minister herantrat, den Inhalt dieser Dinge dort zu klaeren, aber ich moechte auf einen entscheidenden Punkt hinweisen, dass diese Ansicht, die Bormann aeusserte, auch bekannt war in der Umgebung Koch's, und gegen diese persoenliche Umgebung in und um ihn ist ja in diesen tragischen Jahren meine ganze Arbeit gegangen und vor allem in Erziehung von Verwaltungsfuehrern und das ergibt sich aus Punkt 3, wo es steht: "Vollends unter den Gebietskommissaren sind mindestens 80 % gegen die geschilderten Auffassungen.....

MR. DODD: Sie brauchen uns das nicht zu verlesen, wir haben es ja gelesen. Fall Sie eine Erklaerung haben, koennen Sie diese abgeben.

H0330 - 0031

DER ZEUGE: Ja. Auf Seite 4 heisst es, der ueberwiegende Teil des Verwaltungsfuehrerkorps setzte seine Hoffnungen auf seinen Minister, -auf mich- und ich habe mich bemueht und versucht, diese Hoffnungen des Verwaltungsfuehrerkorps zu rechtfertigen, dass ich versuchen wuerde, sie durch meine Erlasse zu erziehen, bezueglich dieser Tausende von Menschen, die sie im weiten Ostgebiet nicht kennen konnten, diese Tausende, die auch in einem Kampf gegen den Bolschewismus nicht entscheiden konnten, wie diese Dinge im Osten lagen und ich muss betonen, dass der Verfasser hier sagt, dass der Erlass des Ministers vom 17. Maerz 1942 seine bisherigen Weisungen in verschaerfter Form unterstreicht. Der Erlass vom 13. Mai 1942 wendet sich gegen die Meinung, dass die Ukrainer ueberhaupt kein Volk seien und gegen einen falschen Herrenstandpunkt. Das sind also zwei Erlasse, die ich nicht empfangen habe und die hier sind und weiter Herr Anklagevertreter, sage ich, dass er hier ganz richtig sagt, dass selbstverstaendlich der Minister also ich, sehr wohl weiss, dass man einen solchen Kontinent anders behandeln muss, als diese Vorschlaege, die hier passiert sind. In Konsequenz aber dieses Vorgehens habe ich sachlich festgestellt, nach diesem Briefwechsel zwischen Koch und Bormann habe ich eingeleitet den regelmaessigen Aufbau einer Schulverwaltung in der Ukraine mit einer durchgearbeiteten Verordnung. Zweitens ich habe gefordert den Ausbau des.....

MR. DODD:

F: Das interessiert mich nicht. Einen Augenblick.

A: Ich muss doch auf diese Beschuldigungen antworten.

MR. DODD: Das ist keine Antwort, Herr Richter, es ist keine Erklaerung des Dokumentes, er haelt wieder eine von seinen langen Reden ueber das, was er gemacht hat, nachdem er das Dokument empfangen hatte und nachdem er den Brief geschrieben hatte. Und ich fordere, dass ihm gesagt wird, die Frage zu beantworten und keine Erklaerungen abzugeben ueber seine Verwaltungen in der Ukraine. Ich glaube nicht, dass das erheblich ist.

ZEUGE: Ich habe ja den Fuehrer nach dieser Sache persoenlich gesprochen und habe ihm gesagt, - und dieser Vermerk vom Mai 1943 liegt auch bei meinen Akten- ich habe gesagt, dass es unmoeglich ist, mit diesen Redensarten von Koch und Umgebung im Osten zu arbeiten.

VORSITZENDER: Ob ein oder kein Brief in Ihren Akten ist, jedenfalls Ihr Vertei-

H0330 - 0032

diger kann Sie nachher nochmals vernehmen. Sie koennen im Kreuzverhoer nicht lange Erklaerungen geben und muessen Fragen mit ja oder nein beantworten und wo noetig kurz erklaeren. Sie haben schon soviel Zeit gebraucht, um dieses Dokument zu erklaeren.

MR. DODD:

F: Wann haben Sie Koch erstmals kennengelernt?

A: Erich Koch?

F: Ja.

A: In den Zwanziger Jahren, das wird im Jahre 1927 oder 1928....

F: Mit anderen Worten, Sie kennen ihn viele Jahre?

A: Ich habe ihn selten gesehen, aber als Gauleiter habe ich ihn manchmal gesprochen.

F: Wann wurde er Gauleiter?

A: Er wurde -glaube ich- im Jahre 1928 Gauleiter in Ostpreussen. Ich kann das Datum nicht genau sagen, wann er Gauleiter wurde.

F: Das ist schon richtig. Ich will nur ungefaehr das Datum. Hatten Sie viel zu tun mit ihm und zwar seit der Zeit, da er Gauleiter wurde bis 1940?

A: Zu der Kampfzeit habe ich mit ihm praktisch ueberhaupt nichts zu tun gehabt. Ich habe ihn dann spaeter nach 1933 einige Male gesprochen.

F: Sie hatten eine ziemlich gruendliche Kenntnis ueber seinen Ruf unter seinen Freunden?

A: Ich habe Koch als ein sehr ploetzliches Temperament angesehen, das ausserordentlich hin- und herschwankt und fuer eine Staendigkeit schwer zu gewinnen ist und deshalb nicht zuverlaessig in der Durchfuehrung einer staendigen Handlung.

F: Mit anderen Worten, aufgrund Ihrer Antwort wussten Sie nicht, bevor er Reichskommissar fuer die Ukraine wurde, welches Temperament er hatte, in der Form, dass er diese fuerchterlichen Dinge getan hat, die geschehen sind, waehrend er Reichskommissar der Ukraine war?

A: Nein, und.....

F: Das ist schon eine Antwort, das brauchen Sie nicht zu erklaeren.

A: Koch hatte vorher die gegengestellt Meinung gehabt, dass die zukuenftigen Probleme der Russen dieselben sein wuerden, wie diese der deutschen Jugend. Das hat er frueher geschrieben.

F: Richtig. Mit anderen Worten, sie waren furchtbar ueberrascht, als sich

H0330-0033

herausstellte, was fuer ein fuerchterlicher Mensch er war. Ist das eine faire Darstellung?

A: Das hat sich erst nach und nach herausgestellt. Dass dieses Temperament derartig ausschlagen wuerde, konnte auch ein anderer Mensch nicht voraussehen und es waere auch nicht so weit gekommen, wenn er nicht von anderer Seite eine Unterstuetzung bekommen haette.

F: Sie denken, dass er nicht ein solch guter Mann war, als aus seinen Handlungen hervorgeht, aber dass er unterstuetzt wurde von anderen, meinen Sie das?

A: Ja, das hat selbstverstaendlich mitgewirkt.

F: Jetzt lasse ich Ihnen Dokument Nr. 1019-PS zeigen, US-Exhibit 823. Uebrigens, bevor wir uns das ansehen, Sie beschuldigen Koch zum grossen Teil fuer viele von den fuerchterlichen Dingen, die in Ihrem Ministerium in der Ukraine geschehen sind. Es ist doch kein Zweifel da, nicht wahr, das haben Sie doch gestern selber gesagt?

A: Ja.

VORSITZENDER: Mr. Dodd, wollen Sie bitte etwas langsamer sprechen.

MR. DODD: Jawohl, mein Herr. Nun wollen Sie sich dieses Dokument ansehen. Es ist eine Denkschrift, die Sie verfasst haben ueber Ihre personellen Vorschlaege fuer die Reichskommissariate im Osten und die politische Zentralstelle in Berlin am 7. April 1941. Ich nehme an, das war nur wenige Tage, hoechstens vier oder fuenf, nachdem Hitler ueber Ihre neue Ernennung im Osten gesprochen hatte. Stimmt das?

A: Jawohl.

F: Nun dieses Memorandum, empfehlen Sie den Gauleiter Lohse und wir wissen, dass er ernannt wurde---Stimmt das?

A: Jawohl.

F: Dann kommen wir, es ist die naechste Seite im Englischen und es ist nur ein Paragraph der mit den Worten beginnt:

"Hinzu kommt noch, dass sich eventuell die Notwendigkeit ergibt, nicht nur Petersburg, sondern auch Moskau militaerisch zu besetzen. Diese Besetzung wird wohl einen gaenzlich anderen Charakter tragen als in den Ostseeprovinzen, in der Ukraine und im Kaukasus. Sie wird auf die Niederhaltung jeglichen russischen und bolschewistischen Widerstandes ausgerichtet sein und eine durchaus ruecksichtslose Persoenlichkeit beduerfen, sowohl fuer die militaerische Vertretung, als auch der eventuellen politischen Fuehrung. Die Aufgaben, die sich hieraus ergeben, brauchen

H0330 - 0034

jetzt nicht aufgezeichnet zu werden. Falls nicht eine dauernde Militaerverwaltung vorgesehen ist, empfiehlt der Unterzeichnete als Reichskommissar in Moskau den Gauleiter von Ostpreussen, Erich Koch."

Haben Sie Koch fuer diesen Posten als besonders ruecksichtslosen Mann im Osten empfohlen im April 1941? Ja oder Nein?

A: Jawohl.

F: Einen Augenblick. Sie haben heute schon sehr viel geredet. Geben Sie mir einmal Gelegenheit gelegentlich---. Es ist derselbe Mann, von dem Sie uns vor einer Minute gesagt haben, dass sie nicht wussten, dass er besonders ruecksichtslos und brutal sei, bevor er alle diese furchtbaren Dinge in der Ukraine verbrochen habe. Hier geht hervor, dass Sie das 1941 schon gewusst haben. Was ist Ihre Antwort dazu?

A: Das stimmt ja nicht, das steht ja nicht hier. Ich habe erklaert, ich kenne auch Aufsaetze von Koch aus dem Jahre 1943/44, wo er eine besondere Vorliebe fuer das russische Wesen hatte. Ich kannte Koch als einen mit Initiative in Ostpreussen wirkende Persoenlichkeit und ich musste erwarten, dass im Zentrum von Moskau und Umgebung die haertesten Anforderungen gestellt werden, denn hier war der bolschewistische Schwerpunkt und es wuerden hier haerteste Widerstaende unter Umstaenden entstehen. Ausserdem wollte ich Koch nicht im Ostland und nicht in der Ukraine haben, weil ich dort keine solchenWiderstaende glaubte befuerchten zu muessen. Koch, der einerseits das russische Wesen ehrte, andererseits ein wirtschaftlich mit Initiative sich einsetzender Mann war und weil ich wusste, dass er derartig unterstuetzt wurde, dass irgendeine Arbeit fuer ihn im Osten fuer Grundsaetze des Fuehrers und des Reichsmarschalls, vorgesehen war.

F: Mit anderen Worten, wenn Sie also einen ruecksichtslosen Mann brauchten, haben Sie Koch schon im April 1941 vorgeschlagen.

H0330-0035

A: Dieser Ausdruck betrifft hier eine Initiative und natuerlich auch die Ansicht, dass er bolschewistischen Widerstand bekaempfen wuerde mit Ruecksichtslosigkeit. Aber nicht in dem Sinne, um fremdes Volkstum zu unterdruecken oder fremde Kulturen auszurotten.

F : Es stimmt doch, dass Sie in der Ukraine Ihre besonderen Interessen hatten und, dass Sie jemand anderes im Sinne hatten und Sie wussten - - - Sie wollten Koch los werden, Sie wollten ihn irgendwo anders in Russland

A : Nein, ich wollte fuer die Ukraine den Staatssekretaer Backe oder meinen Stabsleiter Schickedanz haben wie aus diesem Dokument ersichtlich ist. Staatssekretaer Backe, weil er naemlich ein Kaukasus-Deutscher ist und russisch spricht und das ganze suedliche Gebiet kennt und er wahrscheinlich hier sehr gut haette arbeiten koennen. Ich bekam ihn nicht, es ist mir Koch aufgezwungen worden. Ich moechte sagen, gegen meinen persoenlichen Protest in der Sitzung vom 16. Juli 1941.

F : Wenn das Ihre Antwort ist, dann lassen wir es dabei beruhen. Mit Bezug auf Ihr Verhalten gegenueber dem juedischen Volk in Ihrer Frankfurter Rede von 1938 haben Sie vorgeschlagen, dass sie alle Europa verlassen und Deutschland verlassen muessten.

A : Es ist diese Redewendung gebraucht worden.

F : Sie brauchen doch nur ja oder nein zu sagen. Haben Sie das gesagt in Ihrer Rede in Frankfurt 1938 oder nicht ?

A : Ich kann aber doch nicht ja oder nicht nein auf ein unrichtiges Zitat sagen.

F : Ich glaube kaum, dass da etwas zu erklaeren ist, ich habe nur gefragt, ob Sie das gesagt haben oder nicht.

A : Das ist im Wesentlichen richtig.

F : In Ihrer Rede am Reichsparteitag auf dem Sie selbst sich gestern bezogen haben, sagten Sie, dass Sie hart ueber Juden gesprochen haben. Damals waren Sie dagegen, dass Sie bestimmte Professionen inne haetten und dergl. Ist das ungefaehr dem Sinne nach richtig ?

H0330 - 0036

A: Ich habe gestern gesagt, dass ich in zwei Reden fuer eine ritterliche Loesung eingetreten bin und ich habe gesagt, man duerfe uns nicht vorm Auslande Diskremierung vorwerfen.

F : Na, schoen. Haben Sie hier von der Ausrottung der Juden gesprochen ?

A: Ich habe generell von der Ausrottung im Sinne dieses Wortes nicht gesprochen. Man muss hier die Worte waehlen. Das Wort von der Ausrottung hat ja auch der britische Premierminister - - -

F : Zu dem Worte werden wir schon hinkommen. Sagen Sie uns nur, ob Sie es jemals gesagt haben. Sie sagen, Sie haben es nicht gesagt.

A : Ich habe in keiner Rede in diesem Sinne - - -

F : Na schoen, das habe ich schon verstanden, den Sinn habe ich schon verstanden. Haben Sie sich jemals in staatliche Politik oder in Parteipolitik mit jemand ueber die Ausrottung der Juden unterhalten ?

A : Es ist in einer Besprechung beim Fuehrer ueber eine beabsichtigte Rede, die nicht gehalten wurde, offen ueber diese Frage einmal gesprochen worden und zwar in dem Sinne, da jetzt ein Krieg ausgebrochen sei und diese Drohung die ausgesprochen war, nicht mehr beruehrt werden sollte. Diese ganze Rede ist ja auch nicht gehalten worden.

F : Wann wollten Sie denn die Rede halten, wann sollte die Rede gehalten werden ?

A : Im Dezember 1941

F : Und in Ihrer Rede war die Ausrottung der Juden schon hineingeschrieben, nicht wahr ? Ja oder nein.

A : Ich habe schon gesagt, dass dieses Wort nicht die Bedeutung hat, die Sie ihm eben unterlegen.

F : Zu der Bedeutung des Wortes kommen wir noch. Ich wollte nur wissen, haben Sie das Wort " Ausrottung " der Juden angewendet in der Rede, die Sie im Sportpalast im Dezember 1941 halten wollten. Koennen Sie darauf ganz einfach antworten ?

H0330 - 0037

A : Das mag sein, ich erinnere mich nicht, ich habe selbst den Wortlaut dieses Entwurfes nicht mehr gelesen. In welcher Form das ausgesprochen wurde, vermag ich nicht mehr zu sagen.

F : Nun, vielleicht koennen wir Ihnen ein bischen unter die Arme greifen. Ich lasse Ihnen Dokument Nr. 1517-PS US-Exhibit 82 ueberreichen. Dies ist ebenfalls eine Denkschrift von Ihnen, geschrieben ueber eine Unterredung beim Fuehrer am 14. Dezember 1941, und der erste Paragraph heisst klar, dass Sie und Hitler eine Rede besprachen, die Sie im Sportpalast halten sollten und zwar in Berlin. Wollen Sie sich bitte auf den 2. Paragraphen beziehen. " Ich sagte ihm in der juedischen Frage, dass die Kommentare ueber die Newyorker Juden jetzt irgendwie geaendert werden muessten nachdem die Entscheidung gefallen war im Osten. Ich staende auf dem Standpunkt von der Ausrottung des Judentums nicht zu sprechen. Der Fuehrer bejahrte diese Haltung und sagte, sie haetten uns den Krieg aufgebuerdet und sie haetten die Zerstoerung gebracht, es sei kein Wunder, wenn die Folgen sie zuerst traefen.

Sie sagen nun, dass Sie mit der Bedeutung dieses Wortes eine bestimmte Schwierigkeit haben. Sie kennen doch das deutsch-englische Woerterbuch von Cassell. Kennen Sie dieses Buch ?

A : Nein

F : Haben Sie nie davon gehoert ? Dann wird es Sie sicher interessieren. Wollen Sie bitte dem Gericht die Bedeutung des Wortes " Ausrottung " vorlesen.

A : Dazu bedarf ich nicht eines fremden Woerterbuches um auszudeuten, was in deutscher Sprache Ausrottung in vielen Bedeutungen meinen kann. Man kann eine Idee ausrotten, man kann ein Wirtschaftssystem ausrotten, man kann eine soziale Ordnung ausrotten und man kann in letzter Konsequenz auch eine Gemeinschaft ausrotten, das sind eben die vielen Moeglichkeiten, die in diesem Wort enthalten sind. Dazu brauche ich kein englisch-deutsches Woerterbuch. Uebersetzungen aus der deutschen Sprache in die englische Sprache sind so oft falsch und gerade wie im

H0330 - 0038

letzten Dokument, das Sie mir vorgelegt haben, hoerte ich wieder die Uebersetzung von der Herrenrasse. In dem Dokument steht von der Herrenrasse garnichts drin, sondern es steht von einem falschen Herrenmenschentum drin. Es wird scheinbar hier immer alles anders uebersetzt.

F : Das interessiert mich im Moment nicht. Wir wollen nur die Bedeutung dieses Wortes " Ausrottung " feststellen. Also Sie stimmen mit mir ueberein, dass ausrotten bedeutet : Fortwischen oder Abtoeten. Das ist der Ausdruck, den Sie in Ihrer Besprechung mit Hitler anwendeten.

A : Hier habe ich wieder eine andere Uebersetzung gehoert, die wieder neue deutsche Worte gebracht hat, sodass ich nicht feststellen kann, was Sie im Englischen damit ausdruecken wollen.

F : Wollen Sie in diesem Punkt Ihre Unfaehigkeit, sich mit mir ueber das Wort ausrotten zu einigen, darstellen oder wollen Sie nur Zeit verschwenden. Es gibt hier viele Leute im Gericht, di deutsch kennen und wissen, dass Ausrottung bedeutet, Fortwischen, aus der Welt schaffen, Toeten.

A : Es bedeutet Ueberwinden einerseits, es bedeutet die Anwendung nicht auf Einzelpersonen, auf juristische Personen auf bestimmte geschichtliche Ueberlieferungen. Es ist ja auch auf der anderen Seite dieses Wort auf das deutsche Volk gemuenzt worden und wir haben ja auch nicht geglaubt, dass nunmehr daraus die Konsequenz gezogen wuerde, dass 60 Millionen Deutsche vernichtet werden.

F : Ich will Sie daran erinnern, dass diese Ihre Rede in der Sie das Wort Ausrottung anwandten, gehalten wurde, etwa 6 Monate nachdem Himmler an Hoess erklaert hatte, dass mit der Ausrottung der Juden ein Anfang gemacht wurde, wie Hoess hier am Pult sagte. Das ist tatsaechlich so, nicht wahr ?

A : Nein, das stimmt nicht; denn Hitler hat in seiner Reichstagserklaerung erklaert: Wenn hier ein neuer Weltkrieg durch diese Angriffe der unterstuetzten Emigranten beginnen wuerde, die Folge davon auch eine Vernichtung und eine Ausrottung sein wuerde

H0330 - 0039

Das ist als eine politische Drohung aufgefasst worden und offenbar habe ich auch eine aehnliche politische Drohung vor dem Ausbruch des Krieges mit Amerika gebraucht und, als nun dieser Krieg doch schon ausgebrochen war, habe ich offenbar gesagt, da die Sache so gekommen ist, es keinen Zweck haette ueberhaupt davor zu sprechen.

F : Stimmt es nicht, dass die Juden im Ostgebiet damals ausgerottet wurden und hernach ebenfalls, nicht wahr ?

A : Da darf ich vielleicht zum Wortlaut sagen :
Es ist auch hier von der Ausrottung des Judentums die Rede, " Judentum " und " der Juden " ist ja auch noch ein Unterschied.

F : Ich haben Sie eben gefragt, ob auch mit dem Zeitpunkt und spaeter im besetzten Ostgebiet Juden abgeschlachtet wurden, waehrend Sie da Minister waren. Das koennen Sie doch mit "ja " oder "nein " beantworten ?

A : Jawohl, ich habe ja gestern darueber ein Dokument zitiert.

F : Ja, und Sie haben dem Gericht das ja erklaert und wollen Sie so tun, als ob die Polizei das getan haette und, dass Ihre Leute damit nichts zu tun hatten, nicht wahr ?

A : Ich habe von einem Zeugen gehoert, dass ein Gebiets/kommissar an diesen Dingen in Wilna beteiligt gewesen sein soll und ich habe von einem weiteren Zeugen gehoert, dass in anderen Staedten die Mitteilung kam, dass die Polizei das durchfuehren sollte und

H0330 - 0040

Dokument Nr. 1184 habe ich entnommen, dass ein Gebietskommissar nach allen Moeglichkeiten sich gestraeubt hat und Protest gegen diese sogenannte "Schweinerei" erhoben hat.

F: Ja, Dr. Leibbrandt war Ihnen unterstellt. Er leitete die Abteilung II in Ihrem Ministerium fuer das Ostgebiet, nicht wahr?

A. Eine zeitlang, ja.

F. Nun, ich will Ihnen jetzt Dokument Nr. 3663-PS, US-Exhibit-825 zeigen lassen.

(Dem Zeugen wird das Dokument uebergeben)

Nun, dieses Dokument besteht aus 3 Teilen, wie Sie wohl erkennen koennen. Die erste Seite ist ein Brief von Dr. Leibbrandt auf dem Briefbogen des "Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete" und hat das Datum: 31 Oktober 1941. Das ist nur wenige Tage vor Ihrer Besprechung mit dem Fuehrer ueber Ihre Rede und der Brief ist an den "Reichskommissar Ostland in Riga" gerichtet. Das war Lohse, der Mann, den Sie fuer diesen Posten empfohlen hatten. In dem Brief steht:

"Von seiten des Reichs- und Sicherheitshauptamtes wird Beschwerde darueber gefuehrt, dass der Reichskommissar Ostland Judenexekutionen in Libau untersagt habe. Ich ersuche in der betreffenden Angelegenheit um umgehenden Bericht.

Im Auftrag gez. Dr. Leibbrandt."

Jetzt kommen wir zur naechsten Seite, da steht: -

Haben Sie das Original da?

A. Jawohl.

F. Die Antwort ist auf der naechsten Seite:

"Riga, den 15. November 1941.

An Herrn Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete.

Betrifft: Judenexekutionen, Bezirk Erlan."

Es bezieht sich auf den Brief von Leibbrandt vom 31. Oktober 1941.

Es steht da:

"Ich habe die wilden Judenexekutionen in Libau untersagt, weil sie in der Art ihrer Durchfuehrung nicht zu verantworten waren. Ich bitte mich zu unterrichten, ob Ihre Anfrage vom 31. Oktober als dahingehende Weisung aufzufassen ist, dass alle Juden im Ostland liquidiert werden sollen. Soll dieses ohne Ruecksicht auf Alter und Geschlecht und wirtschaftliche Interessen (z.B. der Wehrmacht an Facharbeitern in Ruestungsbetrieben) geschehen?"

Und dann in einer anderen Handschrift ist noch geschrieben:

H0330-0041

"Selbstverstaendlich ist die Reinigung des Ostlandes von Juden eine vordringliche Aufgabe. Ihre Loesung muss aber mit den Notwendigkeiten der Kriegswirtschaft in Einklang gebracht werden. Weder aus den Anwendungen zur Judenfrage in der "braunen Mappe" noch aus anderen Erlassen, konnte ich bisher eine solche Weisung ueber die Judenfrage entnehmen."

Darunter steht der Buchstabe "L", fuer Lohse, nicht wahr?

Und dann kommen wir zur dritten Seite, nein es ist ein anderes Dokument, es sind nur zwei Teile zu diesem Dokument. Jetzt sehen Sie sich bitte Dokument Nr. 3666-PS an, das US-Exhibit-826 sein wird.

DER VORSITZENDE: Es steht darauf der Anfangsbuchstabe "L", nicht wahr?

MR. DODD: Jawohl.

DER VORSITZENDE: Und der Angeklagte gibt zu, dass dieser Buchstabe der Initial von Lohse ist, ist das richtig?

A. Das wird wohl kaum Lohse sein. Ich kenne Herrn Lohse's Initial nicht, das weiss ich nicht. Das kann auch Leibbrandt sein, das weiss ich nicht. Das kann auch Leibbrandt sein, das weiss ich nicht.

F. Sie wollen also nicht sagen, dass dieser zweite Brief von Lohse kam und dass es sein unterzeichneter Buchstabe ist?

A. Das kann ich nicht sagen.

F. Gut.

A. Das kann ich nicht sagen, denn gewöhnlich werden ja Briefe mit der Schmaschine ueberall hingeschickt. Diese Notiz hinten ist mir nicht ganz verstaendlich. Sie besagt jedoch im Wesentlichen, dass hier ein Protest gegen bekannt gewordene Polizeimassnahmen vorliegt und, dass in Anordnung - -

F. Die Bedeutung werden wir gleich besprechen. Wir reden jetzt von diesem "L". Koennen Sie handschriftlich irgendwo ein "R" entdecken, ein grosses "R"?

A. Ja, hier ist ein "L".

F. Nein, nein, ein "R"?

A. Ja, hier sind zwei "R".

F. Haben Sie das geschrieben? Sie haben Ihr Initial darauf geschrieben?

A. Jawohl.

F. Sie haben das geschrieben.

A. Ich kann das nicht als mein "R" entziffern.

F. Sie sagen, das ist nicht Ihr "R". Sie sollten doch Ihre eigene Unterschrift kennen, wenn Sie sie irgendwo sehen?

H0330 – 0042

A. Ich habe nie ein spitzes "R " gemacht, oben.

Ich bitte meine Handschrift zu vergleichen.

F. Das werden wir schon machen, haben Sie keine Angst. Ich habe Sie gefragt Ist das Ihr Initial oder nicht?

A. Das kann ich nicht indentifizieren als mein Initial.

F. Wollen Sie sagen, dass das nicht Ihr Initial ist?

A. Ja.

F. Gut. Jetzt verweise ich Sie auf Dokument Nr. 3666-PS, das sich auch auf diese beiden anderen Dokumente bezieht, Nr. 3663-PS; ebenfalls ein Brief auf dem Briefpapier" Der Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete", mit dem Datum: 18 Dezember 1941.

"Betrifft: Judenfrage.

Auf das Schreiben vom 15. November 1941"

Das ist die Antwort dann auf den Brief, der das "L" enthaelt, worin gefragt wird, ob die Hinrichtung der Juden die staendige Politik sein sollte. Die Antwort lautet:

"In der Judenfrage duerfte inzwischen durch muendliche Besprechungen Klarheit geschaffen sein. Wirtschaftliche Belange sollen bei der Regelung des Problems grundsaetzlich unberuecksichtigt bleiben. Im uebrigen wird gebeten, auftauchende Fragen unmittelbar mit dem hoeheren SS- und Polizeifuehrer zu regeln.

Im Auftrag: gez. Braeutigam."

Haben Sie den Brief schon frueher mal gesehen?

A. Nein, den habe ich nicht gesehen. Es ist hier wieder ein solches "R" mit einer Spitze oben. Ich kann das auch nicht als mein "R" indentifizieren.

F. Mit anderen Worten, Sie koennen das nicht als von Ihnen unterzeichnet indentifizieren?

A. Ja, ich kann das schon aus dem einfachen Grunde nicht als mein "R" indentifizieren, da das Schreiben, unterschrieben von Braeutigam, vom Ostministerium an das Ostland gerichtet ist und die Notizen oben sind ja von einer Stelle gezeichnet worden, die der Empfaenger ist.

DR. THOMA: Herr Praesident, darf ich Sie hier auf einen unmittelbaren Irrtum aufmerksam machen?

Dieses "R" steht im Zusammenhang mit einem "K". Das heisst offensichtlich "Reichskommissar."

MR. DODD: Wir reden ja nicht von dem "R", oben auf dem Brief, sondern ich

H0330 - 0043

spreche von dem handgeschriebenen Buchstaben.

DER ZEUGE: Ja, es ergibt sich ja jetzt aus diesem "R" ganz eindeutig, dass es sich hier um den Empfaenger handelt.

"Eingegangen am 22. Dezember, "R"

und addressiert ist es vom Ministerium an "Ostland"

Diese Notiz stammt also von einem in Riga wohnenden Menschen, und es ist dasselbe "R" das ja auch auf den anderen Dokument steht.

F. Wer war Ihr Reichskommissar fuer das "Ostland"?

A. Lohse.

F. Sein Name faengt nicht mir "R" an?

A. Ja, aber es ist ja ersichtlich, dass dieser Brief offenbar in seiner Abteilung abgezeichnet wurde.

DR. THOMA: Darf ich dem Gericht auch in dieser Sache helfen? Diese handschriftlich geschriebene Sache, mit dem deutschen "L", da steht links aussen "WV 1/12/41", das heisst: "Wiedervorlage" und unten steht dann "Vorgelegt, 1/12/41 R"

Das muss ein Vorgang sein, der sich in der Kanzlei des Reichskommissars abgespielt hat. Das ist ein erster Entwurf, den er deshalb auch nur mit dem ersten Buchstaben seines Namens versehen hat.

MR. DODD: Wir koennen Diese Erklaerung nicht annehmen. Die Frage welches "R" es ist, wird spaeter zur Entscheidung gebracht werden.

DER VORSITZENDE: Was bedeuten die Worte oben "Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete"?

MR. DODD: Das ist das Briefpapier, auf dem es geschrieben ist. Dieser ganz Brief ist in Handschrift auf die Rueckseite des Ersten geschrieben. Beide wurde im Buero dieses Angeklagten, in Berlin gefunden.

F. Ich verweise Sie nun auf ein weiteres Dokument Nr. 36.

A. Ich behaupte mit Nachdruck, das Initial "L" hat der Empfaenger geschrieben, an den der Brief gerichtet wurde.

Mr. Dodd: Gut, gut, wir werden schon dazu kommen. -

Dokument Nr. 36. Ich lasse Ihnen Dokument Nr. 3428-PS vorlegen, US-Exhibit-827.

VORSITZENDER: Wollen Sie die Nummer noch einmal geben?

MR. DODD: Bitte um Entschuldigung. Es war Nr. 3428-PS, welches USA-Beweisstueck Nr. 827 wird.

F. Es ist dies ein Brief von Minsk, im besetzten Gebiet, vom 31. Juli 1942

H0330 - 0044

Er wurde von Kube geschrieben. War er nicht auch einer Ihrer Untergebenen? Wollen Sie nicht darauf antworten?

A. Jawohl.

F. Und er ist an Lohse, dem Reichskommissar fuer das Ostland gerichtet, oder nicht?

A. Jawohl, das ist richtig.

F. Wollen wir dieses Dokument anschauen:

"Betreff: Partisanenbekaempfung und Judenaktion im Generalbezirk Weissruthenien.

Bei allen Zusammenstoessen mit Partisanen in Weissruthenien hat es sich herausgestellt, dass das Judentum sowohl ehemals polnischen, wie auch im ehemals sowjetischen Teil des Generalbezirks zusammen mit der polnischen Widerstandsbewegung im Osten und den Rotarmisten Moskaus im Osten, Haupttraeger der Partisanenbewegung ist. Infolgedessen ist die Behandlung des Judentums in Weissruthenie angesichts der Gefaehrdung der gesamten Wirtschaft eine hervorragend politische Angelegenheit ....." usw.

Sodann ein oder zwei Saetze danach:

"In eingehenden Besprechungen mit dem SS-Brigadefuehrer Zenner und dem hervorragend tuechtigen Leiter des SD, SS-Obersturmbannfuehrer Dr. jur. Strauch, haben wir in Weissruthenien in den letzten 10 Wochen rund 55.000 Juden liquidiert. Im Gebiet Minsk-Land

H0330 - 0045

ist das Judentum voellig ausgemerzt, ohne dass der Arbeitseinsatz dadurch gefaehrdet worden ist. In dem ueberwiegend polnischen Gebiet Lida sind 16 000 Juden, in Slonim 8 000 Juden usw. liquidiert worden. Durch einen dorthin bereits berichteten Uebergriff des Rueckwaertigen Heeresgebietes sind die von uns getroffenen Vorbereitungen fuer die Liquidierung der Juden im Gebiet Glebokie gestoert worden. Das Rueckwaertige Heeresgebiet hat, ohne Fuehlung mit mir zu nehmen, 10 000 Juden liquidiert, deren systematische Ausmerzung von uns sowieso vorgesehen war. In Minsk-Stadt sind am 28. und 29. Juli rund 1o ooo Juden liquidiert worden, davon 6 500 russische Juden - ueberwiegend Alte, Frauen und Kinder - der Rest bestand aus nichteinsatzfaehige Juden, die ueberwiegend aus Wien, Bruenn, Bremen und Berlin im November des v.J. nach Minsk auf den Befehl des Fuehrers geschickt worden sind.

Auch das Gebiet Sluzk ist um mehrere tausend Juden erleichtert worden. Das Gleiche gilt fuer Nowogrodek und Wilejka. Radikale Massnahmen stehen noch fuer Baranowitschi und Hanzewitschi bevor. In Baranowitschi leben allein in der Stadt noch rund 10 000 Juden, von denen 9 000 Juden im naechsten Monat liquidiert werden.

In Minsk-Stadt sind 2 600 Juden aus Deutschland uebrig geblieben. Ausserdem sind noch saemtliche 6 000 russische Juden und Juedinnen am Leben, die als Arbeitseinsatz waehrend der Aktion bei den sie beschaeftigenden Einheiten verblieben sind. Minsk wird auch in Zukunft noch immer den staerksten Judeneinsatz behalten, da die Zusammenballung der Ruestungsbetriebe und die Aufgaben der Eisenbahn das vorlaeufig notwendig macht. In saemtlichen uebrigen Gebieten wird die Zahl der zum Arbeitseinsatz kommenden Juden vom SD und mir auf hoechstens 800, nach Moeglichkeit aber auf 5oo, festgesetzt ...."

Ich moechte Ihre Aufmerksamkeit auf den letzten Abschnitt richten und zwar den letzten Satz:

"Ich bin mit dem Kommandeur des SD in Weissruthenien darin voellig einig, dass wir jeden Judentransport, der nicht von unseren vorgesetzten Dienststellen befohlen oder angekuendigt ist, liquidieren, um weitere Beunruhigungen in Weissruthenien zu verhindern."

Weiter oben habe ich einen oder zwei Saetze ausgelassen, die ich verlesen wollte:

"Mir und dem SD waere es natuerlich das liebste, nach Wegfall der wirtschaftlichen Ansprueche der Wehrmacht, das Judentum im Generalbezirk Weissruthenien endgueltig zu beseitigen. Vorlaeufig werden die notwendigen Ansprueche der Wehrmacht, die in der Hauptsache Arbeitgeber des Judentums ist, beruecksichtigt."

H0330 - 0046

Ich sollte Ihnen gleich sagen, dass auch dieses Dokument in Ihrem Amt in Berlin gefunden wurde. Es ist ein Brief .....

A: Das ist sehr unwahrscheinlich, dass es in meinem Buero in Berlin vorgefunden wurde. Wenn, dann kann es sich hoechstens darum handeln, dass derReichskommissar Ostland seine gesamten Akten nach Berlin gebracht hat, in Kisten verpackt. In meinem Buero ist es damals nicht gewesen und dieser Brief ist mir auch nie vorgelegt worden. Es steht ja hier mit Stempel, der Reichskommissar fuer das Ostland und nicht der Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete. Ich habe gestern dabei erklaert, dass mir eine Anzahl solcher Vorgaenge als Einzelaktionen in den Kaempfen mitgeteilt worden waren und dass ich diesen einen Bericht aus Lüzk ich persoenlich bekommen habe und der Gauleiter Meyer sofort beauftragt wurde, bei Heydrich hier Vorstellung zu erheben, eine Untersuchung anzuordnen und das setzt ja voraus, dass er eine solche generelle, auch der Gauleiter Meyer, eine solche generelle Aktion auf Befehl von einem Zentrum nicht gekannt und nicht angenommen habe.

F: Ich moechte Ihnen nur sagen, dass es ein seltsamer Zufall ist, dass zwei Ihrer hoe hsten Maenner in dieser Weise im Jahre 1942 in Verbindung standen, ohne dass Sie davon wussten.

Haben Sie nicht auch dem Gerichtshof gestern gesagt, dass Sie verstanden haetten, dass die groessten Schwierigkeiten, oder ein grosser Teil der Schwierigkeiten im Osten, mit Bezug auf die juedischen Personen, von der oertlichen Bevoelkerung kam ? Erinnern Sie sich, das gestern gesagt zu haben ?

A: Ich habe diese Uebersetzung eben nicht bekommen.

F: Ich fragte Sie, ob es nicht eine Tatsache ist, dass Sie gestern dem Gerichtshof gesagt haben, dass ein grosser Teil der Schierigkeiten fuer die Juden im Oste von der oertlichen Bevoelkerung dieser Gebiete kam ?

A: Ja, das wurde mir am Anfang mitgeteilt von zurueckkehrenden Persoenlichkeiten, dass nicht Lokalbehoerden, sondern Bevoelkerungsteile und ich kannte jadie Stimmung aus dem Osten von frueher und ich konnte mir wohl vorstellen, dasses den Tatsachen entspreche.

Zweitens, habe ich erklaert, dass mir mitgeteilt wurde, dass von der Polizei Exekutionen verschiedene anderer Widerstandsnester und Sabotagezentren, auch eine groessere Anzahl von Juden, erschossen wurden, in verschiedenen Staedten, und dann habe ich den Fall Sluzk hier behandelt.

F: Ich glaube, Sie werden mir zustimmen, dass Ihr Mann Koch in der Ukraine die

H0330 – 0047

verschiedensten Verbrechen beging. Ich verstehe nunnicht, dass Sie bestreiten, dass Lohse und Kube an der Vernichtung oder Liquidierung der Juden beihalfen und dass Braeutigam, ein wichtiges Mitglied Ihres Stabes, und dass Leibbrand, ein weiteres wichtiges Mitglied Ihres Stabes, ueber das Programm belehrt wurden.

A: Ich moechte feststellen, dass eine Verordnung des Reichskommissars fuer das Ostland vorliegt, die in Uebereinstimmung ....

VORSITZENDER: (unterbrechend): Wollen Sie die Frage zuerst beantworten ? Geben Sie zu, dass diese fuenf Personen sich mit der Vernichtung von Juden befassten ?

A: Ja, dass sie von einer Anzahl von Liquidierungen Bescheid wussten, das gebe ich zu und das haben sie mir ja auch gesagt, oder wenn nicht sie, dann habe ich es von anderer Seite gehoert. Ich moechte nur eines erklaeren, dass entsprechend den allgemeinen Gesetzen des Reiches der Reichskommissar fuer das Ostland eine Verordnung erlassen hat, wonach das uns selbstverstaendlich feindlich gesinnte Judentum in bestimmten juedischen Vierteln der Staedte zu konzentrieren sei und ich habe bis zum Schluss noch gehoert, bis 1943/44, dass in diesen Staedten ja noch solche Arbeiten in diesen juedischen Ghettos in groesstem Masse durchgefuehrt wurden.

Ich darf hier ergaenzend noch auf einen anderen Fall hinweisen, der mir auch zur Kenntnis kam, naemlich, dass ein Gebietskommissar ....

MR.DODD: F: Ich will nicht, dass Sie irgendetwas anderes erwaehnen. Sie haben die Frage beantwortet und Sie haben Ihre Frage erklaert. Ich bitte Sie nicht um weitere ...

A: (unterbrechend) Was ich eben noch hinzufuegen wollte, das begruendet noch einen Teil meiner Antwort: einen sehr konkreten Fall, naemlich, ein Gebietskommissar in der Ukraine war beim Gericht angeklagt worden, dass er in einer juedischen Gemeinde auf Grund von Drohungen Erpressungen veruebt haette und Pelze, Kleider usw. nach Deutschland geschickt haette. Er wurde vor Gericht geholt, er wurde zum Tode verurteilt und ist erschossen worden.

F: Das ist ganz interessant, aber ich glaube nicht, dass dies eine notwendige Erklaerung Ihrer Antwort ist. Ich moechte Sie bitten, sich auf die Antworten zu beschraenken. Ich moechte in einigen Minuten fertig werden.

Sie sind natuerlich auch der Mann, der, wie Sie gestern dem Gerichtshof gesagt haben, den Brief geschrieben hat, in dem die Hinrichtung von 100 juedischen Geiseln in Frankreich vorgeschlagen wird, obwohl Sie sagten, Sie dachten, es waere dies eine etwas schlechte Beurteilung oder etwas aehnliches. Ist das richtig ?

A: Ich habe gestern dazu meine Erklaerungen abgegeben.

F: Ich weiss, Sie haben das getan, aber ich moechte heute einige Minuten darueber sprechen.

Haben Sie gestern gesagt, dass es nicht richtig waere, dass es nicht gerecht waere ? Ja oder nein ?

A: Da muessen Sie woertlich zitieren, wenn Sie von mir ja oder nein haben wollen.

F: Ich frage Sie noch einmal. Haben Sie gestern zu diesem Gerichtshof gesagt, dass Ihr Vorschlag in jenem Brief, im Dokument 001-PS, falsch und nicht gerecht war ? Das ist eine ziemlich einfache Fragen und Sie koennen diese beantworten.

A: Ich habe erklaert, dass es menschlich unrecht war.

F: Es war Mord; war es nicht ein Mordplan ? Ja oder nein ?

A: Nein, sondern ich habe Geiselerschiessungen, die ja oeffentlich von der Wehrmacht bekanntgegeben wurden, als eine in ausserordentlichen Kriegszustaenden offenbar allgemein angenommene Tatsache hingenommen und habe ja diese Erschiessungen von Geiseln... sind ja in der Presse veroeffentlicht worden. Also ich musste hier annehmen, dass im voelkerrechtlich bestimmten Kriegszustand, das als eine angenommene Repressalie angesehen werden kann und deshalb kann ich das nicht zu - geben .....

F: (unterbrechend) Haben Sie damals als der guetige Philosoph, oder als der Soldat gesprochen ? In welcher Eigenschaft schrieben Sie diesen Brief 001-PS, als ein guetiger philosophischer Prediger ueber Ideologie und Kultur, oder gehoerten Sie zur Wehrmacht ?

F: Ich habe hier, wie aus dem Dokument ersichtlich, gesprochen davon, dass hier eine bestimmte Sabotage und Mordaktion gegen deutsche Soldaten gefuehrt wird, um das auch von mir angestrebte gute kuenftige Verhaeltnis zwischen Deutschland und Frankreich fuer immer zu vergiften. Aus diesen angegebenen Grund ist dieser Befehl, den ich an sich menschlich bedauere, geschrieben worden.

F: Das ist etwas spaet, glauben Sie nicht ? Der Zeuge Hoess... Waren Sie im Gerichtssaal, als er aussagte ? Hoess ?

A: Ja, ich habe ihn gehoert.

F: Sie haben diesen schrecklichen Bericht ueber 2 ½ bis 3 Millionen Morde gehoert, den er vom Zeugenstand aus gab. Sie waren zum grossen Teil juedische Personen.

A: Jawohl.

H0330 - 0049

F: Obwohl es hier nicht dargelegt wurde, so koennen Sie es mir doch glauben und wenn Sie darueber streiten wollen, so koennen Sie es tun. Wir werden es spaeter beweisen. Wissen Sie, dass er Ihre Buecher und Ihre Reden gelesen hat, dieser Mann Hoess ?

A: Ob Hoess meine Buecher gelesen hat, weiss ich nicht. Anti-juedische Buecher gibt es seit 2000 Jahren.

F: Sie waren bereit, im Oktober 1944 von Ihrer Stellung als Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete zurueckzutreten ?

A: Oktober 1944.

F: Es war nicht viel, was Sie zu jenem Zeitpunkt aufgeben wollten. Die Deutschen waren praktisch aus Russland bereits heraussen. Ist das keine Tatsache ? Am 12. Oktober 1944 war das deutsche Heer

H0330 - 0050

praktisch aus Russland bereits vertrieben worden. Es war auf dem Rueckmarsch oder nicht?

A: Ja, es handelte sich fuer meine weiteren Aufgaben um die politisch-psychologische Aufgabe fuer mehrere Millionen Ostarbeiter im Reich, es handelte sich weiter um die Fluechtlinge, die aus dem Ostland und aus der Ukraine nach Deutschland kamen und es handelte sich um Abwicklung der wirtschaftlichen Geschaefte und vor allen Dingen hatte ich auch damals noch die Hoffnung, dass, unter Umstaende auch eine militaerische Wende im Osten ja immer noch eintreten koennt

F: Und jedermann oder fast jedermann, der in Deutschland ueberhaupt informiert war, musste, dass der Krieg im Oktober 1944 bereits verloren war, oder nicht? Sie wussten, dass der Krieg im Oktober 1944 verloren war?

A: Nein, das wusste ich nicht.

F: Sie haben das nicht gewusst?

A: Nein, ich habe das nicht gewusst.

MR. DODD: Ich will diese Antwort annehmen. Das ist alles. Ich habe keine weitere Frage mehr.

VORSITZENDER: Hr. Dr. Thoma, wollen Sie den Zeugen nocheinmal verhoeren?

(General Rudenko naehert sich dem Rednerpult)

Herr General Rudenko wollen Sie noch einige zusaetzliche Fragen stellen?

GENERAL RUDENKO: Ich habe einige Fragen, im Zusammenhang mit der Taetigkeit in den Ostgebieten zu stellen.

VORSTIZENDER: Gut, Herr General.

GENERAL RUDENKO: F: Angeklagter Rosenberg. Wann haben Sie begonnen, persoenlich an dem Angriff gegen die Sowjet-Union teilzunehmen?

A: Ueberhaupt nicht.

F: Stand nicht Ihre Ernennung zum Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete am 20. Februar 1941 im Zusammenhang mit der Planung zum Angriff Deutschland auf die Sowjet-Union?

H0330 - 0051

A: Es war ja keine Planung, an der ich teilgenommen habe, sondern die Folge eines bereits gefassten Entschlusses, zu dem ich ja nicht zur Beratung herangezogen worden war, sondern die Mitteilung, das hier ein Entschluss gefasst sei und die militaerischen Befehle ergangen worden seien. Ich habe also nichts ... denn ich muss ja die Frage mit Ja oder Nein moeglichst beantworten. Ich soeben auf Grund des Wortlautes mit nein geantwortet.

F: Sie bestroiten also nicht, dass es im April 1941 gewesen ist?

A: Das liegt ja vor, dass ich einen Auftrag bekommen habe.

F: Mit Bezug auf diese Ernennung; Hitler hat Ihnen sehr grosse Machtbefugnisse gegeben. Sie arbeiteten mit den hoechsten fuehrenden Nazi-Behoerden zusammen, besorgten die Nachrichten und beriefen die Zusammenkuenfte der Reichsbehoerden ein, Sie arbeiteten insbesondere mit Goering, dem Wirtschaftsminister und mit Keitel zusammen. Sagen Sie mir kurz, ja oder nein?

A: Es sind hier wieder mal drei Fragen gerichtet worden. Die erste Frage, ob ich grosse Vollmachten bekommen habe? Eine Vollmacht hatte ich dort ueberhaupt nicht bekommen, also nein. Die zweit Frage, ob ich Besprechungen gehabt habe, beantworte ich mit ja, den selbstverstaendlich habe ich mit den fuer den Osten vorgesehenen Obersten Reichsbehoerden Besprechungen gehabt, dem Auftrage entsprechend, war ....

F: Beantworten Sie kurz die folgende Frage. Hatten Sie eine Konferenz mit dem Chef des OKW nach Ihrer Ernennung am 20. April 1941?

A: Jawohl, ich habe Feldmarschall Keitel einen Besuch gemacht.

F: Hatten Sie ein Gespraech mit Brauchitsch und Raeder im Zusammenhang mit Ihrer Ernennung und zwar hinsichtlich der Entscheidungen, die im Zusammenhang mit den Ostproblemen zu treffen waren?

A: Mit Brauchitsch habe ich, meiner Erinnerung nach, nie gesprochen und mit Raeder habe ich, glaube ich, auch keine Unterredung gehabt.

H0330-0052

F: Sie hatten also keine.

Hatten Sie eine Konferenz mit dem Angeklagten Funk, der Dr. Schlotterer als seinen staendigen Vertreter ernannte?

A: Der damalige Reichsminister Funk ist selbstverstaendlich damals von diesem Auftrag unterrichtet worden und hat als Verbindungsmann Dr. Schlotterer benannt.

F: Hatten Sie Gespraeche mit General Thomas, Staatssekretaer Koern er, Staatssekretaer Backe, und Ministerialdirektor Riecke, mit Bezug auf die wirtschaftliche Ausbeutung der Ostgebiete?

A: Ich glaube nicht, dass ich mit Thomas gesprochen habe und die anderen Herren habe ich nach und nach einzeln kennengelernt. Riecke habe ich spaeter als Verbindungsmann zwischen Wirtschaftsstab Ost im Ministerium getroffen. Backe, den habe ich spaeter sicher auch mal getroffen, wie das im Laufe der Zeit selbstverstaendlich ist. Mit General Thomas, ich weiss nicht, ob den persoenlich kennengelernt habe, hoechstens ganz kurz.

F: Gut. Ich moechte Ihnen dann ein Dokument vorlegen, in welchem Sie selbst sagen, dass Sie Gespraeche mit dem Aussenminister hatten, deren Ergebnis darin bestand, dass Ribbentrop Grosskopf als staendigen Verbindungsmann zu Ihren Apparat ernannte, sowie einen Vertreter der politischen Abteilung. Ist das richtig?

A: Das ist richtig, weil der Aussenminister selbstverstaendlich kurz unterrichtet wurde und fuer den Gesandten den damaligen Grosskonsul, Generalkonsul Grosskopf...

F: Empfingen Sie die verantwortlichen Vertreter der Propaganda Fritsche, Schnitze, Klausse und andere?

A: Ja, das wird ja wohl gewesen sein. Ich habe die Herren damals zum grossen Teil zum ersten Mal persoehlich kennengelernt. Es ist selbstverstaendlich, dass ich mich mit diesem Auftrag unterrichten musste..

F: Hatten Sie sehr ausfuehrliche Besprechungen mit dem Stabschef der SA ueber Ihre Anordnungen und ueber Ernennungen sehr wichtiger SA-Fuehrer, um dieselben durchzufuehren?

A: Ich habe selbstverstaendlich mit dem Stabschef der SA ueber

H0330 – 0053

evtl. geeignete Mitarbeiter bei einer evtl. Besetzung der Ostgebiete gesprochen.

F: Im Zusammenhang damit schliesse ich, dass Sie nicht die Tatsache ableugnen, dass Sie das Verbindungszentrum fuer die vorbereitenden Massnahmen, zum Angriff auf die Sowjet-Union, darstellten?

A: In dieser Form nicht. Denn die gesamten Aufgaben fuer die Auseinandersetzungen mit der Sowjet-Union waren ja militaerische geteilt. Sie war vorbereitend wirtschaftlich bei Goering geteilt, sie waren, wie sich spaeter herausstellte, besonders ja bei der Polizeigewalt. Ich hatte hier eine politische Verbindungsstelle bekommen, um die politischen Probleme des Ostens zu besprechen und mit verschiedenen Stellen kleine Vorstellungen ueber diese politische, evtl. kommende Verwaltung und die Richtung dieser Politik mitzuteilen. Ich habe das im wesentlichen in dem Sinne getan, wie in meiner Rede vom 20. Juni.

F: Gut. Eineinhalb Monate vor dem verraeterischen Angriff Deutschland auf die Sowjet-Union, haben Sie gewisse Weisungen fuer alle Reichskommissare in den besetzten Ostgebieten vorbereitet. Wollen Sie das ableugnen?

A: Ich habe das gestern schon erwaehnt. Es sind sofort, pflichtgemaess, von mir und meinen Mitarbeitern einige vorlaeufige Entwuerfe bearbeitet worden. Diese Entwuerfe, die hier vorliegen, oder die mir bisher vorgelegt worden sind, sind in dieser Form nicht hinausgegangen.

F: Ich werde auf diese Frage spaeter zurueckkommen.

In dem Bericht, den Sie Hitler am 20. Juni 1941 ueber die vorbereitenden Massnahmen der Verwaltungsfragen in den Ostgebieten uebermittelten, sagten Sie, dass Sie ein Gespraech mit Admiral Canaris hatten. Waehrend dieses Gespraeches fragten Sie Canaris, zum Zwecke der Abwehr, dass Sie gewisse Leute waehlen wollten, die in der Abwehr taetig sein, Deutschland aber auch politisch vertreten und die politische Posten bekleiden koennten? Ist das richtig?

A: Das stimmt nun nicht. Sondern ich hoerte, dass Admiral Canaris eine bestimmte Gruppe von, glaube ich, Ukrainer, und Angeh-

H0330-0054

hoeriger anderer Voelker dafuer, sei es Sabotage oder sonstige Arbeit bestimmt hatte. Er ist einmal bei mir gewesen und ich habe ihn gebeten, sich aber nicht in die politische Arbeit, in die politisch vorbereitende Arbeit einzumengen und das hat er mir zugesagt.

F: Sie streiten Ihr Zusammentreffen mit Admiral Canaris nicht ab und auch nicht das Gespraech, in welchem Sie ihn baten, zum Zwecke der Abwehr, gewisse Leute zu waehlen. Streiten Sie das ab?

A: Nein, das verneine ich schon. Ich verneine aber nicht, dass selbstverstaendlich, wenn Canaris eine wichtige politische Meldung hatte, es von ihm richtig waere, wenn er mich gelegentlich davon unterrichten wollte. Ich habe keine Spionageabwehr oder Organisation fuer Spionage gehabt. Ich bin in diesen Jahren ueberhaupt nicht...

F: Wir werden Ihnen dieses Dokument vorlegen.

GENERAL RUDENKO: Herr Vorsitzender, wir koennen vielleicht jetzt eine Pause machen, weil ich dem Angeklagten noch eine Reihe von Fragen vorzulegen habe.

VORSITZENDER: Gut.

(Woraufhin sich das Gericht bis auf 1400 Uhr des gleichen Tages vertagt.)

H0330 – 0055

File

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 17. APRIL 1946
SITZUNG 14.00 BIS 17.30 UHR.

(Verhoer des Angeklagten Rosenberg).

VORSITZENDER: Das Gericht wird sich um 4 Uhr heute vertagen, um weitere Antraege der Zeugen und Dokumente zu beraten. Wir hoffen, dass wir mit dem Fall des Angeklagten Rosenberg schon vor der Zeit fertig werden, ich meine, dass wir den Fall Rosenberg heute noch vollkommen abschliessen koennen.

GENERAL RUDENKO: Angeklagter Rosenberg, Sie haben hier gesagt, dass eine solche Besprechung mit Admiral Canaris nicht stattgefunden hat?

A: Im Gegenteil, ich sagte, dass eine solche Besprechung mit Admiral Canaris stattgefunden hat.

F: Dann ist es vielleicht nicht ganz genau uebersetzt worden.

A: Wahrscheinlich.

F: Ich habe Sie gefragt, ob Sie zugeben, dass eine Besprechung mit Admiral Canaris stattgefunden hat, um Leute anzuweisen, die in der Abwehr arbeiten koennten und zu gleicher Zeit als politische Beamten arbeiten.

A: Ja.

F: Gerade darueber sprachen Sie doch?

A: Das stimmt nicht, Admiral Canaris hat -- -

F: Das stimmt nicht? Gut. Wir wollen nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich moechte Ihnen das Dokument 1039-PS vorlegen, damit wir schneller mit dem Verhoer fertig sind. Ich lese auf Seite 2, die unterstrichenen Worte. Es ist ein Bericht von Ihnen ueber die vorbereitende Arbeit in Fragen des ost-europaeischen Raumes. Ich zitiere: "Mit Admiral Canaris fand eine Besprechung dahingehend statt, dass meine Dienststelle unter den gegebenen vertraulichen Umstaenden in keiner Weise mit irgendwelchen Vertretern der Voelker des ost-europaeischen Raumes verhandeln koenne. Ich bat ihn, dies, soweit die Abwehr es benoetige, zu tun und mir dann Menschen zu benennen, die ueber die Abwehr hinaus als politische Persoenlichkeiten gelten koennen, und ueber ihren eventuellen spaeteren Einsatz zu bestimmen. Admiral Canaris sagte, dass selbstverstaendlich auch mein Wunsch, keinerlei politische Gruppen unter den Emigranten anzuerkennen, von ihm beruecksichtigt wuerde, und er im Sinne meiner Ausfuehrungen vorzugehen gedenke."

A: Das entspricht dem, was ich gesagt habe.

VORSITZENDER: Herr General, ich glaube, Sie gehen etwas zu schnell vor.

GENERAL RUDENKO: Ja, Herr Praesident, ich verstehe Sie.

H0330 - 0056

F: Bestaetigen Sie dieses Zitat?

A: Jawohl, im deutschen Wortlaut, aber nicht in der russischen Uebersetzung. Ich verstehe naemlich auch russisch und ich konnte deshalb feststellen, dass die Uebersetzung nicht genau ist. Denn es heisst hier, dass ich unter den gegebenen vertraulichen Umstaenden naturgemaess mit anderen Voelkern nicht unterhandeln koenne fuer eine eventuelle spaetere Mitwirkung in einer Zivilverwaltung, das ist das erste. Das zweite heisst, da Admiral Canaris aber mit verschiedenen Gruppen ukrainischer, russischer oder sonstiger zu tun hat, ich ihn baete, ueber die Abwehr hinaus, das heisst, nicht fuer mich Spionage zu treiben, oder mich zu bitten, dass ich Spionage treibe, sondern dass er mir Menschen eventuell aus den anderen Voelkern ueber seine Abwehrtaetigkeit hinaus benennt, dass ich sie unter Umstaenden spaeter in die Zivilverwaltung uebernehmen kann, und zweitens ist zum Schluss ganz richtig, dass er mir zustimmt, dass er von sich aus keine politischen Arbeiter wollte.

F: Angeklagter, das ist ja eigentlich genau das, was im russischen Text steht.

A; Nach der deutschen ins russische gegebenen Uebersetzung muss es so gewesen sein. Ich kann nur den deutschen Text anerkennen, und nicht die russische Uebersetzung, die diesem Sinne nicht entspricht. Sie deuten diesen Text, als ob ich eine Spionage betreiben will und ich habe den Admiral Canaris nur gebeten, da ich politische Unterhandlungen mit Vertretern der Ostvoelker nicht fuehren kann, mir aus seiner Bekanntschaft ueber seine amtliche Taetigkeit hinaus, Leute zu benennen, mit denen unter Umstaenden spaeter in der Zivilverwaltung gearbeitet werden koenne. Das ist der Sinn, die Uebersetzung ist also nicht ganz korrekt.

F: Sehr gut, aber den deutschen Text erkennen Sie an?

A: Ja.

F: Sie standen also im Zusammenhang mit der Abwehr, um es so anders auszudruecken ?

A: Nein, das stimmt nicht, ich habe nur den Admiral Canaris empfangen und ihm das gesagt, dass er in seiner dienstlichen Stellung, die er ja zu erfuellen habe, moeglichst nicht politische Unterhandlungen und Plaene zu bearbeiten, weil ich dafuer jetzt eingesetzt war.

F: Schoen, wir haben gehoert, was der Vorsitzende gesagt hat, die Verhandlung moeglichst schnell fertig zu machen und ich wuensche, dass Sie das tun.

A: Ich wuerde kuerzer antworten, wenn die Fragen faktuell gestellt wuerden.

F: Folgende Frage war, ich werde Ihnen einige Fragen ueber die Ziele des Krieges gegen die Sowjet-Union stellen. Geben Sie zu und erkennen Sie an, dass, nachdem

H0330 - 0057

der Angriff auf die Sowjt-Union vorbereitet und ausgefuehrt wurde, Nazi-Deutschland das Ziel verfolgte, wirtschaftliche Ausnutzung der Schaetze der Sowjet-Union, die Vernichtung der Sowjet-Bevoelkerung und die Versklavung der Bevoelkerung, und auch die Aufteilung der Union, ja oder nein?

A: Es sind hier wieder 5 Fragen gestellt und wenn - - -

F: Ich frage Sie kurz. Bitte erkennen Sie diese Ziele an, Angriffsziele, oder nicht? Nachher koennen Sie es naeher begruenden.

VORSITZENDER: Sie koennen diese Frage mit ja oder nein beantworten.

A: Auf alle 5 Fragen muss ich "Nein" antworten.

F: Sie sagen nein, gut. Wollen wir uns jetzt Dokument 2718-PS ansehen, es ist ein Protokoll von der Morgensitzung vom 10, Dezember 1942, und es handelt sich um Ihr Memorandum vom 2. Mai 1942. In dem Dokument wird gesagt:

(Das Dokument wird dem Zeugen ausgehaendigt.)

Bitte folgen Sie mir, in diesem Dokument wird gesagt:

"Der Krieg ist nur weiter zu fuehren, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernaehrt wird."

VORSITZENDER: Ist das der Anfang des Dokumentes?

GENERAL RUDENKO: Wir haben den englischen Text hier.

VORSITZENDER: Mein Exemplar beginnt: "Wie schon telefonisch bekanntgegeben wurde, antwortete ich auf einen Brief Hitler's an Duce in Gegenwart von Ciano um 9.10 Uhr." Ist das das Dokument?

GENERAL RUDENKO: Ich habe die Uebersetzung nicht gehoert.

VORSITZENDER: Was ist die Nummer dieses Dokumentes?

GENERAL RUDENKO: 2718-PS.

VORSITZENDER: Ich habe das verkehrte Dokument.

GENERAL RUDENKO:

F: Wollen Sie mir bitte folgen: "Der Krieg ist nur weiterzufuehren, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernaehrt wird. Hierbei werden zweifellos Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das fuer uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird."

Ich frage Sie, haben Sie das geschrieben?

A: Ich habe das weder geschrieben, noch habe ich an dieser Sitzung teilgenommen und ich kann nicht feststellen, ob jemand von meinen Mitarbeitern ueberhaupt unterrichtet worden ist. Es steht hier "Chef-Sache, 2 Ausfuehrungen, die

H0330 - 0058

erste Ausfuehrung zu den Akten. Ia., die zweite Ausfuehrung General Limbert." Also es haben nur 2 Menschen der Wehrmacht Kenntnis davon erhalten.

F: Gehen Sie nicht in Einzelheiten. Sie haben hiervon nichts gehoert?

A: Das Dokument ist schon zweimal vorgetragen worden.

F: Wir wollen nun folgendes Dokument ansehen.

VORSITZENDER: Die Frage lautet jetzt, ob Sie von diesem Dokument wussten?

A: Nein.

F: Naechstes Dokument, das die Kriegsziele festlegt, ist die Anweisung an die Reichskommissare im Ostland und Weiss-Russland. Da sagten Sie folgendes; es ist das Dokument 1029-PS.

Die Stelle, die ich zitieren werde, ist angezeichnet:

"Das Ziel des Reichskommissars fuer Estland, Lettland, Litauen und Weiss-Ruthenien muss sein, die Form eines deutschen Protektorates zu erstreben und dann durch Eindeutschung rassisch moeglicher Elemente durch Kolonisierung germanischer Voelker und durch Aussiedlung nichterwuenschter Elemente, dieses Gebiet zu einem Teil des Grossdeutschen Reiches umzuwandeln."

Erinnern Sie sich an diese Weisung?

A: Jawohl, ich kenne das Dokument, ich habe schon gestern hier bekanntgegeben und bemerkt, dass am Anfang alle Sorten von Plaene in meinem Buero gemacht wurden, die von mir nicht bewilligt wurden. Die Verbesserungen sind von mir.

F: Ich fragte Sie sehr klar, kennen Sie diese Weisung oder nicht?

A: Ich habe auch die falsche Uebersetzung wieder gehoert. Es steht hier nichts von Vernichtung, aber ueber Kolonisation, und die russische Uebersetzung hat hier wieder gesagt, "Vernichtung". Wenn das so uebersetzt wird, dann scheint ja meine Frage in der russischen Uebersetzung als eine Bejahung, und es ist eine unrichtige Uebersetzung, die gegeben wurde, und der ich nur folgen kann, weil ich russisch spreche.

VORSITZENDER: Angeklagter, man kann Sie sehr gut verstehen, ohne, dass Sie schreien.

ZEUGE: Ich bitte um Entschuldigung.

F: Sie bringen also nur Korrekturen in der Uebersetzung, aber soweit es das andere betrifft "Germanisation" und "Kolonisation", das ist richtig, nicht wahr?

A: Es ist ja nicht ganz richtig uebersetzt. Wenn Sie uebersetzen, hier steht "Kolonisierung der germanischen Voelker", und Sie uebersetzten "Germanisation und

H0330 - 0059

Kolonisation", dann sind das zwei Woerter, die einen ganz anderen Begriff haben, und ich moechte hinzufuegen, dass diese Plaene von einem meiner Mitarbeiter nicht wirklich veroeffentlicht wurden und dass keinerlei Instruktionen vorliegen.

F: Aber ich fragte Sie, war das solch ein Plan, oder war es keiner ?

A: Ich bestreite ja nicht, dass ein solcher Entwurf in meinen Akten gewesen ist.

H0330 - 0060

F. Schoen. Wir wollen jetzt weitergehen. In der Instruktion handelt es sich immer nur um die Kriegsziele. Es ist eine Instruktion fuer alle Reichskommissare der besetzten Ostgebiete vom 8. Mai 1941 - Dokument 1o3o PS. Ich zitiere nur einen kurzen Abschnitt; - geben Sie dem Angeklagten den deutschen Text.

(Das Dokument wird ueberreicht.)

Ich zitiere auf Seite 4; die Stelle ist angestrichen :

Die Instruktion hat ueberraschend gewirkt. In ihr stellen Sie fest, dass der kommende Kampf ein Kampf um die Ernaehrung und Rohstoff-Versorgung fuer das Deutsche Reich aus dem ganzen europaeischen Raum sein wuerde. Bestaetigen Sie das ?

A : Ja, ich habe selbstverstaendlich dieses Dokument; es ist als Entwurf in meinem Amt vorgelegen. Das ist richtig, wird nicht bestritten.

F : Ich moechte Sie noch einmal daran erinnern; antworten Sie bitte kurz. Sie bestaetigen diesen Punkt und sagten Ja ?

A : Dieses Dokument , ja.

F : Gut. Diese Feststellung wurde gemacht vor dem Angriff auf die Sowjet-Union. Ich werde Ihnen dieses Dokument nicht vorlegen, da es dem Gericht schon mehrmals unterbreitet wurde. Es handelt sich um die Konferenz, die am 19. Juni 1941 in der Hitler-Kanzlei stattfand. Es ist Dokument L-2o21. Bei dieser Besprechung waren Sie doch dabei ?

A : Ja.

F : Hitler sagte damals, dass das ganze Baltikum ein Reichsgebiet werden muesse; dasselbe bezog sich auf die Krim, das auch ein Reichsgebiet werden muesse ebenso wie die Gegenden des Wolga-Distrikts und die Gegend von Baku./ Sie erinnern sich an diese Feststellungen Hitlers ?

A : Ich habe dieses Dokument als Nachschrift von Bormann hier zum ersten Mal gesehen. Der Fuehrer hat damals sehr lange leidenschaftliche Ausfuehrungen gemacht. Eine genaue Abschrift habe ich mir damals nicht gemacht, aber er hat tatsaechlich ueber die Krim gesprochen und davon gesprochen, dass angesichts der unge-

H0330 - 0061

heuren Kraft der Sowjet-Union spaeter moeglichst kein Waffentraeger dort sein duerfte.

F. Ich frage nicht warum; ich frage Sie, sagte er das ?

VORSITZENDER: Herr General, Sie sind zu schnell. Sie muessen warten, bis der Mann zu Ende ist.

GENERAL RUDENKO: Herr Vorsitzender, er geht in zu viele Einzelheiten ein. Das ist der Grund, warum ich unterbrach.

F : Wollen Sie nun sprechen. Sie geben zu, Sie waren doch einverstanden mit dem, was Hitler vor hatte mit der Ergreifung dieser Gebiete ?

A : Aus dem Dokument geht ja hervor und aus meiner Rede geht hervor, dass ich an das Selbstbestimmungsrecht aller Ostvoelker in einer staatlich neuen Struktur gedacht habe und ich die Ausfuehrungen des Fuehrers, das ergibt sich ja hier, polemisierte.

F . Das fragte ich Sie nicht, ich frage, sind Sie einverstanden mit dem, was Hitler vor hatte oder haben Sie Widerspruch erhoben ?

A. Ja, ich habe ja nachweislich protestiert und das steht sogar in dem Protokoll.

VORSITZENDER : Dies geht das Gericht nichts an. Die Frage ist, ob Sie zugestimmt haben oder nicht. Ich denke, Sie koennen das beantworten. Stimmten Sie zu oder nicht.

ZEUGE: Ich habe viele Punkte bejaht und die anderen verneint; aber es ist eine Zusammenfassung von mindestens 1o bis 15 Punkten.

VORSITZENDER: Gut, das ist eine Antwort.

GENERAL RUDENKO:

F. Schoen. Wir werden noch spaeter auf diese Frage zurueckkommen. Jetzt moechte ich wissen, welches Ihre Instruktionen waren, die Sie als Minister der besetzten Ostgebiete herausgegeben haben. Diese wurden dem Gericht bereits vorgelegt unter Nummer 1o56-PS und 347-PS. In diesem Zusammenhang moechte ich eine Frage an Sie richten : Was ist das fuer eine " Braune Mappe"?

A. Die " Braune Mappe " ist von den Verwaltungsabteilungen des Ost-Ministeriums zusammengestellt worden auf Grund bestimmter Wuensche aus der Wirtschaft, aus den Wuenschen meiner Politischen Abteilung, aus den Wuenschen der Personalversorgung, des technischen Nachschubs fuer die Beamten in Osten und in der Ukraine, also ein erster Versuch einer Gesamt-Regelung.

F. Schoen, also eine Art " Gruene Mappe ". Befassen wir uns nun mit Ihren Weisungen, das heisst der geplanten Pluenderung oder Ausrottung-Dokument 347-PS. Man wird Ihnen sofort dieses Dokument vorlegen.

Wenden Sie sich den angestrichenen Stellen zu, auf Seite 39 ist es wohl. Ich lese diesen Absatz vor :

" Die erste Aufgabe der Zivilverwaltung in den besetzten Ost-Gebieten ist es, die Interessen des Reiches zu vertreten." Ich lasse ein paar Saetze aus.

" Die Bestimmungen der Haager Landkriegs-Ordnung, die sich mit der Verwaltung eines durch eine fremde Kriegsmacht besetzten Landes befasst, sind nicht gueltig, weil die USSR als aufgeloest zu betrachten sind." Und dann geht es weiter: " Es sind daher alle Massnahmen zulaessig, die der deutschen Verwaltung zur Durchfuehrung dieser umfassenden Aufgaben erforderlich und geeignet erscheinen."

Sie bejahen doch, dass dies die geheimen Absichten waren, ferner auch voreilig die Sowjet-Union als vernichtet anzugeben ?

A. Ich habe in der russischen Uebersetzung wieder das Wort " Auspluenderung " gehoert. Das Wort " Auspluenderung " kommt in diesem deutschen Text nicht vor. Wenn man so den deutschen Text uebersetzt, dass ueberall " Auspluenderung " steht, trotzdem es im Deutschen ...

F. Ich moechte Sie unterbrechen. Im russischen Text, den ich Ihnen vorgelesen habe, heisst das Wort nicht " Auspluenderung ". Sie haben hier etwas hinzugefuegt oder Sie haben es nicht direkt verstanden.

A. Ich habe dazu ein paar Worte zu sagen.

H0330 – 0062

H0330 - 0063

F. Ich frage Sie : haben Sie das geschrieben ?

A. Ich habe es zwar nicht geschrieben; das ist in einem vom Ost-Ministerium hinausgegangenen Rundschreiben erschienen und ich trage fuer diese " Gruene Mappe " die dienstliche Verantwortung. Ich moechte aber dazu einige Worte erklaerend sagen. Die Aufklaerung ueber die voelkerrechtliche Lage im Osten habe ich aus dem Fuehrerhauptquartier erhalten und diese Aufklaerung ging dahin, dass entsprechend der Stellung der Sowjet-Union zu bestimmten Konventionen diese Konvention, also die Haager Konvention, hier auf die Sowjet-Union nicht zutrifft, und zweitens habe ich dieses ganze Dokument - es ist ein Dokument von vielen Seiten - im Augenblick ja nicht lesen koennen, aber ich habe auf der zweiten Seite schon einen Absatz gefunden, der klar anzeigt, in welchem Sinne das Wort lautete; es lautete folgendermassen ...

F. Angeklagter Rosenberg, einen Augenblick bitte.

A. Ich muss doch aus dem Dokument vorlesen koennen.

VORSITZENDER: Einen Augenblick bitte. Wir muessen versuchen, dieses Kreuzverhoer auf ordentlichem Wege zu fuehren. Was war die Frage ? Wie lautete die Frage ?

GENERAL RUDENKO: Ich habe ihm die Frage gestellt, ob er die Ziele und Aufgaben kannte, die sich die Verwaltung der besetzten Gebiete gestellt hat und wie sie niedergelegt sind im Zitat, das ich verlesen habe. Er hat geantwortet : Ja. Ich habe diese Frage jetzt erschoepft. Das Dokument liegt der Verteidigung vor und die Verteidigung kann andere Teile dieses Dokumentes zitieren. Es ist aber ein sehr umfangreiches Dokument und wenn ich versuchen wollte das ganze zu zitieren, so wuerde es sehr Zeit rauben.

VORSITZENDER: Angeklagter, Sie haben die Frage beantwortet. Soweit ich feststelle, haben Sie gesagt, dass die Haager Konvention fuer Russland nicht zutraf. Stimmt das ?

A. Jawohl. Ich bitte nun diesen einen Absatz zu zitieren; er lautet - auf Seite 2, der vorletzte Absatz: " Die wichtigste

H0330-0064

Voraussetzung hierfuer, also fuer den Aufbau im Osten, ist eine entsprechende Behandlung des Landes und der Bevoelkerung. Der Krieg gegen die Sowjet-Union ist bei aller notwendigen Sicherung der deutschen Ernaehrung kein politischer Feldzug mit dem Ziel einer dauernden - dauerhaften Ordnung. Das eroberte Gebiet wird als ganzes nicht als Ausbeutungsobjekt betrachtet werden, selbst wenn die deute Ernaehrung und Kriegswirtschaft groessere Gebiete im grossen Masstab beanspruchen muss. "

Ich glaube sagen zu duerfen, das ist eine Ruecksichtnahme auch auf die Notwendigkeiten der Bevoelkerung, wie man sie deutlicher gar nicht auszusprechen vermag .

GENERAL RUDENKO :

F. Wie Sie die Bevoelkerung behandelt haben, darueber moechte ich Ihnen noch eine Frage stellen, obwohl Sie ueber dieses Thema in den letzten fuenf Monaten schon genug hoerten. Wollen wir weitergehen. Ich fragte Sie etwas ueber die Krim. Sie sagten : Ja, Hitler hatte vor, die Krim Deutschland anzugliedern. Koennen Sie sich daran erinnern, dass Sie nicht nur diese Plaene und Absichten teilten, sondern dass Sie selbst neue Namen fuer Staedte erfunden haben; zum Beispiel wurde Simferopol " Ottenburg' genannt und aus Sewastopol sollte "Theoderichafen " werden. Erinnern Sie sich daran ?

A. Ja, der Fuehrer sagte mir, dass ich die Umbenennung dieser Stedte ausdenken sollte; es war ja auch von einer Umbenennung sehr vieler anderer Staedte gesprochen worden.

F. Jawohl, natuerlich.

DR. THOMA: Herr Praesident, ich soll um 4 Uhr fertig sein mit meinem Beweisverfahren gegen Rosenberg. Ich weiss nicht, wie ich das fertig bringen soll.

VORSITZENDER: Das Gericht hat dies nicht zu einer Bedingung gemacht. Es sollte keine Order sein. Das Gericht hoffte nur, dass der Fall bis dahin fertig sei. Es liegt hauptsaechlich bei der Anklage, nicht bei der Verteidigung; anscheinend.

H0330 - 0065

DR.THOMA: Herr Praesident, ich erlaube mir aber die Feststellung, dass der Sowjetanklagevertreter eine Reihe von Dokumenten vorgelegt hat, die ich gestern bereits vorlegte und auf die der Angeklagte auch schon geantwortet hat. Ich verweise auf die Dokumente 1o29-PS und 1o3o -PS. Der Angeklagte hat ja selbst schon gesagt ....

VORSITZENDER : Herr Dr. Thoma, Sie verschwenden die Zeit des Gerichts mit diesen Erklaerungen.

DURCH GENERAL RUDENKO:

F. Bei den Krim-Staedten geben Sie zu, dass die Namen umgewandelt werden sollten.

Eine naechste Frage : Sie haben sich auch damit beschaeftigt, den Kaukasus umzugestalten, und Sie hatten einen Sonderstab " K " organisiert, nicht wahr ?

A : Ja.

F : Ferner haben Sie einen Georgischen Fuersten, einen Abenteurer mitten unter den Emigranten, einen Fuersten Michansky, herausgesucht. Ist das wahr ?

A : Ja, das ist wahr. Wir erwaehnten das, wir haben ueber ihn gesprochen, und von uns ist eine solche Kandidatur abgelehnt worden.

F : Sie haben das also abgelehnt, sehr schoen.

Und bezueglich der Umgestaltung des Kaukasus haben Sie am 29. Juni 1942 einen besonderen Bericht daruber vorgelegt. Ist das richtig ?

A : Das mag sein, dass ein Bericht gegeben wurde. Ja, ja, natuerlich, das ist ein ziemlich langer Bericht.

F : Ich werde Ihnen diesen Bericht vorlegen, um Ihre Aufmerksamkeit auf ein nicht sehr grosses Zitat zu lenken.

GENERAL RUDENKO: Es ist, Herr Praesident, ein Dokument, das bereits dem Gericht unter Nr. USSR-5d vorliegt.

DURCH GENERAL RUDENKO:

F. Angeklagter Rosenberg, bitte wenden Sie Ihre Aufmerksamkeit auf Seite 7, da ist die Stelle angestrichen; da ist davon die Rede, das deutsche Reich muss in eigene Haende das ganze Oel vom Kaukasus nehmen.

H0330 – 0066

" Was unsere Mitbeteiligung und Ausnuetzung anderer Schaetze anbetrifft, darueber kann man spaeter sagen."
Haben Sie diese Stelle gefunden ?

A. Auf Seite 7 des Textes ist die Stelle, ja, ich habe sie gefunden.

F. Der Text lautete : " Wirtschaftlich muss das Reich - - - "
Geben Sie zu, dass diese Aussage von Innen stammt ?

A. Dieses ist eine Denkschrift meines Amtes und ich bestaetige, dass es richtig ist.

F. Richtig, danke.

A. Darf ich dazu noch eine Bemerkung machen? Es ist ja hier nich weiter von einer Unterdrueckung der Voelker die Rede, sondern von einer Zusicherung einer Autonomie, von allen moeglichen Erleichterungen fuer diese Voelker. Nur kann ich das nicht auf einmal aus einem Dokument mit 14 Seiten, wenn ich nur 1 Satz lese, zusammenfinden.

F. Angeklagter Rosenberg, ich habe Sie eben gefragt ueber die Aufgaben des Deutschen Reiches im Oelgebiet.
Bitte lenken Sie Inre Aufmerksamkeit auf Seite 14 desselben Berichtes. Es ist am Ende der Seite. Die Aufgaben werden von Innen folgendermassen definiert. Ich zitiere :
" Das Problem des Ostlandes ist die Heranfuehrung der baltischen Voelker in den deutschen Kulturkreis und die Vorbereitung fuer eine deutsche, grosszuegige Militaergranze. Die Aufgabe der Ukraine

H0330 - 0067

ist die Sicherung der Ernaehrung Deutschlands und Europa und die Rohstoffversorgung des Kontinents. Die Aufgabe Kaukasiens ist vor allem politischer Natur und bedeutet den entscheidenden Ausgriff des von Deutschland gefuehrten Kontinental-Europas von der kaukasischen Landenge nach dem vorderen Orient." Ende des Zitats. Haben Sie diese Stelle gelesen ?

A: Jawohl.

F: Sie geben zu, dass die Plaene tatsaechlich dieser Art waren ?

A: Ich bestaetige, dass das richtig vorliegt, und es entspricht dem, dass dieses Kontinental-Ost-Europa in dem gesamten Wirtschaftskreis und Wirtschaftsversorgung des uebrigen Kontinents hoffentlich einmal einbezogen werden koennte, wie es ja auch vor dem Jahre 1944 der Fall war, weil ja die Ukraine damals ein grosses Ausfuhrland an Rohstoffen sowohl, als auch an Ernaehrungsmitteln gewesen ist.

F: So, Ihre Plaene wegen der Ukraine sind ja bekannt. In diesem Zusammenhang moechte ich die letzte Frage ueber Angriff an Sie stellen. Nach diesen Dokumenten, die Sie ja nicht abgestritten haben, geben Sie zu, den angreiferischen, pluenderischen Charakter des Krieges, den Deutschland gegen die Sowjet-Union angezettelt hat, und Ihre persoenliche Verantwortung fuer die Planung und Ausfuehrung des Angriffs.

Bitte antworten Sie kurz. Geben Sie das zu oder nicht ?

A: Nein, aber ich habe diesen Krieg nicht als eine Aggressive von uns aus angesehen, sondern umgekehrt.

F: Jawohl, das scheint mir klar, sehr wohl. Wir wollen nicht weiter darueber sprechen.

Ich habe noch ein paar andere Fragen, und zwar ueber die Verwaltung in den besetzten Gebieten und die deutsche Politik in diesen Gebieten. Wer war der hoechste Beamte der Zivilverwaltung in dem Reichskommissariat ?

A: Ja, fuer die Verwaltung, fuer die Gesetzgebung im Ostgebiet ist der Ostminister fuer die besetzten Ostgebiete eingesetzt worden, fuer die Territorial-Regierung der Reichskommissar.

VORSITZENDER: General Rudenko, das Gericht hat all dies ueber die Verwaltung, der frueheren Verwaltung, und die Formen des Personals schon gehoert.

GENERAL RUDENKO: Ich habe im Zusammenhang nur wenige Fragen, 2 bis 3 Fragen.

DURCH GENERAL RUDENKO:

F: Konnte der Reichskommissar mit eigenen Rechtsbefugnissen Befehle herausge-

H0330 - 0068

ben ueber die Erschiessung von Geiseln ?

A: Es ist mir im Augenblick nicht erinnerlich, ob ihm ein solches Recht gesetzlich zugesprochen worden ist, oder ob das unter die unmittelbare Polizeigerichtsbarkeit fiel. Ich vermag auf diese Frage nicht bestimmt zu antworten, weil mir ein solcher Erlass im Augenblick nicht erinnerlich ist.Es mag aber nicht ausgeschlossen sein, ich weiss es nicht.

F: Es ist moeglich, schoen. Ich will Ihnen in Erinnerung bringen, dass Sie selbst die Moeglichkeit eines solchen Erlasses vorgesehen haben. Ich will das Dokument nicht vorlegen, aber so etwas aehnliches. Dieses Recht fuer die Kommissare ist vorgesehen in einer Ihrer Instruktionen. Wir wollen also weitergehen. Es ist schon viel darueber gesprochen worden.Sie haben auch viele Erklaerungen abgegeben ueber die deutsche Politik in den besetzten Gebieten. Ich moechte daher nur ein paar Fragen an Sie stellen. Zuerst einmal im Zusammenhang mit der Ukraine. Hier haben Sie die Lage so dargestellt, dass an allem Koch schuld war, Sie aber dagegen protestierten und ein Wohltaeter des ukrainischen Volkes waren.

A: Nein, ich habe nie gesagt, dass ich ein Wohltaeter gewesen bin.

F: Aha. In Ihrem Dokument, das von Ihrem Verteidiger vorgelegt worden ist, und daher brauche ich es Ihnen nicht weiter vorlegen, RO-19, hat Riecke geschrieben in einem Brief an die Reichsleiter der Presse im April 1942:
"Koch hat erklaert, dass die Ukraine fuer uns nur ein Ausbeutungsobjekt ist; sie muss den Krieg bezahlen. Und die Bevoelkerung muss bis zu einem gewissen Grad als zweitklassiges Volk benutzt werden, zu Kriegszwecken benutzt werden, sogar wenn die Bevoelkerung mit einem Lasso eingefangen werden muss."
Das ist die Politik Koch's in der Ukraine.
Die Dokumente, die Ihr Verteidiger vorgelegt hat, und welche ich Ihnen gleich zeigen werde - - -

A: Darf ich bitte darauf antworten ? Ich habe das Dokument ja im Wortlaut nicht eben bei mir, ich weiss bloss, dass es ein Brief vonRiecke an mich ist mit der grossen Klage, wie viele andere auch, und dass er mich ersuchte - -

F: Koch ?

A: Ja - - - Klage zu fuehren, und dass er sich drastisch ausgedrueckt hat, und dass wir zusammen uns bemuehten, hier eine geordnete Arbeit durchzusetzen.

VORSITZENDER: Herr General, das Gericht hat dieses von der Verwaltung und den Plaenen Koch's bezueglich der Ukraine schon heute gehoert und es wuenscht es nicht noch einmal zu hoeren.

H0330 - 0069

GENERAL RUDENKO: Sehr wohl, Herr Vorsitzender.

DURCH GENERAL RUDENKO: F: Sie haben wiederholt dem Gericht erklaert, und zwar in Ihren Erklaerungen gestern, ueber die Greueltaten und die Vernichtung der Sowjet-Bevoelkerung, dass Sie darueber keine Kenntnis hatten, und dass dieses Polizeimassnahmen waren. Habe ich Sie richtig verstanden ?

A: Nein, das ist nicht ganz genau richtig. Ich habe ueber viele Kaempfe mit Partisanen und Banden Berichte bekommen, wie gesagt, ueber manche Erschiessungen, aber auchueber die Tatsachen, dass ja deutsche Landwirtschaftsfuehrer, deutsche Polizisten und Beamte und friedliche Sowjet-Bauern von diesen Banden und Partisanen angegriffen und zu Tausenden ermordet worden sind.

F: Schoen, gut. Wir wissen, dass diese Partisanen, welche gegen die Feinde des Landes kaempften, von Ihnen Banditen genannt wurden. All das haben wir schon gehoert. Ich will mit Ihnen darueber nicht streiten, ich frage Sie aber ueber die Vernichtung der friedlichen Bevoelkerung, von alten Maennern, Frauen und Kindern. Wussten Sie davon ?

A: Wir haben uns ja besonders bemueht, dass diese baeuerliche uns sonstige Bevoelkerung geschuetzt worden ist. Wir haben, als wir von diesen - uns schien, uebertriebenen - Massnahmen der Polizei in diesen Kaempfen gehoert haben, die bittersten Forderungen gestellt, dass hier bei aller Haerte des Kampfes diese Dinge beruecksichtigt wuerden, und die Polizei sagte uns, das ist vom gruenen Tisch sehr leicht zu fordern, wenn aber in Weissruthenien von den Partisanen 500 weissruthenische Buergermeister mit ihren Familien in ihren Haeusern ermordet, und wir hinterruecks erschossen werden, dann gibt es eben furchtbare Auseinandersetzungen.

F: Ich moechte Sie daran erinnern, dass in Ihren Weisungen ueber die besetzten Gebiete und Wirtschaftsorganisation, und zwar ueber die besonders wichtigen Verwaltungsaufgaben, Sie persoenlich als erste Massnahme die Polizei-Massnahmen geplant haben, das werden Sie doch nicht abstreiten?
Ich frage Sie, Sie werden das doch nicht abstreiten ?

A: Ich habe, wenn Sie das Dokument 1056 meinen, 7 vordringliche Massnahmen gestellt. Welche hier die erste ist, kann ich im Moment nicht sagen. Ich bitte, mir das Dokument vorzulegen.

F: Ich werde dem Angeklagten Punkt "A" zeigen, auf erster Stelle steht die Aufgabe der polizielichen Massnahmen.

H0330 - 0070

VORSITZENDER: Ist dies ein Dokument, das ihm schon einmal vorgelegt wurde ?

GENERAL RUDENKO: Ja, Herr Praesident.

VORSITZENDER: Weshalb wollen Sie es dem Angeklagten noch einmal vorlegen ?

GENERAL RUDENKO: Er bittet mich ja darum. Ich moechte nur feststellen, dass der Angeklagte versucht, mir vorzumachen, dass er nichts davon wusste, denn es waeren alles Polizei-Massnahmen. Ich moechte hier feststellen, dass es gerade er war, der als wichtigste Aufgabe die Durchfuehrung dieser Polizei-Massnahmen hatte.

A: Es steht ausser Frage, dass in den besetzten Gebieten die Polizei inmitten eines solchen Krieges fuer polizeiliche Sicherheit sorgt. Und der 3.Punkt heisst "Versorgung der Bevoerlkerung mit Lebensmitteln, damit keine Hungersnot aufkommt." Ich wiederhole "Versorgung der Bevoelkerung, damit keine Hungersnot aufkommt."

F: Schoen, schoen. Das haben wir schon alles gehoert, und zwar gestern im grossen Einzelheiten.

Ich habe noch ein paar letzte Fragen an Sie. Vor allem muss ich Sie fragen ueber die Geschichte von Zuman. Das ist ein Dokument, das hier bereits vorgelegt wurde, aber ich halte es fuer unbedingt notwendig, als Vertreter der Sowjet-Union Ihnen diese Frage zu stellen ueber die Erschiessung der Sowjet-Buerger, bloss weil sie einen Platz brauchten, um dort zu jagen. Sie erinnern sich doch an dieses Dokument ?

A: Ja, ich habe gestern darueber eine erschoepfende Aufklaerung gegeben.

VORSITZENDER: General Rudenko, dieses ist auch schon vor dem Gericht behandelt worden. Weshalb soll die Zeit des Gerichts verschwendet werden, um immer und immer wieder dasselbe nochmals durchzuarbeiten. Wir haben gesagt, dass wir keine kumulative Dinge haben wollen.

GENERAL RUDENKO: Manche Einzelheiten dieser Frage sind von ausserordentlicher Wichtigkeit. Der Angeklagte hat diese Punkte nicht erklaert, und ich moechte daher diese Frage zur Aufklaerung stellen.

VORSITZENDER: Gut. Dann wird sich das Gericht zureuckziehen, um zu beraten.

(Das Gericht zieht sich zurueck.)

VORSITZENDER: Zuerst sagt das Gericht, dass morgen bis 4.30 Uhr Sitzung sein wird.

Ueber diese Frage, die eben sprochen wurde, ist das Gericht der Ansicht, dass die Angeleganheit schon genuegend behandelt worden ist. Wenn irgendwelche besondere Punkte sein sollten, die noch nicht behandelt gworden sind, kann eine Frage in

H0330 – 0071

dieser Angelegenheit gestellt werden.

GENERAL RUDENKO: Jawohl, Herr Vorsitzender.

F: Angeklagter Rosenberg, am 2.April 1943 haben Sie einen Brief an Himmler gerichtet ueber die Sache der Erschiessung von Hunderten von Sowjet-Buergern in dem Waldbezirk Zuman; denn dieser Platz wurde fuer eine Jagd benutzt. So einen Brief haben Sie doch an Himmler geschrieben, nicht wahr ? Bis zum Juli 1943 haben Sie da ein Interesse genommen, Was fuer Folgen hatte dieser Brief? Waren Sie interessiert daran ?

A: Ich habe zunaechst an den verantwortlichen Chef der deutschen Polizei eine solche Mitteilung gemacht und musste zunaechst abwarten, was er als Verantwortlicher fuer die Sicherheitsmassnahmen in der Ukraine veranlasste. Als ich darueber keine naehere Mitteilung erhalten habe, habe ich diesen Vorfall zu einer Beschwerde und Lage persoenlich beim Fuehrer gemacht.

F: Wann haben Sie Hitler Vortrag gehalten ?

A: Diese Beschwerde an den Fuehrer wurde verhandelt Mitte Mai 1943 und lag, da es eine ziemlich umfangreiche Beschwerde war, sicher schon einige Wochen vorher, also zwischen dem 2.April und dem Verhandlungstag Mitte Mai, lagen etwa 5-6 Wochen, das ist, glaube ich, eine sehr schnelle Beschwerde; denn die Beschwerde musste erst von Lammers und Bormann dem Fuehrer vorgetragen werden, dann musste der Fuehrer sich darueber entschliessen und die Richtlinien geben und dann bin ich hinbestellt worden.

F: Wann ist diese Beschwerde zum letzten Mal verhandelt worden ?

A: Im Mai, zwischen Mitte und Ende Mai 1943.

F: War dies in Gegenwart von Koch ?

A: Jawohl.

F: Sie haben gestern dem Gericht mitgeteilt, dass Koch angeblich Hitler einen Bericht ueber die Waldverwaltung dort vorgelegt hat, ist das richtig ?

A: Ja.

F: Und dieser Bericht lautete dahingehend, dass es ein Kampf gegen die Partisanen war ?

A: Nicht ganz genau so, sondern er lautete dahingehend, dass dieser Waldbezirk fuer notwendige Lieferungen fuer die Wehrmacht oder Verwaltung ausgenutzt werden soll und dass in diesen notwendig zusnutzenden Waldgebieten sehr viele Partisanen und Banden waren und deshalb grosse Gefahr fuer die Arbeiterschaft

H0330 – 0072

in diesen Gebieten bestand und dass es dabei zu Schiessereien gegen Partisanen und Banden gekommen sei und weil man nicht alle ueberwachen konnte, eine Umsiedlung aus diesen Waldgebieten in suedlicher gelegene Waldgebiete stattfand und ausserdem fuegte Koch hinzu, dass sich diese Umgesiedelten bedankten, dass sie ein besseres Landgebiet als vorher hatten. Das war die Aufklaerung, die Koch gegeben hatte.

F: Das ist klar. Sie waren sehr dankbar, dass sie in einer Nacht im Dezember aus ihren eigenen Haeusern ausgewiesen worden sind und 60 km zurueck mussten und Hunderte von ihnen erschossen wurden, dafuer waren sie dankbar. Anfangs April 1943, als Sie an Himmler schrieben, haben Sieebenfalls einen Bericht hinzugefuegt ueber die Forstwirtschaft. In diesem Brief stand geschrieben, ich werde das verlesen und Sie sollten sich wirklich noch dieser schrecklichen Geschehnisse erinnern, dass Leute um eine gute Jagd zu sichern, erschossen wurden. Es ist ein Bericht der Forstwirtschaft, er lautet:

"Es unterliegt keinem Zweifel, dass aus Gruenden einer Jagd viele Doerfer ausgesiedelt wurden, die sich im Zuman Waldgebiet befanden, stimmt das ?

A: Ich fuege hinzu, dass es sich hier um einen Mitarbeiter der Forstwirtschaft in Berlin handelt, der das hinzuzuschreiben hat zu seinem Bericht und was Koch hingebracht .....

F: Eine letzte Frage in diesem Zusammenhang, glaubten Sie Koch ?

A: Das ist, wenn ich auf Gewissen gefragt werde, schwer zu sagen, aber es war hier eine .....

F: Ja, eben.

A: Es war hier eine sachliche Darstellung der Forstverwaltung mit gewesen und ich konnte gegen diese Darstellung, die gegruendet war, keinen Einspruch erheben und musste sagen, dass ich mich in dieser Frage geirrt haben mag.

H0330 - 0073

Sie haben einen Einspruch erhoben, ich moechte Sie an ein Zitat selbst erinnern:

"440 Menschen in Zuman wurden von der Polizei erschossen,, weil sie kommunistisch gesinnt waren. Kein einziger Ukrainer glaubt das. Die Deutschen wunderten sich auch ueber diese Erklaerung; wenn das zur Sicherung des Landes gemacht wurde, dann haetten auch die kommunistischen Elemente in allen andern Gebieten zur Sicherstell ung erschossen werden muessen."

Ich habe an Sie eine letzte Frage: Sie haben dem Gericht gestern wiederholt erklaert, dass Sie Ihren Abschied einreichen wollten. Sie haben sogar ein Abschiedsgesuch mit einem Brief vom 12. Oktober 1944 verfasst in dem Sie Hitler um Anweisung baten, wie Sie verfahren sollten. Mr. Dodd hat Sie erinnert, dass am 12. Oktober 1944, der Reichsminister der Ostgebiete gar kein Gebiet mehr hatte, dass die Deutschen bereits aus Russland abgezogen waren.

Wie konnten Sie um Abschied ansuchen, da Sie derjenige waren, der einmal davon getraeumt hatte Reichsminister zu werden und ein Mitglied des geheimen Kabinetts. Sie hatten doch Hitler um den Posten eines Reichsministers gebeten?

A: Erstens, bin ich niemals Mitglied des geheimen Reichskabinetts gewesen. Das stimmt nicht.

F: Gut, Sie hatten davon getraeumt ein Mitglied des Reichskabinetts zu werden.

A: Ja, das ist richtig.

F: Und Sie hofften auch, Reichsminister zu werden?

A: Fuer den Auftrag ist auch ueber die Form des Auftrages gesprochen worden. Dr. Lammers als Vertreter des Fuehrers sagte mir, der Fuehrer sollte entweder einen Reichsinspektor einsetzen, weil er die beiden Reichskommissare - - -

F: Angekl. Rosenberg, damit wir diese Frage nicht zu lange behandeln. Ich werde sofort dem Tribunal ein Dokument vorlegen.

VORSITZENDER: Ich weiss nicht was die Frage war. Sie unterbrechen den Zeugen bevor er die Frage beantwortet hat.

H0330 - 0074

GENERAL RUDENKO: Ich moechte dem Wunsch des Gerichtes folgen und das Verhoer abkuerzen. Daher werde ich Rosenberg's Brief vom 5. Febr. 1938 vorlegen und zwar an Hitler adressiert. In diesem Brief ersucht er Hitler um das Amt eines Reichsmininsters. Ich lege das Dokument vor unter Exhibit USSR 11 8.

DURCH GENERAL RUDENKO:

F: Angeklagter Rosenberg, ich moechte das Dokument verlesen. Es ist nicht lang:

"6. Februar 1938, Zitat: " Mein Fuehrer. Da ich Sie nicht sprechen konnte ....

VORSITZENDER: Das Dokument ist ins Deutsche uebersetzt? Es wurde deutsch geschrieben urspruenglich. Da ist es nicht notwendig es vorzulesen. Sie koennen es wie andere Dokumente vorlegen.

GENERAL RUDENKO: Sehr wohl.

DURCH GENERAL RUDENKO:

F: In diesem Brief haben Sie Ausdruck gegeben ueber die Ernennung des Angeklagten Ribbentrop als Reichsminister im Auswaertigen Amt. Nicht wahr?

A: Ja, ja.

F: Sie waren der Ansicht, dass der Posten des "Ministers des Auswaertigen Amtes"im Hitler Kabinett von Ihnen haette besetzt werden koennen. Angeklagter Rosenberg, ist das richtig?

A: Ja, ich finde es auch nicht niederschmetternd, dass ich nach so vielen Jahren Taetigkeit nicht auch den Wunsch geaeussert haette, im staatlichen Dienst des deutschen Reiches verwendet zu werden.

F: Gut. In diesem Brief weisen Sie darauf hin, dass ein geheimes Kabinett existiert. Nicht wahr?

A: Ja, darf ich diesen Brief ein wenig durchlesen. Ich kann nicht auf Bruchstuecke antworten.

F: Bitte sehr.

A: Ja, ich habe den Brief gelesen.

F: Was darin steht ist das richtig?

A: Doch.

F: Es ist ein Brief von Ihnen?

H0330-0075

A: Jawohl.

F: Gut. Sie haben doch darum gebeten in das Reichskabinett aufgenommen zu werden.

A: Jawohl.

F: Sie haben den Posten eines Reichsministers erbeten?

A: Ich habe mitgeteilt, dass ich zu Parteigenossen Goering ueber diese Angelegenheit gesprochen haette, und da ich vom Fuehrer beauftragt war mit der ideologischen Erziehung der Partei und das politische Aussenamt in der Partei noch bestand, dadurch unter Umstaenden in der Partei der Eindruck entstanden waere als ob ich vom Fuehrer abgelehnt wuerde und bat daher den Fuehrer mich persoenlich in dieser Angelegenheit zu empfangen. In finde es durchaus selbstverstaendlich, dass ich den Wunsch geaeussert habe ueber eine fuer meine Person wichtige Sache zu sprechen.

F: Also dies meine letzte Frage. Sie waren also im allgemeinen der engste Mitarbeiter Hitlers?

A: Das ist nicht richtig, Das ist ganz falsch.

F: Sehr wohl. Wir wollen wir das also als Anwort auf meine Frage annehmen.

GENERAL RUDENKO: HerrPraesident, ich habe mein Verhoer beendet.

M. MONNERAY: F: Angeklagter Rosenberg, stimmt es, dass die Deportation und die Hinrichtung der Juden in Frankreich die Moeglichkeit gegeben hat Ihren Dienststellen Wohnungseinrichtungen und Wertgegenstaende an sich zu nehmen, die diesen Juden gehoert hatten.

A: Das entstand aus der Tatsache, dass ich einen staatlichen Auftrag bekommen hatte um Archive, Kunstwerke und spaeter Wohnungseinrichtungen der juedischen Staatsbuerger in Frankreich zu beschlagnahmen.

F: Mit anderen Worten die Massendeportation der Juden konnte als den Ertrag Ihrer Beschlagnahmungsmassnahmen nur vergroessern. Stimmt das?

A: Nein, die Deportation der Juden hat mit dieser Angelegenheit nichts zu tun. Sondern die Anregung zu diesen Massnahmen erfolgte

H0330 - 0076

ausschliesslich waehrend mir mitgeteilt wurde, dass die betreffende juedische Bevoelkerung in ihren Schloessern und Wohnungen nicht vorhanden war und Paris und andere Orte verlassen hatten und nicht zurueckgekehrt waren.

F: Wenn einmal die Juden, ich wiederhole, wenn die Juden deportiert waren, dann waren Sie nicht da, ist das richtig?

Beim Einmarsch der deutschen Truppen war Paris beinahe entvoelkert. Die uebrigen Pariser und Bewohner der Nord franzoesischen Staedte kehrten im Laufe der Zeit zurueck. Wie mir mitgeteilt wurde, ist die juedische Bevoelkerung in diese Staedte nicht zurueckgekehrt. Sie waren also nicht deportiert, sondern sie waren gefluechtet. Ich glaube, die Zahl ist mit 5.6 Millionen anzunehmen.

F: Wollen Sie damit sagen, dass in der Folge, also im Verlaufe de deutschen Besetzung in Frankreich unter den neuen Deportationsmassnahmen die Wohnungen der deportierten Menschen nicht durch Ihre Organisation beschlagnahmt wurden.

A: Nein, das kann ich damit nicht ausdruecken. Es kann wohl sein, dass die Wohnungen von den in Haft genommenen Persoenlichkeiten unter Umstaenden auch beschlagnahmt wurden. Darueber kann ich aber keine gewisse Auskunft geben.

F: Sie wollen also sagen, dass die Deportationsmassnahmen Ihrer Dienststelle groessere Moeglichkeiten gaben, um Beschlagnahmungsmassnahmen auszufuehren. Stimmt das?

A: Nein, das entspricht nicht den Tatsachen, sondern dem was die franzoesische Anklage hier vorgelegt hat, beweist dass, im allgemeinen Wohnungen, die beschlagnahmt wurden, versiegelt wurden von der Polizei und dann wurde 2 Monste gewartet, ob nicht der Eigentuemer dieser Wohnungen zurueckkehrte und erst als die Identitaet festgestellt war, und das es nicht der Fall war, wurden die Wohnungseinrichtungen fuer die Bombenbeschaedigten in Deutschland eingesetzt. Das ergibt der Bericht, den die franzoesische Anklagebehoerde hier vorgelegt hat.

F: Ich glaube, dass es hier wenig Faelle gibt - und Sie werden in diesem Punkt mit mir einig gehen -, dass es wenig Faelle gibt, dass

H0330 - 0077

deportierte Menschen nach zwei Monaten zurueckkommen.

A: Doch, es sind mir solche Faelle gemeldet worden. In dem menschlich bedauerlichen Dokument von 001-PS steht ausdruecklich darin, dass wir gehoert hatten, dass eine grosse Anzahl frueher verhafteter juedischer Persoenlichkeiten jetzt wieder in Freiheit gelassen worden sind.

F: Sie kennen doch sicher die Denkschrift, die Sie an Hitler gesandt haben am 3. Oktober 1942. Diese Denkschrift wurde dem Gericht schon vorgelegt unter Exhibit Nr. 1327. In diesem Dokument erinnern Sie Hitler an Ihre Zustaendigkeit und Sie sagen, dass es fuer Sie als Reichminister fuer die im Osten besetzten Gebiete sich darum handle, die Wohnungen der Juden beschlagnahmen zu lassen, welche abwesend sind oder im Begriffe sind, abzureisen. Wenn Sie es wuenschen kann ich Ihnen dieses Dokument vorlegen, um noetigenfalls Ihr Gedaechtnis aufzufrischen.

(Dem Angeklagten wird das Dokument uebergeben).

Es sind die ersten Zeilen des Dokuments. Ich lege besonderen Wert auf folgenden Ausdruck: " Noch abreisende Juden." Dieses Dokument stammt vom 3. Oktober 1942 und wurde schon vorgelegt.

A: Ja, das ist richtig, das entspricht den Tatsachen und es kann hier, wie ich schon sagte, die Moeglichkeit vorliegen, dass hier auch eine Anzahl von Wohnungen verhafteter Persoenlichkeiten oder sonstiger nichtanwesender Persoenlichkeiten mit einbezogen worden ist; aber wir gesagt, in dem anderen Bericht sind mehr Details darueber ausgesprochen worden. Dieses Dokument entspricht ansich den Tatsachen, es ist ein Brief von mir.

F: Aus diesem Dokument geht hervor, dass Sie beauftragt worden waren, nicht nur die Wohnungen zu beschlagnahmen, die Sie, als die Deutschen in Paris einzogen, unbewohnt auffanden, sondern auch diejenigen Wohnungen der Leute, die in den folgenden Monaten, auch abwesend waren, wie Sie sich ausdruecken . Sie haben

H0330 - 0078

also, Angeklagter, Kenntnis davon gehabt, unter welchen Bedingungen im Westen in den von Deutschland besetzten Gebieten, wie uebrigens auch im Osten die Juden abreisen mussten. Sie kennen diese Bedingungen. Es handelte sich um besondere Zuege, die in die Konzentrationslager direkt fuhren.

A: Nein, von den Zuegen habe ich nichts gewusst, sondern es handelte sich hier ganz klar um verlassene Wohnungen und vermutlich ist hier mir mitgeteilt worden, dass Wohnungen auch von Verhafteten, noch Lebenden, schon laengst Geflohenen in Aussicht genommen werden. Mehr steht hier niicht drin, und mehr kann ich Ihnen auch hierueber nicht sagen bzw. Auskuenfte geben. Diese Berichte, die hier zum Prozess vorgelegt worden sind, sind mir hier erstmals bekannt geworden. Ich kann nur noch sagen, dass mir zum Schluss mitgeteilt wurde, dass vor der Eroberung von Paris durch die alliierten Truppen die vorhandenen Wohnungseinrichtungen und Haushaltsgegenstaende dem franzoesischen Roten Kreuz uebergeben worden sind.

F: Aus dem Dokument, das Sie vor Ihren Augen haben, koennen Sie sich ueber folgende Punkte mit mir einigen, und zwar: Ihre Dienststelle hatte doch wohl das Recht, Wertgegenstaende oder Wohnungen zu beschlagnahmen, wenn sie nach dem Eintreffen der deutschen Truppen in Paris freigeworden waren. Sind Sie in diesem Punkt mit mir einig ?

A: Ja.

F: Angeklagter, Sie sagten soeben, dass Sie keinerlei Kenntnis von den Transporten in Sonderzuegen hatten und deren Bestimmungsort auch ein besonderer war. Wissen Sie - und ich nehme an, dass Sie es wissen, da ja das Dokument, an das ich denke, dem Gericht schon vorgelegt wurde - wissen Sie, dass jeden Dienstag in Paris seit Mitte 1941 und bis Ende der Besetzung Versammlungen stattfanden, sogenannte Dienstagbesprechungen, an denen Vertreter der verschiedensten deutschen Dienststellen in Paris teilnahmen. Es waren da die Experten fuer die juedische Frage in den verschiedeutschen Dienststellen und zwar namentlich ein Vertreter des deutschen Militaerkommandos, des Verwaltungsstabes, ein Vertreter des Verwaltungsstabes der Gruppe Polizei, der Abteilung Verwaltung und ein Vertreter der Abteilung Wirtschaft. Diesen Versammlungen wohnte auch ein Vertreter der deutschen Botschaft in Paris bei und schliesslich ein Vertreter Ihres Einsatzstabes.

Ich beziehe mich auf das Dokument RF - 1210. Es ist ein Bericht Daneckers vom 22. Februar 1942. Danecker war ja der Leiter und der Verantwortliche und der grosse Experte der antijuedischen Terror-Aktion in Paris waehrend der Besetzung. Wenn Sie es wuenschen, kann ich Ihnen dieses Dokument vorlegen lassen.

H0330 – 0079

A: Ich kann mich aus den Ausfuehrungen in diesem Prozess daran durchaus nicht entsinnen, aber von einer solchen Dienstagbesprechung, die regelmaessig stattfand, ist mir niemals in Bericht eingereicht worden. Dass mein Beauftragter fuer die Moebelaktion mit der Polizei engste Fuehlung halten musste, ergab sich aus der Selbstverstaendlichkeit, dass die Beschlagnahmung fuer solche Dinge ja nicht von meiner Dienststelle durchgefuehrt werden durften, sondern dass diese Massnahmen ein ausschliessliches Recht der Polizei waren, dass somit ueber diese Dinge mit der Polizei gesprochen werden musste. Dass hier Dienstagbesprechungen regelmaessig stattfinden, ist mir nicht gemeldet worden. Ich glaube, waere eine solche Meldung mir konsequent eingereicht, sie mir sicher vorgelegt worden waere.

F: Sie sind jedoch einverstanden, wenn ich sage, dass diese Dienstagbesprechungen fuer die Interessen Ihrer Dienststelle sehr wichtig waren. Tatsaechlich wurden in diesen Sitzungen verschiedene Aktionen eroertert und beschlossen, Kollektivaktionen, die gegen die Juden zu unternehmen waren, d.h. Verhaftungen, Razzien und Deportationen.

Nun, es scheint nicht aeusserst logisch und natuerlich, dass Ihre Dienststelle regelmaessig ueber diese Aktionen informiert war, um daraus die wirtschaftlichen Konsequenzen zu ziehen, d.h. zu beschlagnahmen.

A: Das ist meiner Ansicht nach durchaus nicht logisch, denn, wenn der bestimmte Polizeichef solche geheime Transporte in diese Lager schickt, wie hier bekannt geworden ist, so folgt daraus nicht, dass er jeden Dienstag vor den Herren darueber Vortraege haelt. Ich glaube auch nicht, dass dieser Polizeichef einem Vertreter des Auswaertigen Amtes ueber diese Dinge ausfuehrlich berichtete.

F: Sie sind vielleicht ueber diesen Punkt schlecht informiert, aber ich moechte Ihnen den Schluss dieses Berichtes vorlesen. Es heisst da folgendermassen: "Das Ergebnis dieser konferenz war, dass die juedische Politik ausgerichtet wurde!"

Vorsitzender (unterbrechend): Der Zeuge hat schongesagt, dass er nichts ueber diese Dienstagsitzungen weiss; er hat keinen Bericht darueber geschen.

M. Monneray: Ja, Herr Praesident.

Vorsitzender: Warum fragen Sie dann ?

M. Monneray: Dieses Dokument stellt fest, dass Ihre Pariser Dienststelle aktiv mit der Polizei - Terrorpolitik - arbeitete. Sie haben ja daraus die wirtschaftlichen Konsequenzen gezogen, d.h. die Beschlagnahmungen.

Vorsitzender: Sie haben keine Verbindung bewiesen zwischen ihm und diesem Bericht mit diesem Dokument. Er hat das Dokument nicht unterschrieben. Es gibt hier keine

H0330 - 0080

Andeutung, dass er das Dokument empfangen hat, wenigstens so denke ich es mir, de sonst wuerden Sie ihn damit belaestigt haben. Er sagt, er kennt das Dokument nich

M Monneray: Erlauben Sie mir, Herr Praesident, in diesem Falle dem Angeklagten ei Frage zu stellen, naemlich, ob er die Angaben, die Wirklichkeit der Angaben, die hier gemacht sind, bestreitet, naemlich die Beteiligung seiner Pariser Dienststel an diesen Versammlungen.

M. Monneray: F: Bestreiten Sie das ?

A: Ich kann keine Auskunft darueber geben, weil ich keinen Bericht b ekommen hab

F: Ich moechte zum Abschluss dieses Verhoers auf das Dokument verweisen, das sch vorgelegt, zitiert und diskutiert wurde, naemlich das Dokument PS 001.

In diesem Dokument schlaegt der Angeklagte im ersten Absatz die Beschlagnahmung un Ueberfuehrung des beschlagnahmten Mobilars nach dem Osten vor und in einem zweite Absatz schlaegt er Hitler vor, Juden, franzoesische Juden anstelle anderer Franzo sen als Geiseln erschiessen zu lassen. Wie aus den Fragen und Antworten hervorgeh hat die Dienststelle des Angeklagten die Moeglichkeit gehabt , aus diesen Deporta tionen und Hinrichtungsmassnahmen wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen. Deshalb sche nen die Zusammenhaenge sehr klar zu sein.

Ist es nicht Ihren Ansicht, Angeklagter, dass es notwendig war, erstens sich der Leute zu entledigen, um nachher ihre Gueter zu beschlagnahmen ?

A: Nein, das ist es nicht.

M. Monneray: Ich habe keine anderen Fragen zu stellen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender: Haben Sie noch irgend eine Frage an den Zeugen zu richten, Dr. Thom

Dr. Thoma: Herr Praesident, darf ich ganz kurz den Angeklagten mal fragen, ob er noch irgendeine Frage wuenscht. Ich glaube, ich bin sofort fertig.

Der Zeuge: Nein.

Dr. Thoma: Danke schoen; der Angeklagte wuenscht keine Frage mehr.

Dann moechte ich mit Erlaubnis des Gerichtes den Zeugen Riecke vernehmen.

Vorsitzender: Werden Sie lange dazu brauchen, Herr Dr. Thoma ?

Dr. Thoma: Eine halbe Stunde hoechstens.

Vorsitzender: Jawohl, dann kann der Angeklagte sich auf seinen Platz zurueckbege- ben.

H0330 - 0081

Der Zeuge Hans Joachim R i e c k e betritt den Zeugenstand.

Vorsitzender: Wie heissen Sie ?

Zeuge: Hans Joachim Riecke.

Vorsitzender: Sprechen Sie mir folgenden Eid nach.

Ich schwoere bei Gott dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sage, nichts verschweige und nichts hinzusetzen werde.

(Der Zeuge wiederholt den Eid)

Vorsitzender: Sie koennen sich niedersetzen. Dr.Thoma, wollen Sie bitte den Namen buchstabieren.

Dr.Thoma: R i e c k e.

Dr.Thoma:

F: Herr Zeuge, welche Stellung hatten Sie im Wirtschaftsstab Ost und im Auslands Ministerium ?

A: Die beiden Stellen hatte ich auf Anordnung Goering's. Ich war leider der Geschaeftsgruppe Ernaehrung und Landwirtschaft.

F: Welche Aufgaben hatten diese Dienststellen ?

A: Die erste Hauptaufgabe dieser Dienststelle war der Wiederaufbau der russische Landwirtschaft, die zweite Aufgabe war die Nutzbarmachung der Ueberschussgebiet des Suedens fuer die Wehrmacht und Ernaehrung.

F: Welche Stellen waren zur Reglung in den besetzten Ostgebieten eingesetzt ?

A: Neben dem Auslands-Ministerium bestanden noch eine Reihe Sonderaufgaben. Sonderaufgaben Goering fuer die Landwirtschaft, Himmler fuer die Polizei, Sauckel fuer die Arbeitskraefte-Beschaffung.

F: Wem unterstand die Landwirtschaft ?

A: Die Landwirtschaft unterstand mit der gesamten Wirtschaft Goering. Er gab seine Weisungen unmittelbar oder ueber die Staatssekretaere Koerner und Backe.

F: War das Ablieferungs-Soll fuer die Landwirtschaft hoeher als das Ablieferungs Soll waehrend der Sowjet-Verwaltung ?

A: Das Ablieferungs-Soll war den frueheren russischen Ablieferungen angepasst. Die tatsaechliche Ablieferung war im ersten Jahr niedriger als in der russischen Zeit. In den naechsten Jahren waren die Aecker-Erzeugnisse ebenfalls niedriger, bei den tierischen Produkten waren sie hoeher.

F: Waren die tatsaechlichen Ablieferungen entsprechend Goering's Anordnungen ?

H0330 – 0082

A: Nein, Goering hatte wesentlich hoehere Erwartungen.

F: Hat Deutschland landwirtschaftliche Maschinen, Sensen usw. in die besetzten Ostgebiete geschafft und in welcher Anzahl ?

A: Es ist ein umfangreiches landwirtschaftliches Maschinenprogramm unter dem Namen Ost-Acker-Programm in Deutschland aufgestellt worden. Das Ziel war - und es wurde auch in Wirklichkeit durchgefuehrt, umfangreiche landwirtschaftliche Maschinen und Geraete in die besetzten russischen Gebiete zu schaffen. Die Ursache war die Wegschaffung und starke Vernichtung bei der Raeumung durch die Russen.

F: Am 5. Februar 1942 erging eine Agrar-Ordnung. Welcher Gesichtspunkt lag diese zugrunde ?

A: Das Hauptziel der Agrarordnung war, die Bevoelkerung zur freiwilligen Mitarbeit zu bewegen. Zunaechst war vorgesehen, die Kollektivwirtschaft aufrecht zu erhalten. Das stellte sich jedoch als unmoeglich heraus, da wie gesagt, ein Teil des Gross-Geraetes, naemlich Traktoren nicht mehr vorhanden waren. Andererseits war es auch nicht moeglich, weil auch das Kleingeraet weitgehendst fehlte. Darum wurde ein Vergleich geschaffen zwischen den Zustaenden, bei denen den russischen Bauern ein Landanteil zur Bewirtschaftung zugewiesen wurde, aber ein Teil der Arbeiten noch in gemeinschaftlicher Form weiter durchgefuehrt wurde.

F: Wie war die Wirkung ?

A: Die Wirkung der Agrar-Ordnung war im Grossen und Ganzen guenstig. Der Umfang und die Qualitaet der Ackerbestellung nahm wieder zu. Ein besonders gutes Beispiel fuer die Ausfuehrung waren die Verhaeltnisse im sogenannten Kessel von Charkow, im Fruehjahr 1942, wo bereits die landwirtschaftliche Industrie mehr als 70% der Fruehjahrsbestellung fertig gestellt hatte, waehrend die nicht eingestellte Kollektivwirtschaft nur 30 % etwa zustande gebracht hatte.

Fr: Am 3. Juni 1943 wurde die sogenannte Eigentums-Deklaration veranlasst. Was waren die Grundsaetze hierfuer ?

A: Das grundsaetzliche Ziel der Eigentums-Deklaration war die, durch die Agrarordnung den russischen Bauern zugewiesene Land einmal in das Eigentum zu ueberfuehren.

F: Wie wurde die Gemueseversorgung der grossen Staedte zum Beispiel in der Ukrain geregelt ?

A: Es wurde in der Umgebung der grossen Staedte in maessigen Umfang Gartenland der arbeitenden Bevoelkerung zugeteilt.

H0330 - 0083

F: Nun, einige Fragen zu Lettland.

Hat die deutsche Regierung in Lettland das Land der lettischen Bauern beschlagnahmt ?

A: Nein, im Gegenteil. Die von den Russen waehrend der Besatzungszeit eingefuehrte Socialisation wurde wieder aufgehoben. Das zu Siedlungszwecken von den Bauernhoefen abgetrennte Land, wurde den urspruenglichen Besitzern zurueckgegeben. Um es mit einem Satz zu sagen: Es wurde der Zustand, vor der russischen Besetzung wieder hergestellt.

Col.Pokrovsky: Ich bitte um Entschuldigung. Aber mit allen guten Willen kann ich absolut nicht verstehen, was fuer einen Zusammenhang alle diese Fragen auch nur im geringsten mit der Sache des Angeklagten Rosenberg zu tun hat. Mir scheint es, dass die weiteren Fragen des Verteidigers, wenn sie in derselben Art geartet sind, nicht gestattet werden sollen.

Vorsitzender: Dr.Thoma, sollten Sie nicht vielleicht klarstellen, was dies mit dem Angeklagten Rosenberg zu tun hat?

Dr.Thoma: Zunaechst will ich mal mit dieser Frage die Sowjet-Behauptung zurueckweisen, da nach der Besetzung den Baronen ihr Land zurueckgegeben worden ist. Ich verweise auf die Sowjet-Anklage, Dokument USSR 4957, das ich gestern dem Gericht vorgelegt habe. Zweitens will ich damit beweisen, dass das dortige Gebiet in ordnungsmaessiger Weise verwaltet wurde, und zwar in einer solchen Weise dass die Bevoelkerung freiwillig mitarbeitete, und drittens will ich damit beweisen, dass waehrend der ganzen deutschen Besetzung kein Ukrainer und kein Sowjet-Angehoeriger gehungert hat, weil entsprechend landwirtschaftlich gearbeitet wurde.

Das kann ich aber nur von einem Fachmann erfahren und ich glaube, ich habe nur noch einige Fragen, und bin dann mit diesem Beweisthema fertig.

Vorsitzender: Herr Dr.Thoma, Sie koennen fortfahren.

Dr.Thoma:

F: Hat also die deutsche Verwaltung in Lettland das Land der lettischen Bauern beschlagnahmt ?

A: Wie ich eben schon die Frage beantwortet habe, wurde im Gegenteil die Socialization aufgehoben. Das fuer Siedlungszwecke abgetrennte Land wurde den lettischen Bauern zurueckgegeben, mit einem Wort : Der Zustand vor der

H0330 - 0084

russischen Besetzung wurde wieder hergestellt.

F: wurde der ehemalige deutsche Grossgrundbesitz wieder hergestellt?

A: Nein, im Gegenteil, den lettischen Bauern verblieb der Besitz, der nadh 1919 restlos und auf Kosten des deutschen Grossgrundbesitzes entstanden war. Es blieb in ihrem Besitz.

F: Welche Gedanken lagen der sogenannten Reprivatisierung zugrunde ?

A: Die Reprivatisierung sollte den lettischen Bauern wieder die Sicherheit geben auf eigenen Grund und Boden zu wirtschaften.

F: Galt dieses Gesetz auch in Estland und Litauen ?

A: Das Gesetz galt in aehnlicher Form auch fuer Estland und Litauen.

F: Ist Ihnen eine Aussage Darre's bekannt, als ob die lokalen Kleinbauern von ihrem Landbesitz entfernt werden und zu Proletariern gemacht werden sollten?

A: Mir ist eine solche Aeusserung icht erinnerlich.

F: Kennen Sie die Gesellschaft fuer die Bewirtschaftung des Ostlandes ? A: Es gab zwei Gesellschaften mit diesem Namen. Ich nehme an, dass die hier gemeinte Gesellschaft diejenige war, die gegruendet wurde, um den in den Ostseestaaten nach der Repribatisierung noch verbleibenden Staatsbesitz und die waehrend der russischen Besatzungszeit treuhaenderisch zu bewirtschaften. In den alten russischen Gebieten des sogenannten Reichskommissariats bewirtschaftete die Gesellschaft HTS ebenfalls treuhaenderisch.

F: Welche Haltung nahm Rosenberg zu den verschiedenen Massnahmen, Arbeiteraushebung, Lebensmittellieferung usw. ein ?

A: Rosenberg konnte sich den vom Fuehrer gegebenen Anordnungen nicht entziehen, er ist jedoch stets dafuer eingetreten, diese Anordnungen ohne Zwang fuer die Bevoelkerung durchfuehren und ihre Ausfuehrung aufeinander abstimmen zu lassen.

F: Wer betreute die Ostlandarbeiter im Reich?

A: Meines Wissens die Arbeitsverwaltung durch ihre Arbeitsaemter.

F: Wie wurden die Ostlandarbeiter auf dem Lande im Reich untergebracht? Haben Sie Berichte darueber ?

A: Die Unterbringung der Ostlandarbeiter auf dem Lande im Reich, ihre Versorgung war im grossen und ganzen durchaus befriedigend. Berichte habe ich unmittelbar ueber den Reichsnaehrstanddienststellen erhalten.

F: Koennen Sie etwas ueber Rosenberg's allgemeine Haltung gegenueber den Ostvoelkern sagen ?

A: Wie bereits gesagt, wuensche Rosenberg persoenlich die Ostvoelker zu einer Zusammenarbeit zu gewinnen. Das gilt auch insbesondere in der Richtung eines Ausbaues der Erhaltung ihres kulturellen Lebens. Rosenberg hat sich z.B. meines Wissens stets fuer eine Wiedereroeffnung der Hoch-und der Fachschulen eingesetzt.

F: Hatte Rosenberg auf diesem Gebiete Beschraenkungen ?

H0330-0085

Hatte er in dieser Richtung andere Ansichten zu bekaempfen?

A: Gegen diese Bestrebungen Rosenberg's waren sehr starke Kraefte taetig und insbesondere im Fuehrerhauptquartier von Bormann und Himmler, deren Auffassung sehr stark unterstuetzt wurde von Reichskommissar Koch, der andererseits in seiner Funktion in dieser von Bormann und Himmler gestuetzt wurde. Es fuehrte dazu, dass ein grosser Teil der von Rosenberg geplanten Massnahmen, insbesondere in der Ukraine, durch Koch sabotiert wurde.

F: Und nun eine letzte Frage. Was wissen Sie von den Konzentrationslagern und von der Behandlung der Schutzhaeftlinge?

A: Die Existenz von Konzentrationslagern war mir natuerlich bekannt. Die Zahl der Konzentrationslager und die Vorgaenge darin nicht. In den Jahren 1933/34 wurden verschiedentlich Mitteilungen gemacht ueber einzelne Misshandlungen, spaeter wurden von Personen, die Konzentrationslager besichtigt haben, durchaus positive Berichte abgegeben. In den letzten Tagen des Monats April des vergangenen Jahres stiess ich in der Umgebung von Berlin auf zurueckmarschierende Konzentrationslager. Die Verhaeltnisse waren so grauenhaft, dass ich unverzueglich Himmler aufgesucht habe und ihn gebeten habe, diese Lager nicht weiter marschieren zu lassen, sondern dem Feind zu uebergeben. Diese Unterredung hat in Gegenwart von Feldmarschall Keitel stattgefunden. Himmler hat leider nur ausweichend geantwortet.

F: Es faellt mir doch noch eine letzte Frage ein. Ist die Ernaehrung, wurde in den besetzten Ostgebieten ausser der Ernaehrung fuer die Wehrmacht auch noch eine Ernaehrung des deutschen Volkes mit in Betracht gezogen?

A: Etwa 2/3 des Aufkommens an Ernaehrungsgütern aus den besetzten Ostgebieten dienten zur unmittelbaren Versorgung der Wehrmacht. Das restliche eine Drittel wurde nach Deutschland abtransportiert und wurde von uns als Ausgleich zur Ernaehrung fuer die stets ansteigende Zahl auslaendischer Arbeiter angesehen.

DR. THOMA: Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

VORSITZENDER: Wuenscht einer der anderen Herren Verteidiger das Wort?

DR. SEIDL: (Verteidiger fuer den Angeklagten Frank)

F: Herr Zeuge, Sie waren als Staatssekretaer im Reichsministerium fuer Ernaehrung und Landwirtschaft? Ist das richtig?

A: Jawohl.

F: Ist es richtig, dass der Leiter der Hauptabteilung fuer Ernaehrung und Land-

H0330 - 0086

wirtschaft der Regierung des Generalgouvernements wiederholt in Berlin war, um dort die Festsetzung der Kontingente in einer fuer die Bevoelkerung ertraeglichen Hoehe zu erreichen?

A: Soweit ich mich erinnere hat bei den laufenden Verhandlungen, die mit dem Generalgouvernement gefuehrt wurden, er diesen Standpunkt mehrfach vertreten.

F: Wie ist nach Ihren Beobachtungen die Ernaehrungssituation der Bevoelkerung des Generalgouvernements gewesen?

A: Nach meinen eigenen Beobachtungen und den mir zugegangenen Berichten waren die Rationen, die festgesetzt waren, wesentlich geringer als bei uns im Reich. Es wurde aber weitgehend ein Ausgleich durch den schwarzen und den freien Markt geschaffen.

F: Ist es richtig, dass zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion von Seiten der Verwaltung des Generalgouvernements ausserordentliche Anstrengungen gemacht wurden?

A: Es wurden sehr erhebliche Anstrengungen von Seiten des Generalgouvernements zur Staerkung der Landwirtschaft gemacht. Man kann sogar sagen, dass die ganze uebrige Wirtschaft, soweit sie nicht fuer Ruestungszwecke eingespannt war, ausschliesslich fuer die Ernaehrungswirtschaft arbeitete. Ich habe ausserdem auch aus dem Reich Duengemittel, wenn auch nur in begrenztem Umfang, und laut dem Ostlandprogramm Maschinen und Geraete eingefuehrt.

F: Welchen Anteil hatten die Lieferungen der besetzten Gebiete am gesamten Nahrungsmittelaufkommen Deutschlands?

A: Nach Berechnungen, die unabhaengig von unserem Ministerium durchgefuehrt wurden, belief sich der Anteil der Lieferungen der besetzten Gebiete am Ernaehrungsaufkommen Deutschlands in den Jahre 42/43 auf etwa 15 %, in den uebrigen Jahren um etwa 10 % herum, meistens weniger.

F: Nun eine letzte Frage. Die sowjetische Anklagevertretung hat ein Dokument USSR-170 vorgelegt. Es handelt sich hier um eine Sitzung mit den Leitern der deutschen Dienststellen in den besetzten Gebieten, am 6.8.42 unter Vorsitz des Reichsmarschalls. Ich lasse Ihnen dieses Dokument uebergeben und ich bitte mir zu sagen, ob die Darstellung in diesem Dokument das Verhaeltnis zwischen Deutschland und den besetzten Laendern richtig wiedergibt. Sie waren ja bei der Sitzung selbst mit dabei.

H0330-0087

A: Das Dokument stellt das Protokoll der Sitzung dar, an der ich eben teilgenommen habe. Es ist zunaechst grundsaetzlich zu sagen, dass das Dokument, bezw. das Protokoll vor allen Dingen die Ausfuehrungen des Reichsmarschalls, die tatsaechlichen Verhaeltnisse Deutschlands aus den besetzten Gebieten, auf dem Ernaehrungsgebiet, nicht wiedergibt. Die Forderungen, die Goering in dieser Sitzung ausgesprochen hat, waren so hoch, dass sie gar nicht ernst genommen werden konnten. Es war uns im Ernaehrungssektor auch klar, dass wir mit Gewalt niemals auf die Dauer irgend etwas erreichen koennen. Die Mehrforderungen, die Goering in dieser Sitzung gestellt hat, sind auch tatsaechlich niemals erfuellt worden. Ich glaube auch, dass Goering selbst nicht an die Erfuellbarkeit dieser Forderungen geglaubt hat. So sind, soweit ich weiss, an Frankreich die Mehrforderungen Goerings ueberhaupt nicht ueberbracht worden, Belgien hat trotz des Verbotes Getreide geliefert bekommen, ebenso die Tschechoslowakei trotz des Verbotes Fett. Vorweggegangen war am Tage vor dieser Sitzung eine Besprechung der Gauleiter. Sie stand, soweit ich mich noch erinnere unter dem Eindruck der zunehmenden Luftangriffe im Westen und der dadurch fuer die Bevoelkerung insbesondere zunehmenden Belastungen. Die westlichen Gauleiter vertraten den Standpunkt, dass die deutsche Ernaehrung bei zunehmender Belastung der Bevoelkerung unzureichend sei, dass dagegen ein grosser Teil der besetzten Gebiete noch im Ueberfluss lebe. Das Reichsernaehrungsministerium und die Vertreter der selbst besetzten Gebiete sassen gewissermassen auf der Anklagebank, nicht genuegend von den besetzten Gebieten zu fordern, bezw. zu liefern. Diese Forderungen wurden von Goering aufgegriffen und bei seiner Veranlagung und seinem Temperament fuehrte dies zu dem im Protokoll und im Dokument angefuehrten starken Uebertreibungen.

DR. SEIDL :Ich habe keine Fragen mehr.

DR. SERVATIUS: (Verteidiger fuer den Angeklagten Sauckel.)

F: Herr Zeuge, wie war die Ernaehrungslage der auslaendischen Arbeiter in Deutschland?

A: Alle Gruppen von auslaendischen Arbeitern, mit Ausnahme der Ostarbeiter, bekamen die gleichen Rationen, wie die deutsche Bevoelkerung.

F: Wie war die Versorgung der Ostarbeiter?

A: Die Ostarbeiter bekamen auf verschiedenen Gebieten niedrigere, als die anderen, bei Brot und Kartoffeln hoehere Saetze.

H0330 - 0088

F: War die Versorgung so, dass der Gesundheitszustand dieser Arbeiter gefaehrdet war?

A: Diese Frage laesst sich nicht eindeutig beantworten. Sie muss im Zusammenhang stehen mit der von den Arbeitern geforderten Arbeitsleistung. Bei normalen Arbeiten mussten die Rationen durchaus ausreichend sein.

F: Hat Sauckel sich besonders fuer die Ernaehrung dieser Arbeiter eingesetzt?

A: Sauckel ist, soviel ich weiss, bei meinem Minister mehrfach vorstellig geworden in Richtung auf eine bessere Versorgung, wobei von Backe stets die Gegenforderung gestellt worden ist, nicht mehr zusaetzliche Arbeitskraefte nach Deutschland hineinzubringen. Backe hat mehrfach den Vorschlag gemacht, die Zahl der Arbeitskraefte zu beschraenken, und dafuer lieber noch besser zu versorgen.

DR. SERVATIUS: Ich habe an den Zeugen keine weiteren Fragen mehr.

DR. STEINBAUER: (Verteidiger fuer den Angeklagten Seyss-Inquart)
Herr Zeuge, sind Sie in Ihrer Eigenschaft als Staatssekretaer fuer die Landwirtschaft, nicht Ende 1944 und Anfang 1945 auch in die Niederlande gekommen?

A: Jawohl, ich bin in dieser Zeit in den Niederlanden gewesen.

F: Wurde dort nicht, bei diesem Anlass von Seiten der Wehrmachtsstellen und der Polizei, schwere Klage erhoben ueber Sabotage der niederlaendischen Landwirtschaft. Insbesondere ueber die verantwortlichen Regierungsstellen aus den Niederlanden.

A: Ich kann mich auf eine derartige Unterhaltung nicht mehr besinnen.

F: Ist Ihnen bekannt, dass sich der Angeklagte Seyss-Inquart fuer die Drosselung der Lebensmittelausfuhr aus den Niederlanden nach Deutschland eingesetzt hat?

A: Jawohl, unter anderem auch in dieser Sitzung, das in diesem Protokoll hier vorliegt.

F: Und, dass er trotz Klagen, niederlaendische Beamten im Ernaehrungsamt belassen hat?

A: Ja, das ist der Fall.

DR. HAND FLAECHSNER: (Verteidiger fuer den Angeklagten Speer)
Darf ich einige Fragen an den Zeugen richten Herr Praesident. Herr Zeuge koennen Sie mir Aufschluss ueber folgende Fragen geben. Bekamen die in der Kriegsproduktion beschaeftigten Konzentrationslagerhaeftlinge, die gleichen Ernaehrungszulagen fuer Schwer- und Schwerstarbeiter gegenueber den uebrigen Arbeitern?

A: In der Zeit in der ich mich mit diesen Fragen betraut war, wurden fuer alle

H0330 - 0089

Inhaftierten, also auch fuer die Konzentrationslagerhaeftlinge, die gleichen Rationen, wie fuer die uebrige Bevoelkerung festgesetzt, wenn sie in Arbeit waren. Sie haetten demnach die gleichen Rationen bekommen muessen.

F: War der Angeklagte Speer oder das von ihm geleitete Ministerium fuer die ordnungsmaessigen Einheiten der Ernaehrungssaetze in den Betrieben zustaendig, soweit die letzteren selbstverstaendlich die Versorgung uebernommen hatten.

A: Nein, das Ministerium Speer war fuer diese Dinge nicht zustaendig. Soweit es die Belieferung auch die Anforderung hin betraf, waren die Ernaehrungsaemter zustaendig. Soweit es die Verteilung der Lebensmittel in den Betrieben betrifft; die Verwaltung der Lager bezw. die Betriebe.

F: Und eine weitere Frage. Welche Massnahmen hat Speer ergriffen, um eine Ernaehrungskatastrophe zu verhindern, die sich gleichmaessig auf die Millionen fremdlaendischer Personen in Deutschland ausgewirkt hatte?

A: Speer stellte vom Dezember 1944 an ganz bewusst die Ruestungsaufgaben hinter die Ernaehrung. Und zwar ganz bewusst zwecks Ueberleitung eines neuen Regimes, einer neuen Verwaltung einer Besatzungsmacht. Speer gab dem Ernaehrungstransport von diesem Zeitpunkt an den Vortritt vor den Ruestungstransporten

Speer sorgte dafuer dass das Saatgut, fuer die Freuhjahrsbestellung mit seinen Transportmitteln hinausgebracht wurde. Speer setzte sich ausserordentlich stark fuer die Wiederherstellung der durch Luftangriffe zerstoerten Ernahmungsbetriebe, noch vor Ruestungsbetriebe ein und vor allen Dingen verhinderte er in dieser letzten Phase mit uns gemeinsam, die sinnlosen Zerstoerungen von Ernaehrungsbetrieben, entgegen den Weisungen, wie sie von Hitler gegeben waren. Dieses tat er ohne Ruecksicht auf seine Person und evtl. eintretenden Folgen.

DR. LATERNSER: (Verteidiger fuer den Generalstab und OKW)

Herr Zeuge haben Sie den Westfeldzug mitgemacht ?

A : Jawohl.

F : In welcher Eigenschaft ?

A : Als Batallionskommandeur im Felde.

F : Haben Sie wahehrend des Westfeldzuges von oben her bedenkliche Befehle bekommen. Also solche Befehle meine ich, die gegen das Voelkerrecht verstossen haben.

A : Ich habe keine solchen Befehle bekommen.

F : Haben Sie die Feststellung treffen koennen oder getroffen, dass von hoeheren militaerischen Stellen das Pluendern geduldet wuerde ?

A : Nein, im Gegenteil. Es wurde im Falle des Pluenderns schaerfstens eingeschritten.

F : Sie waren dann spaeter auch im Osten. Allerdings, wie ich gehoert habe nicht als Soldat.
Haben Sie Einblick gehabt in das Operationsgebiet als auch in die Kommissariatsgebiete ?

A : Ich habe in beide Gebiete Einblick gehabt.

F : Wie war dort die Behandlung der Bevoelkerung durch die deutschen Soldaten ?

A : Ich kann im allgemeinen sagen, dass insbesondere in der Ukraine die Behandlung der zivilen Bevoelkerung im Wehrmachtsteil, im Operationsgebiet entgegenkommender war. Man nahm hier Ruecksicht auf die Beduerfnisse im zivilen, verwaltenden Teil.

H0330 - 0090

H0330 - 0091

F : Worauf fuehren Sie diese Unterschiede zurueck ?

A : Ich fuehre sie zurueck auf eine andere Grundeinstellung des Soldaten, der frei war von politischen Tendenzen und vor allem auch darauf, dass die Truppen klarerweise Ruhe im Hinterland haben wollten.

MR.DODD: Waren Sie ein Mitglied der Nazi-Partei ?

A. Jawohl.

F. Wann sind Sie der Partei beigetreten ?

A. Im Jahre 1925.

F: 1925 ? Waren Sie auch ein Mitglied der SA ?

A : Jawohl.

F : Welchen Rang hatten Sie in der SA inne ?

A : Ich bin zuletzt Gruppenfuehrer in der SA gewesen.

F : Vorher waren Sie ein SA-Sturmfuehrer ?

A : Im Jahre 1930, jawohl.

F : Wann wurden Sie SS-Gruppenfuehrer ?

A : Im Oktober 1944.

MR.DODD : Das ist alles. Ich habe keine Fragen mehr.

VORSITZENDER : Haben Sie noch weitere Fragen Dr. Thoma ?

DR. THOMA : Nein.

VORSITZENDER : Dann schliesst es Ihren Fall des Angeklagten Rosenberg ab.

DR. THOMA : Herr Vorsitzender, ich moechte zunaechst erklaeren, dass ich das Dokument Nr. 19, auf das General Rudenko Bezug genommen hat, nicht als ein Exhibit von mir dem Gericht ueberreicht habe.

Weiter darf ich mitteilen, dass noch eine Reihe von Affidabits ausstaendig sind, die mir bewilligt sind, die aber noch nicht eingelaufen sind.

VORSITZENDER : Sie koennen das im spaeteren Verlauf erwaehnen.

DR.THOMA: Weiter moechte ich noch die Bitte stellen, mein Dokumentenbuch Nr. 1, zwar nicht als Beweismittel zuzulassen, aber es bei dem frueheren Zustande zu belassen, der mir schon einmal bewilligt worden ist; dass ich dieses Werk als Beweis

H0330 - 0092

dienlich bezeichnen darf, wie es mir mit dem Beschluss vom 8. Maerz bewilligt wurde. Ich meine also nicht als Beweismittel, sondern nur als Argument. Ich nehme an, dass es mir frueher so bewilligt war und, dass es lediglich als Beweismittel abgelehnt worden ist.

VORSITZENDER: Ich glaube, dass wir bei Ihrem Argument nicht stoerend waren.

GENERAL RAGINSKY: Ja, wir haben es nicht vorgelegt aus dem Grunde, weil wir annehmen, dass sich das Dokument bereits im Dokumentenbuch der Verteidigung befindet. Deswegen brauchen wir es nicht noch einmal vorlegen.

VORSITZENDER : Dokumente sind kein Beweismaterial bis sie vorgelegt sind. Die Tatsache, dass sie im Buch sind, meint nicht, dass sie vorgelegt sind. Falls Sie es so wollen, koennen Sie es vorlegen.

GENERAL RAGINSKY : Unter diesen Umstaenden Herr Vorsitzender, wollen wir das Dokument vorlegen.

VORSITZENDER : Sehr gut. Wollen sie ihm eine USSR Nummer geben.

GENERAL RAGINSKY : Ja, wir werden ihm eine USSR Nummer geben und werden es als Beweis vorlegen.

VORSITZENDER : Sehr gut.

GENERAL RAGINSKY : Danke.

VORSITZENDER : Nun wollen wir uns mit den Gesetzantraegen befassen.

Herr Zeuge Sie koennen sich zurueckziehen.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Hohes Gericht. Der erste Antrag ist der Antrag von Herrn Dr. Seidel, beZueglich zweier Zeugen. Der erste Zeuge Hilger, der frueher schon einmal als Zeuge fuer den Angeklagten v. Ribbentrop bewilligt war und am 2. April zurueckgezogen wurde; Ich glaube aber, dass der Zeuge sich in den Vereinigten Staaten berindet. Es liegt ein Bericht vor, dass er zu krank zur Reise sei. Der Zweck der Aussage dieses Zeugen ist ueber Verhandlungen von Abkommen, die in

Moskau stattfanden, vor dem deutsch-sowjetischen Abkommen vom 23. August 1939 und die Behauptung sagt aus, dass dieses angebliche geheime Abkommen mit dem Affidavit des Zeugen Gauss handelte.

Der andere Antrag handelt sich um einen Zeugen von Weizacker, der sich mit demselben Punkt befassen wird.

Die Anklage nimmt natuerlich die Entscheidung des Gerichtes an ueber die Zulassung des Affidavits von Gauss, aber die Anklage moechte den Antrag stellen, dass das diesen Punkt nicht beruehrt. Was gewuenscht wird ist die Zeugen vorzurufen, im Bezug auf den Verlauf der Verhandlungen vor diesen Vertraegen und bevor ein Uebereinkommen hinsichtlich dieser Vertraege erzielt wurde. Dieser Punkt ist verschiedene Male vorgekommen und obgleich alle Umstaende einen gewissen Unterschied aufweisen, hat das Gericht, soviel ich weiss, doch bis jetzt beschlossen, dass vorhergehende Verhandlungen nicht behandelt werden sollten.

Dann besteht noch diese Lage : Dr. Seidel hat das Gauss-Affidavit vorgelegt und er hat Gelegenheit gehabt den Angeklagten v. Ribbentrop zu verhoeren und die Anklage moechte dass, wenn zwei zusaetzliche Zeugen gerufen werden sollten, diese Zeugen im Bezug auf den Angeklagten v. Ribbentrop nur einen zweiten Wichtigkeitsrang haben und die Unterhandlungen, die dann behandelt werden, sind unerheblich und sind vollkommen unwichtig fuer diesen Fall.

Ich bekenne, dass ich selbst nicht einsehe, welche Erheblichkeit diese Zeugen auf den Fall Hess ausueben koennten, aber ich berufe mich am meisten auf die Gruende, die ich soeben angegeben habe.

Und der dritte Antrag von Dr. Seidel :

Ich weiss nicht genau, ob er meint, dass er will, dass die Anklage ein Exemplar des Geheimabkommens vorlege, oder, ob er selbst ein Exemplar vorlegen moechte. Aber hinsichtlich dieser Angelegenheit moechte die Anklage wieder sagen, dass dieses doch nur ein kleiner Teil der ganzen grossen Angelegenheit ist und schon genuegend durch die Aussagen in Gauss-Affidavit und Ribbentrops's Verhoer behandelt worden ist, im Bezug auf diesen Teil.

H0330 - 0093

H0330 - 0094

Das ist die Stellungnahme der Anklage zu diesem Punkt.

DER VORSITZENDER : Ja, Dr. Seidel ?

DR. SEIDEL: (Verteidiger fuer den Angeklagten Hess und Frank):

Herr Praesident, die eidesstattliche Versicherung des Botschafters, Dr. Gauss, welche bereits vom Gericht als Beweisstueck, Hess-16 angenommen wurde, gibt nur einen Teil der Verhandlungen wieder. Botschafter Gauss war nicht bei den Verhandlungen dabei, die dem Abschluss der Vertraege vorausgegangen sind. Ich habe daher den Antrag gestellt und zwar den zusaetzlichen Antrag, Botschaftsrat Hilger als Zeugen zu laden, nachdem er bereits fuer den Angeklagten v. Ribbentrop genehmigt worden war.

Ich habe den weiteren Antrag gestellt, dass das Gericht den Text dieses geheimen Zusatzprotokills holen moege. Ich muss nun aber zugeben, dass dieser Antrag nicht mehr die Bedeutung hat, die er zum Zeitpunkt seiner Stellung hatte. Ich habe inzwischen eine Abschrift dieses geheimen Zusatzprotokolls bekommen. Ich habe weiterhin eine Abschrift des geheimen Zusatzprotokolls zu deutsch-sowjetischen Grenzvertrages vom 28/ September 1939 bekommen und ich habe ferner in meinen Haenden eine eidesstattliche Versicherung des Botschafters, Dr. Gauss vom 1. April dieses Jahres, aus welcher sich die Uebereinstimmung dieser Abschriften mit dem Text der am 23. August 1939 und am 28. September 1939 abgeschlossenen geheimen Vereinbarungen, deckt.

DER VORSITZENDE: Sir David, haben Sie einen Einwand gegen die Vorlage dieses Dokumentes ?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Nein, das Gericht hat unseren Einwand, bzw. Erheblichkeit in Betracht gezogen und wir haben verloren und ich will hier nicht ueber die Erheblichkeit des Dokumentes sprechen angesichts der Entscheidung des Gerichtes. Wenn Dr. Seidel ein Exemplar, ein angebliches Exemplar dieses Abkommens, vorliegt, unterstuetzt vom Affidavit des Botschafters Dr. Gauss, dann ist das ein Argument dafuer, dass die Zeugen nicht geladen werden sollen.

H0330 - 0095

OBERST PROKOVSKY: Die Sowjet-Anklagebehoerde hat in der Frage, die dem Gericht vorliegt, ein Dokument vorgelegt und zwar an den Generalsekretaer des Internationalen Militaer-Gerichtes. Wenn dieses Dokument sich bereits in Ihrem Besitz befindet, meine Herren Richter, dann brauche ich unsere Stellungnahme fuer das Protokoll nicht aussagen. Wenn Sie es jedoch wuenschen, dann werde ich unsere Stellungnahme hier klar machen.

Wir haben Protest erhoben - -

DER VORSITZENDE: Wollen Sie argumentieren oder etwa ein Dokument vorlegen ?

OBERST PROKOVSKY : Ich habe nicht die Absicht zu argumentieren und ich komme auf die Frage zurueck, wenn Sie das Dokument haben.

DER VORSITZENDE : Nein, Sie missverstehen mich. Sie haben ein Dokument erwaehnt, das das Gericht haben soll. Ich weiss nicht, dass wir ein solches Dokument haben. Vielleicht haben wir es erhalten und, wenn wir es erhalten haben, werden wir natuerlich darueber beraten. Ich moechte gerne wissen, ob es als Argument vorgelegt werden soll oder, ob es ein Originaldokument ist ?

OBERST PROKOVSKY : Es handelt sich um die offizielle Antwort der Sowjet-Anklagebehoerde in der Frage, ob wir es fuer noetig halten, der Bitte Dr. Seidel's nachzukommen, im Zusammenhang mit dem Fragenkomplex, der sich auf den deutsch-sowjetischen Pakt bezieht.

DER VORSITZENDER : Wir werden ueber das Dokument beraten.

H0330-0096

OBERST PROKROVSKY: Halten Sie es fuer moeglich, sich auf das Dokument, das Sie jetzt in Haenden haben, zu beschraenken.

DER VORSITZENDER: Natuerlich, wenn Sie nicht noch etwas sagen wollen, wir werden das Dokument pruefen.

OBERST PROKROVSKY: Es gibt hierueber zusaetzlich nichts mehr zu sagen. Unsere Lage ist im Einzelnen in diesem Dokument festgelegt und, wenn Sie das Dokument vor sich haben, habe ich nichts mehr diesbezueglich darueber zu sagen.

DR. SEIDL: Herr Praesident, ich habe am 13. April einen schriftlichen Antrag gestell t, um die Zulassung eines Dokumentennachtrages als Beweisstueck, Rudolf Hess-17. Ich habe dieses Dokument ich sechsfacher Ausfertigung vorglegt, mit der Bitte, es zu uebersetzen. Es handelt sich hier um folgende Dokumente:

1) Den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939, welcher von der Anklagevertretung unter der Nummer GB- 145 bereits vorgelegt wurde,
2) das dazugehoerdende Zusatzprotokoll vom gleichen Tage,
3) den deutsch-sowjetischen Freundschafts-und Grenzvertrag vom 28. September 1939,
4) das dazugehoerende Zusatzprotokoll vom gleichen Tage und
5) die bereits erwaehnte zweite eidesstattliche Versicherung des Botschafters, Dr. Gauss.

Ich habe weiter am 15. April den Antrag gestellt, den Zeugen Dr. Gauss hier vor Gericht zu laden. Er befindet sich in Nuernberg, wenn das Gericht die eidesstattliche Versicherung nicht fuer ausreichend erachten sollte und ich bitte das Gericht ueber diese Antraege zu entscheiden.

DER VORSITZENDE: Das Gericht wird dieses in Erwaegung ziehen. Jetzt, mit Bezug auf v. Neurath.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Es ist dieses ein Antrag zur Ladung eines Zeugen Dieckhoff, fuer den Fragebogen zugelassen sind. Ich hoere, dass der Zeuge Torpke sich ungefaehr 18 Monate frueher aus dem Auswaertigen Amt zurueckgezogen hat, als gedacht wurde und es ist vorge-

H0330 - 0097

schlagen worden, dass, um die Aussage von Dieckhoff auszugleichen, von der Aussage eines Zeugen Zimmermann abgesehen wird und statt dessen einen Fragebogen einzureichen. Wir haben keinen Einwand, denn es erscheint uns als ein gemessener Antrag.

DER VORSITZEND E: Es ist kein Einwand gegen Dieckhoff als Zeuge und gegen Zimmermann fuer ein Affidavit oder eine Vernehmung?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Ja, mein Herr.

DER VORSITZENDE: Sehr gut.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Hohes Gericht, das ist alles ueber v. Neurath.

DER VORSITZENDE: Ja.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Dann bezueglich des Angeklagten Schacht; hier handelt es sich um die Stellung des Zeugen Hilger und die Anklag hat nichts dagegen, ob Dr. Dix ihn ladet oder, wenn Dr. Dix ein Affidavit vorlegt. Wenn der Zeuge Hilger von Hamburg kommen kann, hat die Anklage keinen Einwand dagegen, dass er als Zeuge hier kommt.

DER VORSITZENDE: Ja.

SIR DAVID MAXWELL FUFE: Dann, mein Herr, ist der naechste Antrag fuer den Angeklagten Sauckel die Rueckziehung des Fragebogens von Mende, zugestellt am 23. Maerz. Der Zeuge kann nicht auffindbar gemacht werden und ein Fragebogen an Marenbach, statt Mende, wird eingeholt werden, denn er kann dasselbe Zeugnis geben. Dr. Servatius hat festgestellt, dass sich Marenbach im Internierungslager Garmisch befindet. Die Anklage hat keinen Einwand.

Meine Herren, dann war noch ein fruecherer Antrag von Dr. Thoma ueber den Gebrauch des Affidavits von Professor Denker. Darueber ist auch kein Einwand erhoben worden.

VORSITZENDER: Es ist schon zugelassen worden.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Sie haben das schon zugelassen? Dies ist nur der formelle Antrag.

VORSITZENDER: Ja, ja, sehr gut, wir wollen diese Dinge prüfen. Es ist noch eine Anzahl von Dokumenten hier, die der Anwalt des Angeklagten Sauckel beantragt hat. Es ist uns vorgeschlagen worden, dass

H0330 - 0098

Sauckels Anwalt, und dass die Anklage uns behilflich sein kann.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Ich glaube, Herr Roberts hat sich schon mit Dr. Servatius ueber diese Dokumente besprochen, vielleicht kann er dem Gericht helfen.

VORSITZENDER: Herr Roberts, wird es sehr lange dauern, oder nich

MR. ROBERTS: Meine Herren, ich glaube nicht. Ich moechte dem Tribunal--

COLONEL PROKROVSKY: Ich moechte dem Tribunal berichten, dass die Sowjetanklage gar keine Dokumente erhalten hat, von denen jetzt die Rede gewesen ist. Die verschiedenen Fragen, die diese Dokumente betreffen, muessen wir aufschieben, bis wir die Moeglichkeit haben, uns mit ihnen vertraut zu machen.

VORSITZENDER: Ich hoere jetzt, dass die Dokumente noch nicht uebersetzt worden sind. Die Frage hier ist jetzt nur, eine vorläufige das heisst, welche Dokumente werden uebersetzt, und wir haben uns diese Dokumente nur angesehen, um festzustellen, welche genuegend erheblich sind, um uebersetzt zu werden.

COLONEL PROKROVSKY: Sehr gut.

MR. ROBERTS: Herr Praesident, ich habe gehoert, dass das Gericht vorlaeufig einen Befehl gegeben hat betreffend des Streichens von Dokumenten, ueber welche der Servatius und ich uebereingekommen sind, dass sie nicht vorgelegt werdeh sollen. Es liegt ausserdem eine sehr grosse Anzahl Dokumente vor. Ich glaube, das Gericht hat eine Liste der Dokumente. Die ersten 68 Dokumente, das heisst Dokumente Nr. 6-68 sind Vorschriften ueber den Arbeitseinsatz in Deutschland. Herr Richt ich habe das vorgeschlagene Dokumentenbuch von Dr. Servatius gesehen und er hat gewisse Stellen angezeichnet, die er gerne lesen und darum uebersetzt haben moechte. Das hat die Anzahl der Dokumente wesentlich herabgesetzt.

VORSITZENDER: Wir haben diese Dokumente nicht all e gelesen, we: sie noch nicht uebersetzt worden sind. Koennen Sie uns sagen, ob Sie Einwaende gegen die Uebersetzung haben?

MR. ROBERTS: Ich glaube nicht, dass ich dagegen Einwand e rheben kann, gegen diese angezeichneten Stellen in Dokument Nr. 6 - 68.

H0330-0099

Diese Stellen scheinen erheblich zu sein.

VORSITZENDER: Ja, Nr. 6 - 68?

MR. ROBERTS: Jawohl.

VORSITZENDER: Sie meinen die Stellen, die tatsaechlich angezeichnet sind?

MR. ROBERTS: Ja, mein Herr.

VORSITZENDER: Dann koennen wor weitergehen.

MR. ROBERTS: Ja, mein Herr.

VORSITZENDER: Nr. 69 - 79 sind gestrichen worden.

Mr. roberts; Ja, mein Herr, Nr. 80 und 81 wird beanstandet. Dies sind Dokumente, die Behauptungen aufstellen ueber den Bruch der Haager Vorschriften durch die Sowjet-Union. Das ist nicht erheblich, behaupten wir.

VORSITZENDER: Sind dies Behauptungen von der Sowjet-Regierung in Bezug auf einzelne Personen?

MR. ROBERTS: Jawohl. Ich stelle den Antrag, dass diese nicht erheblich sind.

VORSITZENDER: Ja, und 82 - 89 gegen diese haben Sie auch keinen Einwand, nicht wahr?

MR. ROBERTS: Ja, mein Herr, gegen die Stellen, die gekennzeichne sind, haben wir keinen Einwand.

VORSITZENDER: JA.

MR. ROBERTS:. Dr. Servatius hat uns versprochen, soweit wie moeglich, die angezeichneten Stellen herabzusetzen. Nr. 90 und 91 sind beanstandet. Dr. Servatius moechte gerne unter der Beschreibung als Dokumente eine grosse Anzahl von Affidavits vorlegen, die Affidavits von verschiedenen Personen ueber die Lage des Arbeitseinsatzes und die Arbeit, und die Zustaende, unter welchen die Fremdarbeiter eingesetzt worden sind. Der Angeklagte Sauckel hat eine gewisse Anzahl von Zeugen bewilligt bekommen. Fragebogen und Affidavits sind ihm auch bewilligt worden; und dieser Antrag unter 90 und 91 ist in Wirklichkeit kein Antrag fuer Dokumente, und sollte deshalb nicht zugelassen werden. Mein Herren, Nr. 92 --

H0330-0100

VORSITZENDER: Nr. 92 ist als Beweisstueck gestrichen worden.

MR. ROBERTS: Nr. 92 ist als Beweisstueck gestrichen. Nr. 93 ist ein Buch als solches, auf das sich die franzoesische Anklage bezogen hat. Dr. Servatius kann natuerlich von diesem Buch Gebrauch machen.

VORSITZENDER: Sind die Stellen hier auch gekennzeichnet?

MR. ROBERTS : Nein, bis jetzt noch nicht. Es sind auch einige Abbildungen--

VORSITZENDER: Sie meinen, dass er nur die Abbildungen wuenscht?

MR. ROBERTS: Ja, ich glaube nur die Abbildungen, denn diese zeigen die engelhafte Glueckseligkeit der Fremdarbeiter in Deutschland

VORSITZENDER: Ja.

MR. ROBERTS: Nr. 94 ist ein Affidavit des Sohnes Sauckel's. Dieses Affidavit wird nur benoetigt, wenn einer von drei Zeugen, die zugelassen waren, nicht erreichbar ist. Es hat mit der Behauptung zu tun, dass Sauckel die Evakuierung voh Buchenwald angeordnet hat, Dies ist ein sehr kurzes Affidavit und wenn Dr. Servatius einen der zugelassenen Zeugen nicht beibringen kann, kann dieses Dokument zugelassen werden.

Dann, meine Herren, Nr. 95, Sauckel's Reden. Hier hat Dr. Servatius uns wieder versprochen, die Stellen, die er gekennzeichnet hat, soweit wie moeglich herabzusetzen. Es kann hier kein Einwand erhoben werden von dem Ge-

H0330-0101

sichtspunkt der Behauptung der Verschwoerung aus.

VORSITZENDER: Ja.

MR.ROBERTS: Nr.95 und 96 sind Buecher, in denen nur kurze Auszuege enthalten und gekennzeichnet worden sind, und da sie wieder von einer erheblichen Perio de der behaupteten Verschwoerung handeln, ist kein Einspruch.

VORSITZENDER: Das ist in der gleichen Kategorie, jawohl. Denken Sie auch so darueber, Dr.Servatius ?

DR.SERVATIUS: Jawohl, ich habe mit einem Vertreter der Anklage verhandelt und das ist grundsaetzlich das Ergebnis. Ich moechte nur zu einigen wenigen Dokumenten nocht etwas sagen und zwar zu Dokument 80 und 81. Das eine ist die Photo-Kopie eines Deportationsbefehls in der Stadt Oels, das andere ist ein Affidavit ueber die Z angsarbeiter in Saaz. Das erste Dokument benoetige ich zum Nachweis, dass die Haager-Landkriegsordnung obsolet war, dass also vor dem Waffenstillstand als der Kampf noch im Gange war, die Bevoelkerung der oestlichen deutschen Gebiete zur Zwangsarbeit nach Russland verschickt wurde, ich habe damals hier muendlich den Antrag ergaenzt, weil der Beweis als zu mager erschien, durch Rundfragen bei den Buergermeistern in Oberschlesien bis nach Ostpreussen, festzustellen, dass die Bevoelkerung zum grossen Teil abtransportiert worden ist zur Zwangsarbeit. Ich glaube, dass dies zum Nachweis dafuer, dass die Haager-Landkriegsordnung im Osten als nicht-existierend betrachtet wurde, von erheblicher Bedeutung ist fuer die Verteidigung meines Mandanten.

Das Dokument Nr.81 befasst ich mit einem Zustand nach dem Waffenstillstand, der aber nur als Fortsetzung dessen erscheint, was im Ostgebiet vorgegangen ist und bestaetigt, dass allgemein unter der Besetzung der Sowjet-Armeen der Zustand beibehalten wurde, naemlich, die Inanspruchnahme der Bevoelkerung zur Arbeit, nicht im Sinne des Haager-Abkommens, wie z.B. zur Instandhaltung der Strassen in der Nachbarschaft etc. sondern auch zwecks Industrie-Arbeit und zwecks Taetigkeit ausserhalb des Rahmens der Haager-Landkriegsordnung, auch zwecks Taetigkeit ausserhalb des Landes. Ich glaube nicht, dass man mir diesen Beweis abschneiden soll.

Und nun die Dokumente Nr.90 und 91; der Inhalt ist bereits vorgetragen. Es sind zwei Mappen mit einer Sammlung von eidesstattlichen Versicherungen. Es handelt sich um den Versuch eines Gegenbeweises gegenueber einer Regierungs-Untersuchung, wie wir sie ja hier gefunden haben. Wir haben Berichte empfangen von der franzoesischen, der sowjetischen Anklage, wir haben Berichte von Tschechen erhalten,

H0330-0102

die eine mosaikartige Massenerscheinung darstellen, die man nur auf diese Weise erfassen kann. Ich habe damals bereits vorgetragen, dass mir eine Regierung ja nicht zur Verfuegung steht, die einen solchen Bericht anfertigen koennte, und hier geht mein Vorschlag dahin, dass ich zunaechst eine Sammlung von eidesstattlichen Versicherungen beibringe. Ich habe nun nicht vor, diese Sammlungen von eidesstattlichen Versicherungen hier alle vorzulesen, sondern mein Antrag geht dahin, das Gericht moege einen Beauftragten bestellen, der diese Mappen studiert und einen kurzen Bericht anfertigt, und dem Gericht vortragen soll. Es ist das ein Gedanke, der gerade auch nachher bei den Fragen der politischen Organisationen auftreten wird, naemlich, das Problem, wie diese Massenerscheinungen dem Gericht vorgelegt werden koennen. Falls ich einen Zeugen bringen sollte, einen einzigen Zeugen, so wird man sagen, der ei zelne Zeuge kann natuerlich nicht dieses ganze Gebiet decken. Andererseits kann ich ja nicht mit hunderten von Zeugen ankommen, und so waere es ein Mittelweg, dass ein Beauftragter des Gerichtes sich mit diesen eidesstattlichen Versicherungen befasst, und dann einen Bericht aufstellt. Das ist der Inhalt dieser beiden Mappen.

VORSITZENDER: An wieviele Affidavit's denken Sie, oder haben Sie ?

DR.SERVATIUS: Es sind noch sehr wenige, die ich bekommen habe. Es stellt sich naemlich heraus, dass diejenigen, die Kenntnis haben, aus einer Sorge, sie moechten deswegen verfolgt werden, sich zurueckhalten, aber ich hoffe, dass ich eine Auswahl von vernuenftigen Erklaerungen erhalten kann und ich glaube, dass es etwa 2o bis 3o Affidavits sein werden. Ich wuerde mich dann auch darauf beschraenken, da ich ja kein Interesse daran habe, dass ich das Gericht mit unnoetigen Arbeiten belaste. Wie meine Sammlung jetzt aussieht, muss ich sogar damit rechnen, dass ich meinen Antrag ganz zurueckziehe, weil ich selbst einsehen muss, dass das Material, das mir zugeht, zu knapp ist. Aber ich bitte mir die Chance offen zu lassen, ich wuerde dann, wenn der Fall herankommt, vorher rechtzeitig dem Gericht nochmals den Antrag vorlegen.

VORSITZENDER: Ja, ist das alles, was Sie sagen wollen ?

DR.SERVATIUS: Da ist noch Dokument Nr.93, ein illustriertes Buch "Europa arbeitet in Deutschland." Ich moechte hieraus dem Gericht einige ---

VORSITZENDER: Hat die Anklage dagegen Einwand erhoben ?

DR.SERVATIUS: Nein, die Anklage hat keinen Einwand dagegen. Ich moechte vielleicht nur einige Bilder an der Leinwand zeigen, unter welchen Zustaenden die

H0330-0103

Leute vom Osten ankamen, und wie spaeter ihre Lage war, soweit das nach einer Verbeschrift moeglich ist.

VORSITZENDER: Ja, danke schoen.

MR.ROBERTS: Noch eine andere Sache, die ich erwachnen sollte, vielleicht wird mir Herr Dr. Servatius zuhoeren. Meine Herren, Dr.Servatius hat einen schriftlichen Antrag dem Gericht zugestellt, der Brief ist vom 15.Maerz 1946 datiert, dass alle medizinischen Berichte von Dr.Jaeger, der ein Chef, ein Oberarzt des Lagers Krebs-Essen war, und zweitens dass alle monatlichen Berichte eines Dr. Groene, der ein Kollege Dr.Jaeger's war, und drittens alle Protokolle der monatlichen Besprechungen, die der Leiter des Lagers mit seinen untergebenen Leitern hielt, dem Gericht vorgelegt werden sollen. Die Lage ist folgende: Die franzoesische Anklage, vielleicht auch die amerikanische Anklage, hat ein Affidavit des Dr.Jaeger vorgelegt und Dr.Jaeger selbst ist als Zeuge fuer Sauckel zugelassen worden, und dementsprechend wird er im Zeugenstand erscheinen. Die Anklage hat keinen Einwand dagegen, dass Dr.Jaeger seine Berichte mitbringen darf, wenn er sie verfuegbar hat. Wir haben sie nicht, ich glaube auch nicht, dass wir wissen, wo sie sich befinden, aber der Zeuge wird vorgeladen.

DR.SERVATIUS: Ich habe einen Teil dieser Dokumente bereits bekommen und nehme an, dass auch die anderen mich vielleicht noch erreichen. Ich glaube, das Material, das mir vorliegt, genuegt fuer meine Zwecke, sodass sich die Staatsanwaltschaft nicht weiter bemuehen braucht.

VORSITZENDER: Sie meinen, dass wir darueber keine Entscheidung zu treffen haben ?

DR.SERVATIUS: Nein, es ist nicht notwendig.

VORSITZENDER: Das Gericht wird sich nun vertagen.

(Woraufhin sich das Gericht vom 17.April 1946 17.3o Uhr bis 18.April 1946 1o.oo Uhr vertagt).